

Paul Lüttinger/Heike Wirth (Hg.)

**Amtliche Daten der DDR und
der neuen Bundesländer:
Informationsquelle für die
Sozialwissenschaften**

Tagungsdokumentation

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen
B 2, 1
69159 Mannheim

Juni 1993

Am 26. November 1992 veranstaltete das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen eine Konferenz zum Thema „Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften“. Auf dieser Konferenz berichteten Experten der amtlichen Statistik über ehemalige und gegenwärtige amtliche Bevölkerungsstatistiken der DDR und stellten neue Untersuchungsergebnisse vor. Da dieses Thema für eine breitere wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit von Interesse sein dürfte, werden in der vorliegenden Dokumentation die Konferenzbeiträge veröffentlicht.

Paul Lüttinger/Heike Wirth (Hg.)

**Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer:
Informationsquelle für die Sozialwissenschaften**

Tagungsdokumentation

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen

B2,1

68159 Mannheim

Juni 1993

Am 26. November 1992 veranstaltete das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen eine Konferenz zum Thema "Amtliche Daten der DDR und der neuen Bundesländer: Informationsquelle für die Sozialwissenschaften." Auf dieser Konferenz berichteten Experten der amtlichen Statistik über ehemalige und gegenwärtige amtliche Bevölkerungsstatistiken der DDR und stellten neue Untersuchungsergebnisse vor. Da dieses Thema für eine breitere wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit von Interesse sein dürfte, werden in der vorliegenden Dokumentation die Konferenzbeiträge veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Amtliche Bevölkerungserhebungen in der ehemaligen DDR: Ein Überblick Fritz Hagemann	1
Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern: Probleme und Erfahrungen Hans-Joachim Heidenreich	11
Volkszählung 1981: Inhalt und ausgewählte Ergebnisse Edgar Wedel	27
Zeitverwendung im Wandel: Analysen mit Zeitbudgetdaten der DDR-Statistik Eckhard Priller	46
Statistik des Haushaltsbudgets: Zur wirtschaftlichen Lage ausgewählter Haushalte in den neuen Bundesländern Margot Münnich	65
Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus im Beitrittsgebiet Hans-Joachim Heidenreich	91

Amtliche Bevölkerungserhebungen in der ehemaligen DDR

Ein Überblick

Fritz Hagemann (Statistisches Bundesamt, Berlin)

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Volkszählungen, laufenden Bevölkerungsstatistiken und die repräsentativen Bevölkerungsbefragungen in der ehemaligen DDR. Im Rahmen des Themas wird auch auf den sogenannten X-Bereich eingegangen.

1. Volkszählungen

Die in der DDR erfolgten Volkszählungen können in drei Gruppen zusammengefaßt werden. Die erste Gruppe umfaßt die Zählungen, die - von ihren Erhebungsmerkmalen und ihrer Methodik her - auf gesamtdeutsche Ergebnisse orientiert waren. Dazu gehört die am 31. August 1950 durchgeführte Volks- und Berufszählung, die mit einer Arbeitsstättenzählung verbunden war, und natürlich auch die am 29. Oktober 1946 erfolgte Volks- und Berufszählung. Nur ein Teil der besonders für 1950 vorliegenden Zählungsergebnisse ist seiner Zeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Zur zweiten Gruppe ist die Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964 zu rechnen. Sie erfolgte rund dreieinhalb Jahre nach dem Mauerbau. Diese Zählung war in erster Linie als Bestandsaufnahme konzipiert, um die Auswirkungen der massenhaften Abwanderungen auf Bevölkerungszahl und- struktur, insbesondere auf die arbeitsfähige Bevölkerung zu ermitteln. Dafür spricht, daß schon mit den manuell ermittelten Schnellergebnissen ab Gemeinde aufwärts die Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht als neue Fortschreibungsgrundlage übernommen wurde. Die Stichproben-Vorwegaufbereitungen über die Privathaushalte nach der Größe und über die Struktur und Verteilung der wirtschaftlich Tätigen hatten ebenfalls den Charakter von Schnellergebnissen. Zudem sollten Verkürzungen im Frageprogramm eine schnelle Aufbereitung ermöglichen. So wurden weder die Allgemeinbildung noch die Facharbeiterausbildung ermittelt. Die Zählung beschränkte sich auf Hoch- und Fachschulabschlüsse. Dafür ermittelte die Zählung noch die Religionszugehörigkeit. Die Zählung von 1964 unterscheidet sich von den anderen Volkszählungen durch die sehr breite Veröffentlichung ihrer Ergebnisse. Es wurden mit Gesamt- und Bezirksergebnissen zwölf Bände und mit Kreis- und teilweise Gemeindeergebnissen je Bezirk zwei Bände öffentlich zugänglich gemacht. Am 1. Dezember 1967 wurde das Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen verabschiedet. Mit dieser Rechtsgrundlage erreichte das Statistische Amt wieder die einheitliche Durchführung von Volkszählung und Wohnungszählung. Man war auch wieder in den international empfohlenen Rahmenterminen. Auf dieser Grundlage erfolgten die nächsten Zählungen mit Stichtag 1. Januar 1971 und 31. Dezember 1981, die der dritten Gruppe der Zählungen zugeordnet werden können. Diese beiden Zählungen sind im Frageprogramm und in den methodischen Festlegungen vergleichbar, und sie entsprechen auch weitestgehend den Empfehlungen der Konferenz Europäischer Statistiker. Bei folgenden Bereichen sind jedoch Einschränkungen festzustellen:

- Die Staatsangehörigkeit der Einwohner wurde nicht erfaßt. Das erfolgte zuletzt 1950. Eine erneute Fragestellung dieser Art war aus politischen Gründen nicht erwünscht.
- In der Zählung von 1981 fehlte die Erfassung des Merkmals "Baualter" des Wohngebäudes. Obgleich von der Regierung diese Frage durch Beschluß bestätigt war, untersagte die SED-Führung ein halbes Jahr vor dem Zählungstermin diese Frage. Zu dieser Zeit waren die Zähllisten bereits ausgedruckt. Damit war das Statistische Amt gezwungen, in Handzetteln die Zähler zu bitten, diese Angaben nicht zu ermitteln.
- Die inhaltlich-methodische Vergleichbarkeit zur Bundesstatistik ist für viele Merkmale vorhanden, jedoch dort nicht gegeben, wo auf DDR-Bedürfnisse ausgerichtete Systematiken (Wirtschaftszweige, Berufe und Tätigkeiten) verwandt wurden. In den Wohnraum- und Gebäudezählungen gibt es methodische Unterschiede hinsichtlich der Behandlung der Räume als Gruppierungsmerkmal der Wohnungsgrößen und in der Eigentumsstruktur.

Die Publikation der Zählungsergebnisse erreicht bei weitem nicht das Niveau der Zählung von 1964 hinsichtlich Umfang und Breite der Information. Beginnend mit den siebziger und dann immer ausgeprägter in den achtziger Jahren entsteht ein Mißverhältnis zwischen den aufbereiteten und den für eine Veröffentlichung freigegebenen Zählungsergebnissen. Den Maßstab für Veröffentlichungen ohne Geheimhaltungsgrad bildete das Statistische Jahrbuch, wobei das Programm des Statistischen Jahrbuches durch die SED-Führung festgelegt wurde. Die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes arbeitet zur Zeit daran, durch Datensicherung, Dokumentation und Publikation die Defizite aus der Vergangenheit aufzuarbeiten. Für 1993 ist geplant, Zählungsergebnisse für die wichtigsten Merkmale und Indikatoren vergleichbar zur Bundesstatistik zu berechnen und in der "Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR" zu veröffentlichen.

1.1 Zur Erfassung der Beschäftigten im sogenannten X-Bereich

Ein besonderes Problem war für die DDR-Statistik die Erfassung von Beschäftigtenangaben für Armee und Grenztruppen, Polizei und Staatssicherheit, Zoll, Parteien und Massenorganisationen einschließlich Verlage und Druckereien dieser Einrichtungen sowie die Wismut-AG. Dieser sogenannte X-Bereich durfte durch die amtliche Statistik nicht mit der Arbeitskräfte- und Lohnstatistik befragt werden. Bei den Volks- und Berufszählungen war es jedoch unumgänglich, auch diese Personenkreise mit der Zählung zu erfassen. Damit war man in der Lage, die Zählungsangaben über die wirtschaftlich Tätigen den Angaben aus der entsprechenden jährlichen Berufstätigenerhebung gegenüberzustellen.

Tabelle 1: Volks- und Berufstätigen (in Tausend)

	Volksz.	Berufstätigenz.	Differenz
1970	8 214	7 769	45
1981	8 967	8 296	671

Diese Differenz kann aufgrund unterschiedlicher Stichtage und Abweichungen im Erhebungskonzept nicht unmittelbar als X-Bereich gedeutet werden. Eine Vergleichsrechnung, die die Unterschiede eliminiert, ergibt, daß der X-Bereich 1970 circa 500.000 und 1981 circa 715.000 Beschäftigte hatte. Damit wurde ein wesentliches volkswirtschaftliches Potential statistisch nicht erfaßt. Eine genaue Herausrechnung dieser Angaben aus den Zählungsergebnissen ist nur näherungsweise möglich. Wir finden den X-Bereich bei der VBZ 1981 unter den Angaben der wirtschaftlich Tätigen in den Nichtproduzierenden Bereichen und der Tätigkeitsgruppe "Sonstige Behördenangestellte". Es erfolgte keine Vermischung der anderen Bereiche, Zweige und Berufe mit Angaben des X-Bereiches. Wehrpflichtige wurden den Zweigen und Tätigen zugeordnet, den sie zum Zeitpunkt ihrer Einberufung angehörten und wo sie im Regelfall nach Ableistung des Wehrdienstes die Arbeit wieder aufnahmen (etwa 55 bis 60.000 Personen). Bezüglich der für 1993 geplant gewesenen Volkszählung ist folgendes anzumerken: Im Statistischen Amt ging man damals davon aus, daß durch die vorhandenen Verwaltungsregister mit Einwohner- und Wohnungsdaten eine traditionelle Zählung immer schwieriger zu begründen ist. Dementsprechend wurde ab Mitte der achtziger Jahre konsequent auf eine registergestützte Volks- und Wohnraumzählung hingearbeitet. Eine der Vorbereitungsmaßnahmen war die Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung auf den Datenbestand und den Aktualisierungsrhythmus der Einwohnerdatenspeicher. Das erfolgte von 1985 bis 1989. Wie sich der bis dahin fortgeschriebene Bevölkerungsstand veränderte, zeigt der folgende Vergleich (Tabelle 2).

Tabelle 2: Wohnbevölkerung, Fortschreibung in Tausend

	vor Datenaustausch	nach	Differenz
1985	16 637	16 640	3
1986	16 620	16 640	20
1987	16 654	16 661	7
1988	16 661	16 675	14
1989	16 424	16 434	10

1.2 Laufende Bevölkerungsstatistiken

Die laufenden Bevölkerungsstatistiken der ehemaligen DDR besaßen auf methodischem Gebiet von allen Statistikgebieten die größte Übereinstimmung zur Bundesstatistik. Unterschiede in der Methodik bestanden vor allem in der Abgrenzung von Lebend- und Totgeborenen, Abgrenzung von Haupt- und Nebenwohnung für bestimmte Personengruppen sowie in der Berechnung altersspezifischer Geburtenziffern und Sterbekoeffizienten. Ihre Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Daten sind gering und können im Prinzip vernachlässigt werden.

Die Fortschreibungen der mit den Volkszählungen ermittelten Wohnbevölkerung erfolgten monatlich nach dem Geschlecht für die regionalen Gliederungen ab Kreis aufwärts, halbjährlich nach Geschlecht

und Altersjahren ab Gemeinde aufwärts und jährlich für die DDR insgesamt nach dem Familienstand in der Gliederung nach Geschlecht und Alter. In bevölkerungsstatistischen Jahresarbeiten wurden Ergebnisse erarbeitet als Statistik der Lebendgeborenen, Statistik der Gestorbenen und der Todesursachen, Statistik der gestorbenen Säuglinge und Totgeborenen, Eheschließungsstatistik, Ehescheidungsstatistik und Wanderungsstatistik. Die statistischen Dienststellen erhielten monatlich von den Standesämtern und vom Meldewesen die Informationen über Geborene, Gestorbene, Eheschließungen und Verzüge über die Gemeindegrenzen bzw. halbjährlich von den Kreisgerichten die Meldungen über Ehescheidungen. Die Mitteilungspflicht über diese Ereignisse durch die betroffenen Bürger regelten das Gesetz über das Personenstandswesen bzw. die Meldeordnung. Verwaltungsvorschriften bestimmten die Übergabe dieser Informationen an die statistischen Dienststellen.

1.2.1 Berichtswege

Lebendgeborene: Es bestand die gesetzliche Pflicht, Geburten beim Standesamt anzuzeigen. Dazu waren die Eltern verpflichtet. Sie konnten damit auch eine andere Person oder eine Instanz beauftragen. Die Anzeigefrist betrug acht Tage. Zuständig für die Entgegennahme der Geburtenanzeige war das Standesamt, in dessen Einzugsbereich die Geburt erfolgte. Da nahezu alle Geburten in speziellen medizinischen Einrichtungen erfolgten, die zum Einzugsbereich eines bestimmten Standesamtes gehörten, kam es, daß circa 200 Standesämter 99 Prozent aller Lebendgeborenen registrierten (insgesamt gab es 1300 Standesämter). Die Geburtenanzeige war im Standesamt Grundlage für die Eintragung ins Geburtenbuch, das beim Standesamt geführt wurde und für die Ausfüllung der statistischen Meldung.

Gestorbene: Sterbefälle waren innerhalb von 24 Stunden beim zuständigen Standesamt anzuzeigen. War eine Person verstorben, hatte ein Arzt die Leichenschau vorzunehmen. Er bestätigte den Tod des Verstorbenen und füllte den Totenschein mit den Angaben zur Person des Verstorbenen, das Sterbedatum und die Sterbezeit sowie den Ursachen, die zum Tod führten, aus. Die Angaben wurden vom Arzt teils verbal, und soweit sie Gegenstand der statistischen Aufbereitung waren, in den für die statistische Aufbereitung vorgesehenen Feldern codiert eingetragen. Die Standesämter übermittelten das Original an die Statistik. Das zweite Exemplar des Totenscheines wurde dem für den Wohnsitz des Verstorbenen zuständigen Kreisarzt oder den Gesundheitsbehörden des Kreises, wo der Verstorbene wohnhaft war, übermittelt und war dort 20 Jahre als Urkunde aufzubewahren. Es wurden zwei verschiedene Totenscheine geführt: Erstens der Totenschein für Verstorbene, die ein Jahr und älter waren und zweitens der Totenschein für Verstorbene unter einem Jahr und Totgeborene.

Eheschließungen: Bürger, die eine Ehe miteinander eingehen wollten, hatten einen Antrag auf Eheschließung zu stellen. Dieser war spätestens vier Wochen vor dem beabsichtigten Termin für die Eheschließung beim Standesamt einzureichen. Die Standesämter hatten die Pflicht, den Antrag entgegenzunehmen und den Antrag hinsichtlich seiner Gesetzlichkeit zu prüfen. Der Antrag auf

Eheschließung war nach erfolgter Eheschließung für das Standesamt Grundlage für die Eintragung im Ehebuch, das beim Standesamt geführt wurde, und für die Ausfüll

Ehescheidungen: Wollte ein Bürger seine Ehe geschieden haben, mußte er beim zuständigen Gericht eine Klage auf Ehescheidung einreichen. Die Klage auf Ehescheidung bedurfte der Schriftform. Dafür gab es Vordrucke für Ehescheidungsklagen, die alle für die Ehescheidung erforderlichen Angaben wie auch die für die statistische Ergebniserhebung benötigten Informationen enthalten. Wurde eine Ehe durch Gerichtsurteil geschieden, konnte ein Ehepartner innerhalb von vier Wochen Einspruch gegen das Gerichtsurteil erheben. Erfolgte innerhalb dieser Frist kein Einspruch, galt die Ehe als rechtskräftig geschieden. Das Gesetz räumte auch die Möglichkeit ein, wenn beide Partner mit der Scheidung einverstanden waren, daß die Ehe mit sofortiger Wirksamkeit als rechtswirksam geschieden galt. Da die Ehescheidungsstatistik nur rechtskräftig geschiedene Ehen erfaßte, konnte die Ehescheidungszählkarte erst nach Ablauf der Einspruchsfrist ausgefüllt und an die Statistik übergeben werden.

Wohnsitzwechsel: Die Meldeordnung regelte, daß derjenige, der eine Wohnung bezog, sich binnen sieben Tagen bei der für den Aufenthaltsort zuständigen Meldestelle anzumelden hatte. Wer aus einer Wohnung auszog, hatte sich spätestens am Verzugstag unter Angabe der neuen Wohnung abzumelden. Die in den Meldestellen registrierten Wohnsitzwechsel wurden in die betreffende Einwohnerkartei eingearbeitet und auf sogenannten Meldespänen den statistischen Dienststellen für die Wanderungsstatistik übergeben.

Das bevölkerungstatistische Berichtssystem war geeignet, die erfolgten Veränderungen zuverlässig abzubilden. Dazu dienten als interne Kontrollmittel das Nachspeichern der standesamtlichen Registriernummern auf den Datensätzen und Plausibilitätskontrollen. Dem verschiedentlich zu hörenden Verdacht, daß Manipulationen in der Bevölkerungsstatistik erfolgt seien, um das ganze Ausmaß der Fluchtbewegung in den Westen Deutschlands zu vertuschen, kann m. E. nicht bestätigt werden. Richtig ist, daß bis zum Mauerbau 1961 melderechtliche Registrierungen von Geflüchteten oft erst mit erheblicher Zeitverzögerung erfolgt sind. Nicht erfaßte Differenzen wurden mit der Zählung von 1964 korrigiert. Richtig ist auch, daß die DDR-Statistik die ab Mitte 1989 erfolgten Bevölkerungsströme in Richtung Westen bis zum Tag der Wiedervereinigung statistisch nicht mehr vollständig erfassen konnte.

Ein Vergleich der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am Ergebnis der jeweiligen Volkszählung, ergibt folgendes Bild (Tabelle 3).

Tabelle 3: Wohnbevölkerung (in Tausend)

	Volkszählung	Fortschreibung	Differenz
31.12.64	17 004	17 215	211 (1,2 %)
01.01.71	17 068	17 057	11 (0,07 %)
31.12.81	16 706	16 731	25 (0,15 %)

Auf die insgesamt gute inhaltliche Vergleichbarkeit der Merkmale und Indikatoren mit der Bundesstatistik wurde schon hingewiesen mit der Einschränkung, daß in den Erhebungsmerkmalen die Religionszugehörigkeit und die Staatsangehörigkeit fehlten. Die Veröffentlichung von Daten der periodischen Bevölkerungsstatistik war im Zeitraum bis 1980 im Vergleich zur sonstigen Praxis umfangreich. Von 1965 bis 1980 gab das Statistische Amt jährlich an einen großen Verteiler das "Bevölkerungsstatistische Jahrbuch" heraus. Danach fiel es dann allerdings den Restriktionen in der Öffentlichkeitsarbeit zum Opfer. Trotzdem gelang es in all den Jahren, im Statistischen Jahrbuch so viele bevölkerungsstatistische Daten zu veröffentlichen, daß sich der Leser jederzeit ein recht genaues Bild über die demographische Situation in der ehemaligen DDR machen konnte. Das unterschied die Bevölkerungsstatistik zweifellos grundlegend von anderen Statistikbereichen. Das Statistische Bundesamt wird in der "Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR" Anfang 1993 bevölkerungsstatistische Übersichten als lange Reihen veröffentlichen.

2. Repräsentative Bevölkerungsbefragungen

Das Statistische Amt führte zur Ermittlung von Daten über die Lebensumstände repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu Einkommen, Verbrauch, Zeitverwendung und Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen durch. Als Rechtsgrundlage dienten Regierungsbeschlüsse. Die Teilnahme der in die Auswahl gefallenen Haushalte bzw. Personen war freiwillig. Es wurde versucht, durch Information und vertrauensvolle Gespräche, die Ausfälle gering zu halten. Geheimhaltung und Anonymisierung der gewonnen Einzeldaten waren gewährleistet. Hinsichtlich der Erhebungsverfahren und der Stichprobenauswahl können wir die Befragungen zwei Komplexen zuordnen:

1. Alle zwei bis drei Jahre wurde in rund 30 000 Privathaushalten der Arbeiter und Angestellten eine Einkommensstichprobe durchgeführt. Erhebungsmonat war jeweils der August. Die erste Erhebung fand 1959 statt, danach in den Jahren 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1967, 1970-1980, im Abstand von zwei Jahren, 1983, 1985 und 1988.

2. Befragungen von Privathaushalten über die Verwendung der Geldeinnahmen. Sie erfolgten seit 1947. Regelmäßige monatliche Erhebungen in Privathaushalten wurden bei Arbeiter und Angestellten ab 1958, bei Genossenschaftsbauern ab 1959 sowie bei Rentnern ab 1964 durchgeführt.

Die monatlich mit einem Haushaltsbuch erfaßten detaillierten Verbräuche wurden zu Jahresdaten des Haushaltsbudgets in Verbindung mit den Geldeinkommen der Haushalte zusammengefaßt. Der Stichprobenumfang betrug in den ersten Jahren der ständigen Durchführung (ab 1960) 4200 Haushalte, ab 1982 3800 Haushalte. Im Rahmen der Statistik des Haushaltsbudgets führte das Statistische Amt mehrere Zusatzbefragungen durch:

a) Zur Zeitverwendung: Befragt wurden die Haushaltsmitglieder ab 16 Jahre bis zum Eintritt ins Rentenalter (60 Jahre bei den Frauen, 65 Jahre bei den Männern). Zur Ermittlung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten wurden alle Haushaltsmitglieder einbezogen, d.h. Kinder unter 16 Jahren und Personen im

Rentenalter. Zeitbudgets wurden für eine Woche ermittelt: 1974 und 1980: September; 1985: April und 1990: Mai.

b) Zum Kauf und zur Verwendung von Lebensmitteln: Die detaillierten Erhebungen zum Sortiment, zur Menge und zum Kaufbetrag der gekauften Lebensmittel erfolgten für zwei Monate des Jahres. Ebenfalls wurde erfaßt, welche Menge welcher Lebensmittel verfüttert wurde bzw. wegen Verderb ungenießbar war. Die Erfassungen erfolgten 1984 und 1989.

c) Zur Inanspruchnahme kultureller und sozialer Leistungen: Hier wird nur auf die umfassendste Erhebung dieser Art hingewiesen, die über das ganze Jahr 1988 erfolgte. Sie richtete sich an die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte. An der Erhebung beteiligten sich rund 9100 Personen. Erfaßt wurden Daten zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens, der Kultur- und Sporteinrichtungen, der Gemeinschaftsverpflegung sowie zu Urlaub und Erholung.

Die Daten aus den Zusatzbefragungen wurden mit den Angaben zu Einkommen und Verbrauch rechentechnisch verknüpft. Als soziale Strukturmerkmale wurden unter anderem Geschlecht, Alter und Stellung der Haushaltsmitglieder zur Bezugsperson ermittelt. Zur Beurteilung der Validität der Daten werden kurz die Stichprobenpläne und die Erhebungsorganisation erläutert und über die Anpassungen der empirischen Stichprobe an volkswirtschaftliche Strukturen berichtet. Die Einkommensstichproben wurden durch eine geschichtete zweistufige Zufallsauswahl gebildet.

1. Stufe: Auswahl der Betriebe und Einrichtungen. Als Grundlage diente ein zentral ermitteltes differenziertes Befragungssoll für jeden Bezirk mit der Zielvorgabe, daß insgesamt etwa 30.000 Haushalte in die Stichprobe eingehen sollen. Neben dem Befragungssoll wurde zusätzlich ein Auswahlssoll vorgegeben, wobei davon ausgegangen wurde, daß nicht alle ausgewählten Personen/Haushalte bereit waren, an der Befragung teilzunehmen. Das Soll wurde differenziert nach Bezirken, Wirtschaftsbereichen bzw.-sektoren ermittelt und vorgegeben. Gleichzeitig wurden Mindestgrößen für den Befragungsumfang von 15 Personen bzw. Haushalten in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten bzw. von 30 Personen bzw. Haushalten in Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten festgelegt, um den Organisationsaufwand zu begrenzen. Als Auswahlgrundlage erhielten die Bezirke des weiteren eine Betriebsliste in aufsteigender Reihenfolge der Betriebe entsprechend dem durchschnittlichen Bruttolohn je Arbeiter und Angestellten gegliedert nach Wirtschaftsbereichen und-sektoren. Aus dieser Liste wählten die Bezirksamter Betriebe der unteren, mittleren und oberen Einkommensbereiche aus und legten ein Befragungssoll je Betrieb fest. Die Liste der ausgewählten Betriebe mit dem Befragungssoll wurde zentral bestätigt.

2. Stufe: Auswahl der Personen (Haushalte). Die Auswahl der Personen erfolgte anhand der betrieblichen Lohn- bzw. Gehaltskartei nach einem für jeden Betrieb ermittelten Intervall. Entsprechend dem Erhebungskonzept waren nicht in die Befragung einbezogen Lehrlinge, Heimarbeiter und Ausländer. Bei der Beurteilung der gewonnenen Daten ist ausgehend vom Auswahlverfahren folgendes

in Rechnung zu stellen: In der ersten Auswahlstufe wurden nicht alle Betriebe der DDR in die Auswahl einbezogen. Ausgeklammert blieben Betriebe, die nach ihrem Anteil an Arbeitern und Angestellten von geringem Gewicht waren, wie landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie private Betriebe. Generell ausgeschlossen waren Institutionen und Betriebe des X-Bereiches. In der zweiten Auswahlstufe erfolgte ein systematischer Ausschluß von Personen bzw. Haushalten, wenn ein Haushaltsmitglied zum X-Bereich gehörte. Die Befragung wurde durch Interviewer der Statistischen Ämter am Arbeitsplatz des in die Auswahl gefallenen Beschäftigten durchgeführt. Erfast wurden die Angaben für alle zum Haushalt gehörenden Personen. Bei der Erhebung 1988 betrug die Ablehnungsquote fünf Prozent. Diese Haushalte wurden nicht ersetzt. Es wurde schon erwähnt, daß der Auswahlstich vorsorglich größer gewählt wurde.

In den Einkommensstichproben sind zwei Arten systematischer Fehler enthalten. Dadurch, daß die zu befragenden Haushalte in den Betrieben ausgewählt wurden, erhielten Haushalte mit mehreren Arbeitseinkommensbezieher eine größere Chance, in die Auswahl zu gelangen, als Haushalte mit nur einem Arbeitseinkommensbezieher. Diesen Fehler versuchte man in der Aufbereitung durch Aufdoppelung der empirischen Werte auf die geschätzte Struktur nach Haushaltsgrößen und Anzahl der Arbeitseinkommensbezieher zu beseitigen. Mit größerem Abstand zur Volkszählung wurde es allerdings immer schwieriger, die vorhandene Struktur der Arbeiter- und Angestellten-Haushalte zuverlässig zu schätzen. Die Auswirkung dieser Anpassungsrechnung, z. B. auf die Höhe des Haushaltseinkommens, zeigen die Vergleichszahlen für : Empirischer Wert 1 952 Mark; Korrigierter Wert 1 946 Mark; Differenz 6 Mark.

Die Auswirkungen des zweiten systematischen Fehlers, der durch die Nichteinbeziehung von Privathaushalten der Berufssoldaten, Beschäftigten in Parteien und Massenorganisationen usw. in die Stichprobe entsteht, dürften wegen des höheren Lohnniveaus in diesen Einrichtungen erheblich größer sein. Gegenwärtig verfügen wir über keinen Ansatz für Korrekturrechnungen. Auch die folgenden Vergleichszahlen für 1988 verdeutlichen nur das Problem. Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen: a) Berechnungen auf Basis der Einkommensstichprobe: 1946 Mark; b) Berechnungen auf Basis der Geldmenge: 2 138 Mark.

Da im Haushaltseinkommen bereits Nivellierungen auftreten, mußten zusätzliche Berechnungen auf der Grundlage des Arbeitseinkommens vorgenommen werden. Aus den Einkommensstichproben liegen in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes sehr viele und aufschlußreiche Tabellierungen vor. Nur ein Bruchteil wurde bisher publiziert. Die Einkommensstichprobe ermöglicht es, aufgrund des relativ hohen Stichprobenumfangs und der konsequenten Anwendung einer Zufallsstichprobe statistisch zuverlässige Aussagen über die volkswirtschaftliche Dynamik und Struktur der Einkommensprozesse der Haushalte für die erfaßte Gesamtheit und für wichtige Teilgrößen, wie Familienhaushalte mit Kindern, spezifische soziodemographische Gruppen, wie junge Ehen, Schichtarbeiter, berufstätige Rentner und andere widerzuspiegeln. Das betrifft auch die Einkommensdifferenzierung der Haushalte.

Diese Funktion erfüllte die Einkommensstichprobe auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nur Haushalte erfaßt werden durften, deren Arbeitseinkommensbezieher in Betrieben der "geplanten" Wirtschaft tätig waren (ohne X-Bereich), die Ergebnisse auf der Befragung für einen Monat beruhen und eine Untererfassung bei bestimmten Einkommenspositionen erfolgt (Im Monat August wird das Krankengeld untererfaßt). Der Jahresdurchschnitt wird im August auch nicht bei den Positionen Geldeinnahmen aus Betrieben, Zinsen, Verkäufe landwirtschaftlicher Erzeug

3. Zum Auswahlverfahren und zur Erhebungsorganisation der Statistik des Haushaltsbudgets

Das Auswahlverfahren und die Erhebungsorganisation blieben im Zeitraum der über dreißigjährigen Durchführung der Statistik des Haushaltsbudgets im wesentlichen gleich. Deshalb können wir sie am Beispiel des Jahres 1989 darlegen. Insgesamt nahmen rund 3 800 Privathaushalte an der Befragung teil, davon 2 600 Haushalte von Arbeitern und Angestellten (=68 Prozent; Volkszählung: 69 Prozent); 800 Haushalte von Genossenschaftsbauern (21 Prozent; Volkszählung 6 Prozent); 400 Haushalte von Rentnern (11 Prozent; Volkszählung 25 Prozent); (Ein-und Zwei-Personenhaushalte) einschließlich Haushalte berufstätiger Rentner.

Als Vergleichszahlen haben wir die mit der Volkszählung Ende 1981 ermittelten Strukturanteile ausgewiesen. Die Haushalte der Genossenschaftsbauern gingen demnach zur Erreichung gesicherter Ergebnisse überproportional in den Auswahlplan ein. Die Rentnerhaushalte waren aber angesichts des sehr ausführlichen Auswertungsprogramms in der Stichprobe recht gering berücksichtigt. Von insgesamt 3 400 der 3 800 Haushalte wurden ein Jahr lang die Daten ermittelt. 400 Haushalte wurden nach vierteljährlicher Beteiligung durch andere Haushalte mit entsprechenden Strukturmerkmalen ausgetauscht. Durch diese Rotation sollte das "zufällige Moment" der Stichprobe verbessert werden. Nach dem Auswahlverfahren war die Statistik des Haushaltsbudgets als geschichtete Quotenstichprobe angelegt. Der Auswahlplan sah eine proportionale Aufgliederung der Haushalte nach 15 Bezirken vor. Als Schichtungskriterien wurden neben der sozialen Gruppe des Haupteinkommensbezieher die Haushaltsgröße sowie die Einkommenshöhe (Gruppierung nach dem Einkommen aus Berufstätigkeit) herangezogen. Die ermittelten Quoten wurden unter Berücksichtigung der Bevölkerungsfortschreibung, Einkommensstichproben, der Lohnstatistik sowie der Landwirtschaftsstatistik präzisiert und jeweils im Monat Juli für das nächstfolgende Jahr als Soll-Vorgaben den Bezirksämtern vorgegeben. Man war bestrebt, die zur Sicherung repräsentativer Ergebnisse erforderliche Grundstruktur der Stichprobe bereits während der Erhebung zu erhalten. Die Werbung und Betreuung der Haushalte erfolgte in Verantwortung der Bezirksämter gemeinsam mit 900 ehrenamtlich tätigen Zählern, die für die Mitwirkung eine kleine finanzielle Entschädigung erhielten. Als Erhebungsunterlage diente ein Haushaltsbuch, das vom Haushalt einen Monat lang geführt wurde. In der Regel wurde der Kontakt von den Zählern zu den Haushalten durch monatliche Hausbesuche aufrechterhalten. Diese Besuche dienten einer ersten Überprüfung der Angaben im Beisein der Haushalte sowie der Übergabe des Buches für den Folgemonat. Verzerrungen innerhalb der sozialen Gruppen durch Ausfälle gegenüber

den Quotenvorgaben wurden durch ein Dopplungsverfahren, ähnlich dem der Einkommensstichprobe, ausgeglichen. Ausgehend von der Beschränkung der Erhebung auf Haushalte der drei genannten sozialen Gruppen ist festzustellen, daß die gewonnenen Ergebnisse nicht die Gesamtbevölkerung repräsentieren. Aus diesem Grunde wurde im Statistischen Amt auch keine diesbezügliche Hochrechnung vorgenommen. Hinzu kommt das spezifische Problem des X-Bereiches, worauf schon eingegangen wurde. Dadurch ist das ermittelte Budget für die Durchschnittshaushalte der Arbeiter und Angestellten im Niveau zu niedrig ausgewiesen. Diese Einschränkungen sollten uns nicht davon abhalten, das wertvolle und bis heute bei weitem nicht ausgewertete Datenmaterial für sozialstrukturelle Analysen zu nutzen. Die Statistik des Haushaltsbudgets ist eine wichtige Statistik zur Darstellung der differenzierten Prozesse der individuellen Konsumtion. Sie war die einzige Quelle in der DDR, die zahlenmäßige Informationen über das Niveau und die Struktur der Geldausgaben der privaten Haushalte erfaßt hat. Die Ergebnisse dieser Statistik liefern Angaben über wichtige Zusammenhänge, Beziehungen und Tendenzen der Verausgabung des Haushaltseinkommens. In der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes erfolgen gegenwärtig Arbeiten, um inhaltlich vergleichbare Angaben der Statistik des Haushaltsbudgets zu den Wirtschaftsrechnungen vorzulegen. Hier treten auf Grund unterschiedlicher Systematiken der Ausgabenstruktur in beiden Statistiken viele Probleme auf, die zu lösen sind. Beispielsweise wurden in der Statistik des Haushaltsbudgets die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben der Haushalte erfaßt. Die Ausgaben wurden nach Ausgabenpositionen gegliedert. Diese lehnten sich eng an die Erzeugnis- und Leistungs nomenklatur an, die einheitlich für die Produktion und für den Handel galt. Weitere methodische Instrumentarien waren die Schlüsselliste des Binnenhandels zum Warenumsatz und Warenfonds sowie die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung. Ausgehend von diesen Systematiken ergibt sich, daß die Ausgaben als bezahlter Verbrauch in Waren und Leistungen unabhängig vom Verwendungszweck gegliedert und dargestellt wurden. Zum Beispiel gingen Ausgaben für den Kauf eines Haarwaschmittels in die Summe "Warenkäufe" ein, während die Inanspruchnahme einer Friseurleistung Bestandteil der Summe "Bezahlte Leistungen" war. In der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen dagegen sind beide Ausgabenpositionen Bestandteil des Aggregats "Güter für Gesundheits- und Körperpflege". Diese Zusammenfassung zu Komplexen der Verwendung der Geldausgaben ähnlich wie die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen könnte mit der seit 1985 realisierten Systematik im Haushaltsbudget vorgenommen werden. Das Statistische Bundesamt wird Anfang 1993 rückgerechnete Ergebnisse der Statistik des Haushaltsbudgets für 1988, 1989 und getrennt für das erste und zweite Halbjahr 1990 veröffentlichen.

Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern

Probleme und Erfahrungen

Hans-Joachim Heidenreich (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

1. Der Mikrozensus ab April 1991 in den neuen Bundesländern

Der Mikrozensus hat sich als jährliche repräsentative Haushaltsstichprobe mit einem Auswahlatz von ein Prozent im bisherigen Bundesgebiet bereits seit 1957 bewährt. Als Mehrzweckstichprobe erfüllt er die vielfältigsten von Staat und Gesellschaft gestellten Informationsanforderungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und Haushalte. Der Mikrozensus ist mit der Erhebung vom April 1991 auch in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost (in dem nachfolgenden Text ist Berlin-Ost grundsätzlich mit in den neuen Bundesländern eingeschlossen) eingeführt worden. In der ehemaligen DDR hatte es keine vergleichbare Erhebung gegeben. Die ersten Mikrozensusergebnisse wurden wegen der Erstmaligkeit einer derartigen Datenerhebung in den neuen Bundesländern, wegen der ungewohnten sachlichen Detailliertheit der Ergebnisse und natürlich wegen des durch die starken wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche bedingten dringenden Informationsbedarfs mit Spannung erwartet.

Von verschiedenen Seiten wurden schon während der ersten Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern Zweifel geäußert, ob die erstmalige Durchführung überhaupt erfolgreich sein könnte. Im bisherigen Bundesgebiet konnte der Mikrozensus ja schließlich auf eine 35jährige Entwicklung und Erfahrung bauen. Waren die befürchteten Einführungseffekte tatsächlich unvermeidbar? Es gab aber auch die hierzu vollkommen konträre Auffassung. Da wurden keine wesentliche Qualitätsprobleme erwartet, weil es ja doch ein reiner Kopiervorgang der im bisherigen Bundesgebiet bewährten Verfahren wäre. Die Antwort auf die Frage, wer Recht hatte, sei sofort gegeben: Die Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern war sehr erfolgreich. Aber es war kein reiner Kopiervorgang. Vielmehr waren vor dem Erfolg besondere Leistungen und Kraftanstrengungen zu vollbringen. Die geleistete beachtliche Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern wurde vor allem durch die neuen - vor zwei Jahren noch vollkommen "Mikrozensus-unerfahrenen" - Kollegen in den damals sich im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämtern erbracht. Es ist nicht möglich über alle Probleme und Erfahrungen an dieser Stelle zu berichten. Deshalb werden im folgenden einzelne wichtig erscheinende Aspekte aufgegriffen.

2. Statistische Landesämter erst im Aufbau

Der Mikrozensus vom April 1991 sollte mit dem Inhalt und den Verfahren des bisherigen Bundesgebietes auch in den neuen Ländern durchgeführt werden. Unter hohem Zeitdruck waren die organisatorisch-technischen Voraussetzungen für die Durchführung des Mikrozensus als dezentrale

Erhebung zu schaffen, und zwar in einer Situation, in der die neuen Statistischen Landesämter sich erst im Aufbau befanden. Die Aufbauphase erstreckte sich teilweise bis ins Jahr 1992. Sie begleitete dadurch nicht nur die Vorbereitung der ersten Mikrozensus-Erhebung, sondern auch deren Durchführung und Aufbereitung. Sie war für die neuen Mikrozensus-Mitarbeiter, die aus den Statistischen Bezirksämtern der ehemaligen DDR gewonnen wurden, eine Zeit großer Unsicherheit, ob der Mikrozensus zukünftig das eigene Aufgabengebiet blieb und ob überhaupt eine dauerhafte Beschäftigung gewährleistet war. In dieser Zeit wurde es u.a. erforderlich, daß die Mitarbeiter sich auf eine ausgeschriebene Stelle neu bewerben mußten, auf der sie bereits mit Erfolg eingesetzt waren, und anschließend bei erfolgreicher Bewerbung wiederum eine Probezeit zu bestehen hatten. Trotz dieser persönlichen Belastungssituation identifizierte sich jeder mit seiner Aufgabe, auch in der Überzeugung, mit den ersten Mikrozensus-Ergebnissen eine wichtige Informationsbasis zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Lande zu liefern. Keiner der Mitarbeiter in den neuen Statistischen Landesämtern hatte "mikrozensusähnliche" Erhebungs- und Organisationserfahrungen. In einer kleinen Testerhebung vom November 1990 konnten die damals vorgesehenen Mikrozensus-Mitarbeiter erste Erfahrungen als Interviewer sammeln und die Aufbereitung kennenlernen. Die Kenntnisse und Erfahrungen aus dem bisherigen Bundesgebiet konnten durch zahlreiche gemeinsame Arbeitsgruppensitzungen und bilaterale - jedes neue Landesamt hatte "Partner"-Landesämter aus dem bisherigen Bundesgebiet - Beratungsgespräche eingebracht werden.

3. Modifikation des im bisherigen Bundesgebiet bewährten Stichprobendesign

In den neuen Bundesländern sollte das gleiche Stichprobendesign wie im bisherigen Bundesgebiet eingeführt werden. Der Mikrozensus 1990 hatte dort einen Neubeginn in stichprobenmethodischer Hinsicht gebracht. Auf der Basis des Datenmaterials der Volkszählung 1987 war eine neue Grundausswahl vorgenommen worden, die dann laufend durch eine Ergänzungsauswahl im Bereich der Neubautätigkeit zu aktualisieren ist. Für die neuen Bundesländer war jedoch eine Modifikation erforderlich, weil die Volkszählung der ehemaligen DDR aus dem Jahr 1981 eine zu alte Auswahlgrundlage darstellte und ein vertretbares Aktualisierungsverfahren fehlte. Auf der Basis des "Bevölkerungsregister Statistik" konnten mit Stand Mitte 1990 eine vergleichbare Auswahlgrundlage erstellt und analog zum Verfahren im bisherigen Bundesgebiet Vorratsstichproben gezogen werden.

Gemäß den Bestimmungen im Volkszählungsgesetz 1987 durften im bisherigen Bundesgebiet zur Realisierung einer Flächenstichprobe, die einen Kompromiß zwischen den steigenden Ansprüchen an die Ergebnisqualität einerseits und den Aufwands- und Praktikabilitäts Gesichtspunkten andererseits darstellt, nur die Angaben über die Zahl der Wohnungen und Personen gegliedert nach Gemeinde, Straße und Hausnummer für die Bildung der Auswahlbezirke und zur fachlichen Schichtung genutzt werden. Als Bausteine für die Bildung der Auswahlbezirke wurden ganze Gebäude und bei größeren Gebäuden Gebäudeteile verwendet (vgl. Übersicht 1). Die Gebäude der Auswahlgrundlage wurden dabei nach der Zahl ihrer Wohnungen in drei Größenklassen bzw. Schichten eingeteilt. Zur ersten Schicht gehören die kleinen Gebäude mit ein bis vier Wohnungen. Sie wurden zu Auswahlbezirken mit

dem Richtwert zwölf Wohnungen zusammengefaßt. In der zweiten Schicht bilden die Gebäude mit fünf bis zehn Wohnungen jeweils einen eigenen Auswahlbezirk. Die Gebäude der dritten Schicht mit elf und mehr Wohnungen wurden in Auswahlbezirke mit der Richtgröße sechs Wohnungen zerlegt. In einer weiteren Schicht vier, einer Sonderschicht, wurde die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften in Auswahlinheiten mit der Richtgröße 15 Personen eingeteilt.

In den neuen Bundesländern wurden die Angaben aus dem "Bevölkerungsregister Statistik" bezüglich der Zahl der Personen und der Zahl der Familienhaushalte pro Gebäude, d.h. präziser pro Hausnummer, verdichtet. Die Zahl der Familienhaushalte diente dabei behelfsweise als Ersatz für die Zahl der Wohnungen, die nicht verfügbar war. Anschließend konnten die Programme der Grundausswahl des bisherigen Bundesgebiets eingesetzt werden. In einer Einprozent-Stichprobe sind im bisherigen Bundesgebiet fast 30.900 Auswahlbezirke, in den neuen Bundesländern nahezu 8400 Auswahlbezirke zu bearbeiten. Im Vergleich zum bisherigen Bundesgebiet stammen überdurchschnittlich viele Auswahlbezirke aus der Schicht 3 (vgl. Übersicht 2). Die neuen Bundesländer haben also in besonderem Maße Belastungen durch Gebäudeteilungen zu tragen. Der Anteil der Auswahlbezirke, die auf die Schicht 1 entfielen, lag demgegenüber besonders tief. Da je Gebäudegrößenklassenschicht unterschiedliche Auswahlbezirksgrößen realisiert wurden und ihre Bedeutung in dem bisherigen Bundesgebiet und den neuen Bundesländern voneinander abweichen, liegt der Durchschnittswert der Auswahlbezirksgröße über alle Schichten hinweg im bisherigen Bundesgebiet bei rund neun Wohnungen, in den neuen Bundesländern aber um über zehn Prozent niedriger.

4. Regionale Schichtung

Die bisher dargestellte fachliche Schichtung wurde ergänzt durch eine regionale Schichtung. Als regionale Schichten wurden Raumeinheiten von durchschnittlich etwa 350.000 Einwohnern herangezogen (vgl. Übersicht 3). In den elf alten Bundesländern waren dies 170 regionale Schichten. Das Beitrittsgebiet wurde entsprechend in 31 Raumeinheiten zerlegt. Großstädte ab 200.000 Einwohnern und andere Regionen ab 250.000 Einwohnern, die in der Regel einen oder mehrere Kreise umfassen, konnten eigene regionale Schichten bilden. Regionale Schichtuntergruppen mit mindestens 100.000 Einwohnern wurden durch eine entsprechende Anordnung der Auswahlbezirke vor der Auswahl berücksichtigt. Im bisherigen Bundesgebiet wurden die regionalen Schichten mindestens soweit zu 105 sogenannten Anpassungsschichten zusammengefaßt, daß durchschnittlich 500.000 Einwohner erreicht wurden. In dem Beitrittsgebiet wurden weitere 16 regionale Anpassungsschichten abgegrenzt. Auf dieser letztgenannten regionalen Ebene erfolgt eine gebundene Hochrechnung, und zwar mit Eckwerten aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung differenziert nach den 121 regionalen Anpassungsschichten. Die Zusammenfassung von regionalen Schichten war notwendig, um größere Beeinträchtigungen der Ergebnisgenauigkeit auf Bundes- und Landesebene durch Verzerrungen aufgrund des Hochrechnungsverfahrens zu vermeiden.

Leider lagen zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung in den neuen Bundesländern noch keine Kenntnisse über die spätere Abgrenzung von Regierungsbezirken vor. Ein Abwarten war jedoch nicht möglich. Dies wird - ebenso wie eventuelle Gebietsreformen - Auswirkungen auf spätere regionale Ergebnisdarstellungen haben, weil die regionalen Darstellungseinheiten bei der Auswahl gegebenenfalls nicht hinreichend in der regionalen Schichtung berücksichtigt wurden und dadurch eventuelle Randeffekte auftauchen können.

Die in die jeweilige Mikrozensususerhebung einzubeziehenden Flächen werden durch Gemeinde, Straße und Hausnummer beschrieben. Dabei wurde in den neuen Bundesländern das Erhebungsgeschäft durch Änderungen von Straßennamen erheblich erschwert. Hier mußten die Mitarbeiter in den Statistischen Landesämtern, aber auch die Interviewer mit großer Sorgfalt vorgehen.

Mit der vorgenommenen fachlichen und regionalen Schichtung dürfte das Stichprobendesign in den neuen Bundesländern fast die gleiche Leistungsfähigkeit wie im bisherigen Bundesgebiet erreicht haben. Im bisherigen Bundesgebiet war durch die Verkleinerung der durchschnittlichen Auswahlbezirksgröße und Reduzierung ihrer Variabilität ab 1990 eine deutlich erhöhte Präzision der Ergebnisse erzielt worden. Die bereits für die neuen Bundesländer in Angriff genommene Fehlerrechnung wird zeigen, wie günstig sich im Hinblick auf den relativen Standardfehler die durchschnittlich etwas kleinere Auswahlbezirksgröße und wie ungünstig sich die wahrscheinlich größere Variabilität der Auswahlbezirksgröße, bedingt durch die oben beschriebene Heranziehung der Zahl der Familienhaushalte als Ersatz für die nicht verfügbare Zahl der Wohnungen bei der fachlichen Schichtung und Bildung der Auswahlbezirke, auswirkt.

Mit dem neuen Stichprobendesign wurde im bisherigen Bundesgebiet eine tiefere Regionalisierbarkeit der Mikrozensusergebnisse erreicht. Aber die Grenzen der Regionalisierbarkeit werden schnell offenbar, wenn der relative Standardfehler herangezogen wird. Hinzu kommt, daß die neuen Bundesländer Raumeinheiten mit einer geringeren Bevölkerungszahl darstellen. Eine stärkere räumliche Untergliederung - vor allem unter der Länderebene - kann jedoch wegen der anzustrebenden Ergebnissenauigkeit nur zu Lasten einer sachlichen Differenzierung erfolgen. Und im Zeitvergleich ist eine noch schwierigere konträre Wechselbeziehung, und zwar zwischen räumlicher, zeitlicher und fachlicher Gliederungstiefe zu beachten. Betrachtet man beispielsweise eine regionale Anpassungsschicht von rund 600.000 Einwohnern, so ist für eine Bevölkerungsgruppe, die einen Anteil von etwa zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung hat, voraussichtlich immer noch ein einfacher relativer Standardfehler von rund fünf Prozent zu erwarten. Die Nichtverfügbarkeit von Daten aus anderen Quellen darf folglich keineswegs dazu führen, daß die stichprobenmethodischen Restriktionen des Mikrozensus außer acht gelassen werden.

5. Interviewereinsatz und schriftliches Verfahren als Methodenmix

Im Mikrozensus kommt der bewährte Methodenmix mit dem Interviewereinsatz in der ersten Stufe und, falls es erforderlich oder von den zu befragenden Personen gewünscht wird, mit dem schriftlichen Verfahren in der zweiten Stufe zum Einsatz (vgl. Übersicht 4). In der Vorbereitung der ersten Befragungsstufe war erst einmal eine Interviewerorganisation mit etwa 1700 Interviewern im Beitrittsgebiet aufzubauen. Die Gewinnung von Interviewern war keine leichte Aufgabe, weil die im bisherigen Bundesgebiet bewährten Verfahren nicht in der gewohnten Art griffen. So war die Mitwirkung der bzw. die Suche über die Gemeindeverwaltungen wenig erfolgreich, weil diese sich ebenfalls erst im Aufbau befanden. Die Statistischen Landesämter hatten weiterhin die Interviewer mit großer Sorgfalt auszuwählen, weil sie die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten müssen und aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen keine Besorgnis bestehen darf, daß Erkenntnisse aus der Interviewertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden (siehe §8 Abs.3 Mikrozensusgesetz 1985). Die Interviewer wurden für ihre Aufgaben nicht nur in der üblichen Art und Weise gut geschult, sondern mußten besonders intensiv mit den Frageninhalten vertraut gemacht werden. Sie waren - genauso wie vorher die Mitarbeiter in den neuen Statistischen Landesämtern - Lernende, z.B. im Bereich Renten- und Krankenversicherung, um auftauchende Probleme bei der Beantwortung von Fragen richtig lösen zu können. Die große Schar der im Beitrittsgebiet tätigen Versicherungsvertreter etc. wurde inzwischen von der Bevölkerung als Last angesehen und erschwerten den Interviewern ihren Besuch bei den zu befragenden Haushalten und ihre Gewinnung zum Interview.

Das nach Abschluß der Interviewertätigkeit einsetzende schriftliche Verfahren bei den Haushalten, für die noch keine Auskünfte vorlagen, wurde durch lange Postlaufzeiten im Beitrittsgebiet belastet. Weiterhin landete das Schreiben des Statistischen Landesamtes in Briefkästen, die überladen waren mit Werbung, und lief somit Gefahr, von dem angeschriebenen Auskunftspflichtigen nicht gelesen zu werden.

6. Hohe Antwortquote

Trotz aller dieser widrigen Umstände konnten über alle Befragungsstufen zusammen in den neuen Bundesländern eine gute Antwortquote erreicht werden. Aufgrund der für den Mikrozensus geltenden Auskunftspflicht konnte im bisherigen Bundesgebiet eine sehr hohe Antwortquote erzielt werden; nur 3,3 Prozent der Haushalte (April 1990 und April 1991) sind bundesdurchschnittlich ausgefallen. In den neuen Bundesländern liegt mit 4,2 Prozent zwar ein etwas schlechterer Wert vor, aber er ist recht beachtlich, da er u.a. mit einem vollkommen unerfahrenen Interviewerstab in der ersten Erhebungsphase und mit langen und oftmals gestörten Postlaufzeiten in der anschließenden schriftlichen Nachbearbeitung erzielt wurde. Telefonische Kontakte und gegebenenfalls Telefonbefragungen, die in dem bisherigen Bundesgebiet durchaus zur Verbesserung der Antwortquote beitragen, konnten in den neuen Bundesländern wegen der zu geringen Telefondichte keine Bedeutung gewinnen.

Bei Einpersonenhaushalten liegen im Mikrozensus besonders hohe Ausfälle vor, die in den neuen Bundesländern sogar noch etwas ausgeprägter sind. Die Betrachtung der Ausfälle nach Gemeindegrößenklassen zeigt ein auch bei den Mikrozensus-Testerhebungen zur Freiwilligkeit in den Jahren 1985 bis 1987 festgestelltes Bild. Je kleiner die Gemeinde ist, um so niedriger ist die Ausfallquote (vgl. Übersicht 5). Für die neuen Länder ist im Vergleich zu den Strukturen im bisherigen Bundesgebiet eine ähnliche Abhängigkeit auf einem etwas höherem Niveau feststellbar.

7. Frageprogramm vom April 1991

Der Mikrozensus ist ein abgestuftes Erhebungssystem mit unterschiedlich tief gestaffeltem Frageprogramm im Abstand von eins, zwei oder drei Jahren. Turnusgemäß stand im April 1991 ein sehr breites Programm an, was von der Datenbedarfsseite sehr zu begrüßen war, was aber auch eine zusätzliche Belastung bei der Neueinführung bedeutete. So wurden neben dem jährlichen Grundprogramm die im Abstand von zwei Jahren vorgesehenen Fragen zu den beruflichen Verhältnissen und Tätigkeitsmerkmalen, zur Aus- und Weiterbildung und zu Zusatzthemen für Ausländer sowie die im dreijährigen Abstand aufzunehmenden Fragen zum Pendlergeschehen gestellt (vgl. Übersicht 6).

Zusätzlich könnten turnusgemäß auch Angaben zur Wohnsituation vorliegen, wenn nicht durch das Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes vom 14. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837) die Fragen gestrichen worden wären. Dies geschah, obwohl die eigentliche Unverzichtbarkeit dieser Angaben in einer Bundesratsentschließung bei der Gesetzesverabschiedung betont worden war. Das Gesetz legte weiterhin eine Vergrößerung der bisherigen Einkommensklassen für die Fragen nach dem individuellen Nettoeinkommen fest. Dies kann als zu wenig auf den aktuellen Informationsbedarf im Beitrittsgebiet zugeschnitten bewertet werden.

Die inhaltliche Paßfähigkeit und die Verständlichkeit der Erhebungsvordrucke für die neuen Bundesbürger war u.a. Untersuchungsziel der bereits erwähnten Testerhebung vom November 1990. Durch die 3. Änderungsverordnung zur Mikrozensusverordnung, die die zulässige Tiefe der Fragen regelt, konnte die Paßfähigkeit im Bereich der sozialen Sicherung und der Aus- und Weiterbildung und eine Zuordnungsmöglichkeit für die Mitglieder einer Produktionsgenossenschaft erreicht werden. Mit einigen Korrekturen und ergänzenden Erläuterungen konnte ein für alle 16 Bundesländer gemeinsamer Fragebogen eingesetzt werden. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse gewährleisteten die volle nationale und internationale Vergleichbarkeit. In den Mikrozensus integriert war die jährliche von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften durchzuführende gemeinsame Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, allerdings nur mit einem Auswahlsatz von 0,4 Prozent. Die in der EG-Arbeitskräftestichprobe anfallenden Daten auf Regierungsbezirksebene sind im übrigen wichtige Eckgrößen für die Mittelverteilung im Rahmen des Regional- und Sozialfonds der Europäischen Gemeinschaften.

8. Mikrozensus-Zusatzerhebungen vom Oktober 1991 und Januar 1992

Inzwischen liegen die Mikrozensusergebnisse vom April 1991 für das Beitrittsgebiet vor. Aber es sind nur erste Querschnittsergebnisse, die jedoch allein wegen ihrer Detailliertheit von den Datennutzern sehr begrüßt werden. Erst in den Folgejahren wird der Mikrozensus für Längsschnittbetrachtungen seine volle Leistungsfähigkeit erreichen. Die Bedeutung des Mikrozensus für die neuen Bundesländer geht über die im früheren Bundesgebiet weit hinaus. So ist festzustellen, daß der Mikrozensus noch nicht in das gleiche statistische Gesamtsystem eingebettet ist. Das Ineinandergreifen und Aufeinanderbauen der verschiedenen Systemteile im statistischen Gesamtsystem kann noch nicht in der üblichen Art und Weise erfolgen. Der Mikrozensus muß deshalb neben den üblichen sorgfältig abgestimmten Aufgaben neue Aufgaben übernehmen, natürlich nur soweit dies überhaupt möglich ist.

Die für die Beobachtung der tiefgreifenden kurzfristigen Veränderungen und Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt im Beitrittsgebiet benötigten Daten lassen sich nicht im erforderlichen Umfang durch bereits vorhandene statistische Erhebungen abdecken. Dem Mikrozensus als jährliche Erhebung waren hier eigentlich klare Grenzen gesetzt. Jedoch konnte auf der Grundlage des Einigungsvertrages am 18. Oktober 1991 eine Mikrozensusanpassungsverordnung vom Bundesminister für Arbeit und Soziales erlassen werden. Diese Rechtsverordnung schrieb die Durchführung von zwei Mikrozensus-Zusatzbefragungen im Beitrittsgebiet vor, und zwar zum Ende Oktober 1991 und Ende Januar 1992 jeweils mit einem Auswahlsatz von 0,25 Prozent der Bevölkerung. Das Fragenprogramm wurde auf die Ermittlung von Basisinformationen reduziert. Neben den demographischen Angaben stehen Merkmale zur Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit sowie zum Lebensunterhalt im Vordergrund. Aus dem Mikrozensus vom April 1991 wurde ein Rotationsviertel ausgewählt, das im April 1992 letztmalig befragt worden wäre. Dieses wurde nun für die beiden Zusatzerhebungen herangezogen. Das bedeutet, zwischen April 1991 und April 1992 besteht ein Mikrozensus-Sonderpanel mit einem Auswahlsatz von 1/4 Prozent, mit identischen Auswahlbezirken (Flächen) ohne Austausch, in einem Zeitabstand erstmals von einem 1/2 Jahr und dann anschließend von einem Quartal. Neben Querschnittsanalysen werden nun auch unterjährige Verläufe.

Die beiden Zusatzerhebungen bedeuteten natürlich in der Einführungsphase eine zusätzliche erhebliche Belastung der Landesämter. Diese wurde mit Erfolg gemeistert. Sowohl die Mitarbeiter in den neuen Statistischen Landesämtern als auch die Interviewer konnten durch die schnell aufeinander folgenden Erhebungen ungewöhnlich rasch Erfahrungen sammeln. Die durch die Erhebungen aufgezeigten Veränderungen von Ende April 1991 bis Ende Oktober 1991 bzw. Ende Januar 1992 sowie demnächst auch bis Ende April/Anfang Mai 1992 liefern ein ungeheures Informationspotential, das viele heute brennende Fragen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und ihrer Veränderung beantworten wird.

9. Der neue Bundesbürger in der Befragung

Bei der Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern war der Blick nicht allein auf die späteren wichtigen Strukturergebnisse gerichtet, sondern auch die Akzeptanz der Befragung selbst war von Interesse. Der Befragte wurde vor der Befragung durch den Interviewer durch schriftliche Unterlagen sehr ausführlich - wie im bisherigen Bundesgebiet - informiert. Der Interviewer traf dann auf teilweise sehr interessierte, neugierige Bürger. Einige waren überrascht, daß die neue freiheitliche Ordnung auch Daten über seine Bürger benötigt. Statistik wurde doch von manchen mit Sozialismus gleichgesetzt. Allerdings dürfte die im April 1991 bereits schwierige soziale und wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern dem Befragten die Ziele und Zwecke des Mikrozensus wesentlich einsichtiger gemacht haben, als dies üblicherweise durch eine schriftliche Kurzinformation erreicht werden kann. In den beiden Zusatzerhebungen vom Oktober 1991 und Januar 1992 tauchte dann schon die kritische Frage auf, was denn aufgrund der Angaben aus der vorhergehenden Befragung sich geändert habe. Für den Befragten war keine Veränderung in positiver Richtung erkennbar.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß hinsichtlich der Akzeptanz sich keine entscheidenden Unterschiede zum bisherigen Bundesgebiet ergeben haben. Die Argumente derjenigen, die bei der Teilnahme zögerten, weichen aufgrund der unterschiedlichen Situation in Ost und West etwas voneinander ab, aber letztendlich wurde auch in den neuen Bundesländern die erforderliche hohe Antwortquote erreicht.

Die Fragen des Mikrozensus vor allem zur sozialen Sicherung trafen im April 1991 einen teilweise noch "unwissenden" Bürger, d.h. die für ihn neuen Regelungen zur Kranken- und Rentenversicherung waren ihm noch so fremd, daß der Interviewer bei der Beantwortung durch den Befragten aufklärerisch eine wichtige Unterstützungsfunktion wahrnehmen mußte.

Über den Bürger liegen nun national und international vergleichbare Strukturdaten vor. Auf einer einheitlichen Datenbasis kann objektiv und umfassend die wirtschaftliche und soziale Lage im Osten und Westen verglichen werden. Neben der Individualebene gewinnt die Betrachtung im Haushalts- und Familienzusammenhang, wie die ersten Ergebnisse zeigen, eine große Bedeutung. Der Mikrozensus ist ja die einzige laufende amtliche Haushalts- und Familienstatistik.

Literatur

Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10.Juni 1985 (BGBl.I S.955) sowie Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 17.Dezember 1990 (BGBl.I S.2837).

Dritte Verordnung zur Änderung der Mikrozensusverordnung vom 12.April 1991 (BGBl. I S.902).

Verordnung (EWG) Nr.3044/89 des Rates vom 6.Oktober 1989 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1990 und 1991 (Abl.der EG Nr.L292, S.2) sowie Verordnung (EWG) Nr.3569/90 vom 4.Dezember 1990 (Abl. der EG Nr. L353, S.7).

Mikrozensus-Anpassungsverordnung vom 18.Oktober 1991 (BGBl.I S.2030).

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S.2078).

Bundesrats-Drucksache. 828/90 vom 14.Dezember 1990.

Statistisches Bundesamt : Stichproben in der amtlichen Statistik. Stuttgart und Mainz 1960.

Nourney, M.: Stichprobenplan des Mikrozensus ab 1972. In: Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden (1973) 11, S 631 ff.

Nourney, M.: Regionalisierung von Stichproben. In: Allgemeines Statistisches Archiv 62 (1978), S.53ff.

Meyer, K.: Zum Auswahlplan des Mikrozensus ab 1990. In: Gabler,S., Hoffmeyer-Zlotnik,J.,Krebs,D.: **Gewichtungen in der Umfragepraxis.** Westdeutscher Verlag, Opladen (im Erscheinen).

Heidenreich, H.-J.: Hochrechnung des Mikrozensus ab 1990. In: Gabler,S./Hoffmeyer-Zlotnik, J./Krebs, D.: **Gewichtungen in der Umfragepraxis.** Westdeutscher Verlag: Opladen (im Erscheinen).

Heidenreich, H.-J.: Zur regionalstatistischen Bedeutung des Mikrozensus in den neuen Ländern. In: **Raumforschung und Raumordnung**, Köln 49 (1991), H.6, S.399ff.

Hin, M.: Erste Ergebnisse des Mikrozensus April 1991. In: Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden (1992) 9, S.627 ff.

Heidenreich, H.-J.: Überblick über angewandte Verfahren und Ergebnisse der Mikrozensus-Testerhebungen 1985, 1986 und 1987. In: **Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik.** Hrsg.: Statistisches Bundesamt: Wiesbaden 1989, Bd.9, S.15ff.

Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung. Hrsg.: Statistisches Bundesamt: Wiesbaden 1989. (Forum der Bundesstatistik, Bd. 11.)

Übersicht 1: Bildung der Auswahlbezirke und fachliche Schichtung

Mikrozensus-Auswahlplan ab 1990

- Grundauswahl -

Schicht- Nr.	Gebäude mit ...	Auswahlbezirk gebildet	
		durch ...	mit Richtgröße
1	1 bis 4 Wohnungen *)	mehrere Gebäude	12 Wohnungen
2	5 bis 10 Wohnungen *)	Einzelgebäude	Ø 7 Wohnungen
3	11 und mehr Wohnungen *)	Gebäudeteil	6 Wohnungen
4	Gemeinschaftsunterkünfte	Einzelgebäude bzw. Gebäudeteil	15 Personen

*) Ohne Gemeinschaftsunterkunft.

Modifikation für die neuen Bundesländer einschl. Berlin-Ost: "Familienhaushalte" als Ersatz für "Wohnung".

Übersicht 2: Verteilung der Auswahlbezirke auf die fachlichen Schichten
Mikrozensus-Auswahlplan ab 1990
- Grundausswahl -

Schicht-Nr.	Gebäude mit ...	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer einschl. Berlin-Ost
1	1 bis 4 Wohnungen *)	45,1 %	29,9 %
2	5 bis 10 Wohnungen *)	30,9 %	33,8 %
3	11 und mehr Wohnungen *)	22,4 %	34,5 %
4	Gemeinschaftsunterkünfte	1,6 %	1,8 %
Insgesamt		100 % = 29 540 Auswahlbezirke	100 % = 8 360 Auswahlbezirke

Einschl. Neubauswahl:

30 900

*) Ohne Gemeinschaftsunterkunft.

Modifikation für die neuen Bundesländer einschl. Berlin-Ost: 'Familienhaushalte' als Ersatz für 'Wohnung'.

Übersicht 3: Regionale Schichtung Mikrozensus-Auswahlplan ab 1990

A. Regionale Schichten

- umfassen ein oder mehrere Kreise
 - Ø etwa 350 000 Einwohner
 - Großstädte ab 200 000 Einwohner
andere Regionen ab 250 000 Einwohner
 - Bisheriges Bundesgebiet: 170 regionale Schichten
 - Neue Bundesländer
einschl. Berlin-Ost: 31 regionale Schichten
- } 201

B. Regionale Schichtuntergruppen

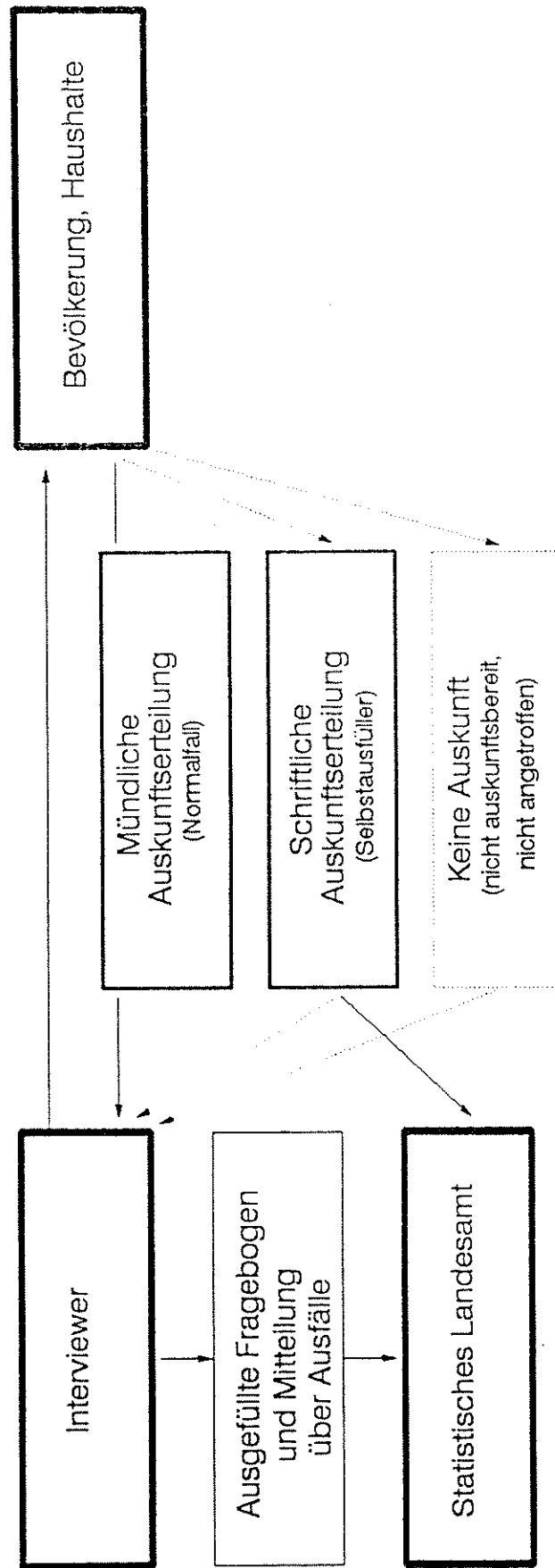
- mindestens 100 000 Einwohner
- Anordnung der Auswahlbezirke vor der Auswahl

C. Regionale Anpassungsschichten

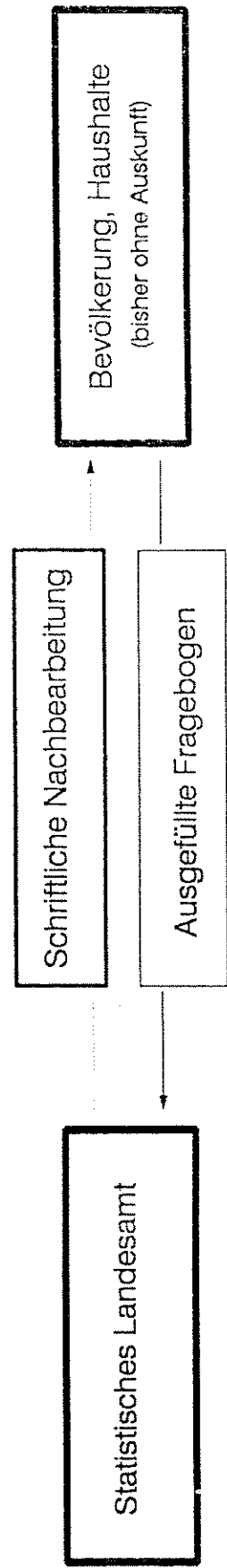
- umfassen eine oder mehrere regionale Schichten
 - Ø etwa 500 000 Einwohner
 - regionale Ebene für eine gebundene Hochrechnung
 - Bisheriges Bundesgebiet: 105 regionale Anpassungsschichten
 - Neue Bundesländer
einschl. Berlin-Ost: 16 regionale Anpassungsschichten
- } 121

Übersicht 4: Organisatorischer Ablauf des Mikrozensus (Kurzfassung)

1. Stufe: Interviewverfahren

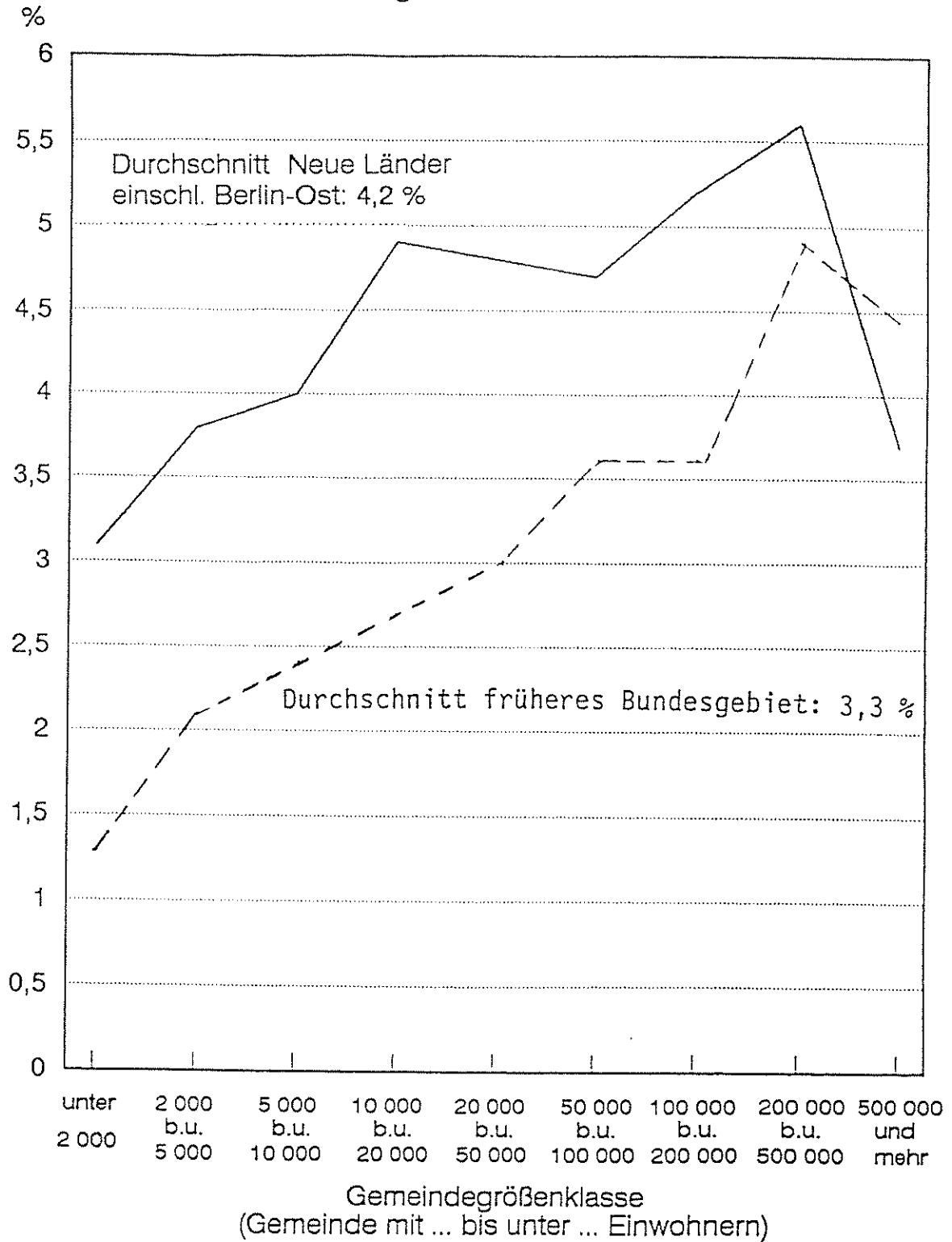


2. Stufe: Schriftliche Nachbearbeitung der Fälle ohne Auskunft in der 1. Stufe



Übersicht 5: Bekannte Ausfälle im Mikrozensus April 1991

Anteil der ausgefallenen Haushalte
(bekannte Ausfälle) an den zu
erfassenden Haushalten insgesamt



Übersicht 6: Erhebungstermine und Auswahlsätze der Tatbestände - Mikrozensus 1985 - 1995

Tatbestand	gemäß § ... MZG 1985	Erhebungsjahr und Auswahlätze (in %)										
		1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
GRUNDERHEBUNG												
1. Merkmale der Person, Familien-, Haushaltszusammenhang, Staatsangehörigkeit, Haupt-, Nebenwohnung 1).....	§ 5 Abs. 1 Nr. 1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2. Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit, Kind im Vorschulalter, Schüler, Student	§ 5 Abs. 1 Nr. 2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
3. Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens	§ 5 Abs. 1 Nr. 3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4. Angaben zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung und zur gesetzlichen Rentenversicherung 2).....	§ 5 Abs. 1 Nr. 4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
ERGÄNZUNGSERHEBUNGEN												
5. Urlaubs- und Erholungsreisen	§ 5 Abs. 1 Nr. 5	0,1 •	0,1 •	0,1 •	0,1 •	0,1 •	0,1 •					
ZWEIJÄHRIG												
6. Berufliche Verhältnisse, Tätigkeitsmerkmale	§ 5 Abs. 2 Nr. 1	1		1		1		1		1		1
7. Aus- und Weiterbildung	§ 5 Abs. 2 Nr. 2	1		1		1		1 •		1 •		1 •
8. Zusatzangaben für Ausländer	§ 5 Abs. 2 Nr. 3	1		1		1		1 •		1 •		1 •
9. Wohnsituation der Haushalte	§ 5 Abs. 2 Nr. 4	1		1		**						
DREIJÄHRIG												
10. Pendlereigenschaft, -merkmale	§ 5 Abs. 3 Nr. 1	1			1			1 •			1 •	
11. Fragen zur Gesundheit	§ 5 Abs. 3 Nr. 2		0,5 •			0,5 •			0,5 •			0,5 •
12. Behinderteneigenschaft	§ 5 Abs. 3 Nr. 3		0,5			0,5			0,5 •			0,5 •
13. Private und betriebliche Altersvorsorge	§ 5 Abs. 3 Nr. 4		0,25			0,25			0,25 •			0,25 •
EG-Arbeitskräftestichprobe	§ 14	0,4	0,4	0,4	0,4 3)	0,4 3)	0,4 3)	0,4	0,45 4)	0,45 4)	0,45 4)	0,45 4)
Mikrozensusgesetz 1985												Neufassung des durch das Änderungsgesetz geänderten Mikrozensusgesetzes.

* = Auskunft freiwillig.

** = Im Jahre 1989 ausgesetzt durch "Zweite Verordnung zur Änderung der Mikrozensusverordnung" vom 28. Februar 1989.

1) Die Auskünfte zum Merkmal Eheschließungsjahr sind seit 1985 freiwillig.

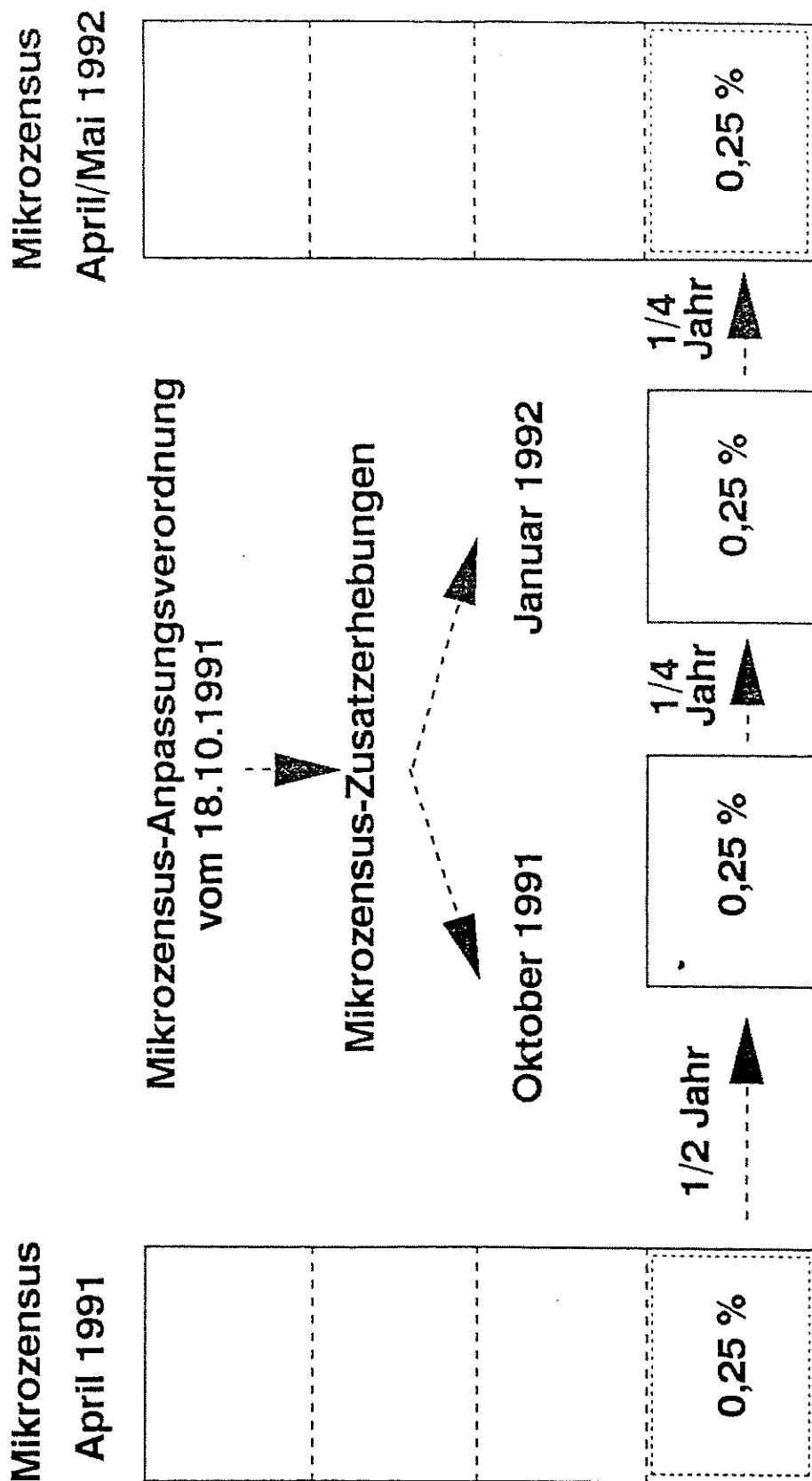
2) Die Auskünfte zum zusätzlichen privaten Krankenversicherungsschutz sind seit 1991 freiwillig.

3) Die Auskünfte zum höchsten Ausbildungsabschluß ab 1988 neu in die EG-Arbeitskräfteerhebung aufgenommen) sind freiwillig.

4) Inhaltliche Ausweitung der EG-Arbeitskräfteerhebung ab 1992. Merkmale, die nicht mit Mikrozensusmerkmalen übereinstimmen und über die Merkmale in der Fassung des Artikels 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3044/89 des Rates vom 6. Oktober 1989 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1990 und 1991 (Amtsbl. der EG Nr. L 292/2) hinausgehen, sind freiwillig. Der Auswahlatz ist auf Regierungsebene unterschiedlich (0,4%, 0,6%, 0,8% oder 1,0%).

Übersicht 7:

Mikrozensus in den neuen Bundesländern und in Berlin Ost



Volkszählung 1981: Inhalt und ausgewählte Ergebnisse

Edgar Wedel (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

1. Vorbemerkung

40 Jahre geteiltes Deutschland bedeuten auch vier Jahrzehnte geteilte amtliche Statistik. Die Berichtssysteme West und Ost dienten unterschiedlichen Zielen: hier dem der sozialen Marktwirtschaft, dort dem der sozialistischen Planwirtschaft. Wichtigste Aufgabe der amtlichen Statistik nach der Überwindung der deutschen Teilung war deshalb - dem Einigungsvertrag entsprechend - das Programm der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern einzuführen. Aber die amtliche Statistik ist vor eine weitere Aufgabe gestellt. Sie besteht darin, aus dem Datenbestand der ehemaligen DDR-Statistik eine statistische Informationsbasis zu schaffen, die im wesentlichen nach den Grundsätzen der Bundesstatistik auf den wichtigsten Gebieten Auskunft über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR gibt.

Aufgrund seiner Zuständigkeit in Methodenfragen, aber auch aus organisatorischen Gründen, die sich aus der Rechtsnachfolge der ehemaligen DDR-Statistik erklären, obliegt diese Aufgabe dem Statistischen Bundesamt. Sie wird hier von der Zweigstelle Berlin wahrgenommen, auf deren umfassender Zusammenarbeit die folgenden Ausführungen beruhen. Die Aufgabe, eine aus dem vorhandenen Datenmaterial der ehemaligen DDR mit vorgenannter Zielsetzung vergleichbare Informationsbasis zu schaffen, ist selbstverständlich nicht auf den Bereich der Volkszählungen beschränkt, auf den hier eingegangen werden soll. Dem Prozeß einer Rückrechnung werden verschiedene weitere Statistiken unterzogen. Angesichts der zentralen Stellung der Volkszählung im statistischen System, insbesondere auch als Quelle von Regionaldaten, ist deren Erschließung aber als wichtiger Teil dieser Aufgabe anzusehen. So dürften vor allem die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung vom 31.12.1981 auch gegenwärtig eine der wichtigen Datengrundlagen zur Analyse der sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse der achtziger Jahre in der ehemaligen DDR darstellen. Gleichzeitig sind sie einer der Ausgangspunkte statistischer Daten zur Charakterisierung der tiefgreifenden sozialen Veränderungen, die sich seit der Wiedervereinigung in Ost-Deutschland vollziehen.

Die Rückrechnung umfaßt die Datensicherung, Datendokumentation und Datenbereitstellung, die Analyse der methodischen Unterschiede mit dem Ziele einer Nachaufbereitung der Ergebnisse Ost nach der Methode West sowie die Bereitstellung und Veröffentlichung ausgewählter Ergebnisse im Ost-West-Vergleich.

Im folgenden wird zunächst kurz über den Sachstand bei der Datensicherung und -bereitstellung berichtet. Dann wird vor dem Hintergrund einiger ausgewählter Ergebnisse der Volkszählung von 1981 auf die Frage der methodischen Vergleichbarkeit, gemessen am Konzept der Volkszählung 1987, eingegangen. Schließlich wird der Ost-West-Vergleich selbst angesprochen. Es darf bereits an dieser Stelle angemerkt werden, daß die Diskussion über die einzuschlagenden Hauptrichtungen der Rückrechnung der

Zählungsergebnisse im Statistischen Bundesamt noch nicht abgeschlossen ist. Die Darstellung der methodischen Unterschiede erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit der für eine Rückrechnung auszuwählenden Sachverhalte, und insbesondere die Überlegungen zur Bereitstellung "rückgerechneter" gesamtdeutscher Ergebnisse sind als Arbeitshypothesen zu verstehen.

2. Datensicherung, Datendokumentation, Datenbereitstellung

Die Volkszählungen der ehemaligen DDR waren zentralistisch organisiert. Die Erhebungen wurden nicht nur zentral vorbereitet, die Zählungen wurden auch zentral aufbereitet und ausgewertet, d.h. in der Zentralstelle in Berlin wurden die Ergebnisse unter Nutzung von Großrechenanlagen mit Hilfe einheitlicher Aufbereitungs- und Tabellierungsprogramme für alle Ebenen - die Republik, die Bezirke, Kreise und Gemeinden - gewonnen. Seit der organisatorischen Verschmelzung der Statistiksysteme Ost und West befinden sich diese Ergebnisse in Form von Listen, als Tabellenmaterial und EDV-Ausdrucke in den Archiven der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes. Dabei handelt es sich um Datenaggregate, die nach Systematiken und administrativen Strukturen der ehemaligen DDR-Statistik aufbereitet sind.

Zum verfügbaren Datenbestand der Volkszählungen 1971 und 1981 gehörte aber insbesondere auch das auf maschinell verarbeitbaren Datenträgern gespeicherte Einzeldatenmaterial. Im Rahmen des Rückrechnungsprojektes bestand die erste Aufgabe darin, diese Daten zu sichern, zu dokumentieren und dabei in eine Form zu bringen, die den technischen und organisatorischen Anforderungen der Verbundprogrammierung und auch den Anforderungen aus datenschutzrechtlicher Sicht nach geltender Rechtslage des Bundes entsprach. Das Ergebnis dieser Datensicherung ist: Die anonymisierten Einzeldaten der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen 1981 und 1971 wurden auf moderne maschinenlesbare Datenträger, d.h. Magnetbandkassetten, umgespeichert und dabei gleichzeitig in eine feste Satzstruktur umformatiert. Es handelt sich dabei um grundsätzlich getrennte Einzeldatensätze je Wohnung und je Person. In ihrem Satzaufbau und den angewandten Schlüsseln stellen diese Einzeldaten eine 1 : 1 - Widerspiegelung der von den Bürgern seinerzeit gemachten Angaben in den Wohnungs- und Personenzähllisten dar, erweitert um Ergänzungsschlüssel zu den Haushalts- und Familienzusammenhängen bzw. zu den Wohnungscharakterisierungen. Dabei ist anzumerken, daß diese Ergänzungsschlüssel zur besseren Vergleichbarkeit mit den Daten der alten Bundesländer im Zuge der Umformatierung teilweise zugleich konzeptionell überarbeitet wurden.

Da die anonymisierten Einzeldatensätze der Zählungen 1981 und 1971 vor allem auch den neu gebildeten Statistischen Landesämtern der neuen Bundesländer und von Berlin zu übergeben waren, mußten die Datensätze ferner um die amtlichen Schlüssel der Gemeinden und Verwaltungsbezirke der neuen Länder zum Stand 31.12.1991 ergänzt werden. Dieses Datenmaterial wird u.a. benötigt, um die bevorstehenden Kreis- und Gemeindereformen durch Umrechnung der Daten statistisch nachvollziehen zu können. Insbesondere hatten die bisher ausgewiesenen Ergebnisse der Zählungen selbstverständlich keinen regionalen Bezug zu den heute existierenden Bundesländern.

Ergänzend ist in diesem Zusammenhang anzumerken, daß gegenwärtig ein "historisches Gemeindeverzeichnis für die neuen Bundesländer" erarbeitet wird, das sich auf den Zeitraum 1948 bis 1991 erstreckt. Das Verzeichnis soll eine Schlüsselbrücke zwischen allen im genannten Zeitraum vorkommenden Gemeindeschlüsseln mit den Gemeindeschlüsseln per 31.12.1991 herstellen und zugleich Informationen über alle vorgenommenen Gebiets-, Namens- und Schlüsseländerungen bei den einzelnen Gemeinden liefern. Das Verzeichnis ist als PC-Datei vorgesehen und wird so aufgestellt, daß eine Fortschreibung durch die Statistischen Landesämter möglich sein wird. Gegenwärtig deckt das Verzeichnis bereits den Zeitraum 1981 bis 1991 ab.

3. Ausgewählte Ergebnisse der VZ 1981 unter Berücksichtigung methodischer Unterschiede gegenüber der VZ 1987 der alten Bundesländer

Mit der Erschließung des Datenbestandes aus der Volkszählung 1981 der ehemaligen DDR sind Probleme verschiedener Art verbunden: Es bestehen zunächst Unterschiede zwischen den bei der Zählung 1981 einbezogenen Fragenkomplexen gegenüber der Volkszählung 1987. So wurden bei der Zählung 1981 in der ehemaligen DDR im Gegensatz zur Volkszählung 1987 in den alten Bundesländern Angaben zu folgenden personenbezogenen Fragenkomplexen nicht erhoben: Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft; Staatsangehörigkeit; Dauer einer praktischen Berufsausbildung; Angaben zum Arbeitsweg im Hinblick auf Dauer und benutztes Verkehrsmittel; Angaben zu einer Nebenerwerbstätigkeit.

Andererseits zählten zum Erhebungsprogramm der 1981er Zählung Fragestellungen, die im Merkmalskatalog der Volkszählung 1987 fehlten. Sie betrafen unter anderem den Familienzusammenhang; das Eheschließungsjahr; die Anzahl der geborenen Kinder; die Stellung im Beruf der aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Personen. Ebenso gab es Einschränkungen hinsichtlich der wohnungs- und gebäudebezogenen Tatbestände, da folgende Merkmale in der DDR-Zählung von 1981 nicht vorgesehen waren: Nutzung als Freizeitwohnung; Einzugsjahr in die Wohnung; Angaben zur Bauförderung; Angaben zur Monatsmiete; Angaben zum Baujahr des Gebäudes. Zum Merkmal "Baujahr des Gebäudes" ist allerdings anzumerken, daß diese Frage zwar zum ursprünglichen Erhebungsprogramm gehören sollte, dann aber, und zwar erst nach der Drucklegung der Zählbogen, von der damaligen SED-Führung untersagt wurde, weil man unerwünschte Ergebnisse erwartete. Nicht in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 der alten Bundesländer, wohl aber im Zählungsteil "Wohnungen/Gebäude" von 1981 zu erfassen waren andererseits wiederum die Geschößzahl von Gebäuden mit Wohnraum; bei mehrgeschossigen Wohngebäuden die Bauzustandsgruppe; die Jahresgruppe der Rekonstruktion, d.h. eines Wiederaufbaus oder der Sanierung.

Diese Unterschiede zwischen den Zählungen Ost und West müssen als gegeben hingenommen werden, für sie sind somit keine vergleichbaren Zählungsdaten verfügbar. Abgesehen hiervon bestehen Unterschiede zwischen Merkmalen und Merkmalsausprägungen bei vergleichbaren Fragestellungen. Wurden etwa in der Zählung Ost von 1981 "Einkommensarten" erfaßt, so stellte die Zählung West von 1987 auf die "überwiegende Quelle des Lebensunterhalts" ab. Ähnlich steht der globaler angelegten Erfassung

der "Gesamtzahl der Räume in der Wohnung mit mindestens 6m² (ohne Küche, Bad, WC, Flur)" sowie der "Fläche der gesamten Wohnung" von 1987 eine differenzierter angelegte Erhebung der Zahl der Wohnräume und Nebenräume sowie Küchen/Kochnischen und deren Fläche im einzelnen gegenüber.

Aber auch im Hinblick auf Darstellungseinheiten und Gliederungsmerkmale weichen die bei der Zählung Ost verwendeten Begriffsdefinitionen gegenüber denen der Bundesstatistik und damit auch der Volkszählung 1987 zum Teil ab; damit verbunden sind auch Unterschiede bei differenzierten Gruppenbildungen in den tabellarischen Darstellungen der veröffentlichten Ergebnisse. Einige dieser Unterschiede in Methodik und Begriffsdefinitionen der Zählung 1981 gegenüber der Zählung 1987 in den alten Bundesländern sollen im folgenden unter Bezugnahme auf ausgewählte Ergebnisse der Volkszählung 1981 skizziert werden.

3.1 Anmerkungen zu den gebäude- und wohnungsstatistischen Angaben

a) Gebäudebestand (vgl. Tabelle 1): Die Erfassung des Gebäudebestandes entsprach im wesentlichen der Zählweise der Gebäude- und Wohnungszählung 1987. Wie in den alten Bundesländern wurde - je nachdem, ob die Gesamtfläche überwiegend zu Wohnzwecken genutzt wurde oder nicht - zwischen Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum unterschieden, und es wurden auch bewohnte Unterkünfte gezählt. In der ehemaligen DDR bestanden zwar nicht die Voraussetzungen für den Besitz einer Zweitwohnung für Ferien- oder Freizeit Zwecke. Es gab lediglich Wochenendhäuser oder sogenannte Datschen, vorrangig in Kleingartensiedlungen, die bei der Wohnungs- und Gebäudezählung nicht zu erfassen waren. Aber auch diese Einschränkung entsprach im Ergebnis dem Zählungsansatz von 1987, da in den alten Bundesländern Lauben - ebenso wie Wohnwagen - nur dann unter dieser Gebäudeart, nämlich den bewohnten Unterkünften, zu zählen waren, wenn sie am Stichtag bewohnt waren und die Bewohner keine andere Wohnung hatten. Anders wurde dagegen im Hinblick auf den zu Wohnheimzwecken genutzten Gebäude- und Wohnungsbestand verfahren. Dieser Bestand wurde nicht wie bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 gesondert erfaßt, sondern vollständig ausgeklammert und dem Bereich der Anstalts- und Gemeinschaftsunterkünfte zugerechnet.

Zur Eigentumsstruktur ist festzuhalten, daß unter "staatlichem Eigentum" die in der ehemaligen DDR-Statistik als "volkseigen" definierten Gebäude ausgewiesen waren. Hierzu gehörten auch Gebäude mit Werks- bzw. Betriebswohnungen. Die Gruppe "Sonstiges Eigentum" umfaßte hauptsächlich konfessionelles Eigentum. Spiegelten die "Eigentümergruppen" im wesentlichen DDR-spezifische Verhältnisse ab, so ist bei der Gruppierung der "Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen" auf eine definitorische Besonderheit aufmerksam zu machen, die sich aus der Abgrenzung des Wohnungsbestandes ergab.

b) Wohnungsbestand (vgl. Tabelle 2): Die Begriffsbestimmung einer Wohneinheit entsprach im wesentlichen der Zählung 1987. Es wurde jedoch in jedem Fall der Begriff "Wohnung" verwandt, d.h. auch dann, wenn es sich tatsächlich um eine Wohneinheit in einer bewohnten Unterkunft oder um eine Wohneinheit ohne Küche oder Kochnische in einem Gebäude mit Wohnraum handelte, die in den alten Bundesländern 1987 nur als "sonstige Wohneinheiten" gezählt worden sind. Die Kriterien für die Abgrenzung waren zwar auch in der ehemaligen DDR "Abgeschlossenheit" und das grundsätzliche Vor-

handensein einer Küche/Kochnische in der Wohneinheit. Ausnahmen mußten bei der Erfassung jedoch zugelassen werden. Bedingt durch die Wohnungsknappheit gab es nämlich Fälle, in denen z.B. größere Wohnungen oder zweigeschossige Einfamilienhäuser durch mehrere Mietparteien belegt waren und die Haushalte deshalb daran interessiert waren, für die von ihnen bewohnten Räume je eine eigene Wohnungsliste auszufüllen.

Hieraus resultierte vor allem, daß auch rund eine Viertel Million Wohneinheiten ohne Küche bzw. Kochnische als "Wohnungen" ausgewiesen sind. Sie dürften bei einer methodisch angeglichenen Nachaufbereitung streng genommen nicht mehr als Wohnungen berücksichtigt werden, und auch dann erst wäre die Gliederung des Bestandes an Wohngebäuden nach der Zahl der Wohnungen besser vergleichbar mit den Ergebnissen der Zählung von 1987. Es sei angemerkt, daß diese Wohneinheiten im Zeitablauf besonders von Wohnungszusammenlegungen betroffen waren und dem Wohnungsmarkt in aller Regel nicht mehr getrennt zur Verfügung stehen.

Anders als in der Volkszählung bzw. der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wurden in der ehemaligen DDR 1981 auch nicht zu Wohnzwecken genutzte Wohneinheiten zum Wohnungsbestand gezählt. Dies galt jedoch nur für solche Wohneinheiten, die nur zeitweilig zweckentfremdet waren und nach Absicht der Kommunen alsbald wieder Wohnzwecken zugeführt werden sollten. Aufgrund einer im Jahr 1985 in den Kommunen nochmals vorgenommenen Bestandsaufnahme wurden die seit Jahren z.B. als Kindergärten, Arztpraxen, Schwesternstationen, Dienstleistungseinrichtungen ständig genutzten Wohnungen aus dem fortgeschriebenen Wohnungsbestand ausgegliedert. Im Zählungsergebnis von 1981 sind sie mit einem - allerdings verhältnismäßig kleinen Anteil - am damals festgestellten Wohnungsbestand von 0,5 Prozent, dem rund 35.000 Wohnungen entsprachen, zunächst jedoch noch enthalten.

c) Wohnungsgröße (vgl. Tabelle 3): Die Gruppierung des Wohnungsbestandes nach der Anzahl der Wohnräume unterscheidet sich von der vergleichbaren Ergebnisdarstellung zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987 jedoch insofern, als hier, d.h. in den alten Bundesländern, Küchen - unabhängig von deren Größe - mitberücksichtigt wurden. In Anbetracht der deutlichen quantitativen Veränderungen im Ausweis dieser Ergebnisse wurde dieses Datenmaterial von 1981 bereits umgerechnet, d.h. entsprechend der Methodik der Zählung 1987 wurde die Anzahl der Räume unter Einbeziehung der Küchen umgruppiert. Nach demselben methodischen Ansatz wird auch im Rahmen der nunmehr gesamtdeutschen jährlichen Wohnungsbestandsfortschreibung verfahren.

3.2 Anmerkungen zu den bevölkerungs- und haushaltsstatistischen Angaben

a) Verteilung und Struktur des Bevölkerungsstandes (vgl. Tabelle 4): Die Feststellung der Bevölkerungszahlen aus der Zählung 1981 war - analog zu den vorhergehenden Zählungen in der ehemaligen DDR - durchgängig nach dem Prinzip der "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" angelegt. Verwendet wurde hierfür jedoch der Begriff "Wohnbevölkerung", ohne daß hierunter aber eine Definition im Sinne des bis 1980, dem Jahr der Novellierung des Melderechtsrahmengesetzes, geltenden Bevölkerungsbegriffs der alten Bundesländern zu verstehen gewesen wäre. So wurden der auch in Berlin woh-

nende verheiratete Angestellte am Familienwohntort Dresden, der Student mit Nebenwohnsitz in Leipzig am Wohnsitz der Eltern in Cottbus zur Bevölkerung gezählt. Die Frage des Zweitwohnsitzes hatte in der ehemaligen DDR allerdings eine wesentlich geringere Bedeutung gehabt als im alten Bundesgebiet. **Bedingt** durch die Wohnungsknappheit in den Ballungsgebieten und Industriestandorten, vollzog sich **das** Pendlergeschehen überwiegend in der Form der "Tagespendler". Hiervon abgesehen, wurde die **regionale** Bevölkerungsverteilung in der ehemaligen DDR nach den inhaltlich unmittelbar vergleichbaren Kriterien wie zur Volkszählung 1987 ermittelt.

Die Kategorie "Wohnbevölkerung" im Sinne des Bevölkerungsbegriffs der westdeutschen Volkszählung von 1970, die auch bei der Volkszählung 1987 neben der "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" gebildet wurde, ließe sich aus dem Datenmaterial der Volkszählung 1981 nicht rekonstruieren. Die dazu notwendigen Angaben zum Ort des überwiegenden Aufenthaltes bzw. der Wohnung, von der aus der Arbeit oder Ausbildung nachgegangen wurde, waren nicht Bestandteil der Zähllisten. In Verbindung mit den am Zählort erfaßten Personen mit Nebenwohnsitz ist es dagegen möglich, auch die "wohnberechtigte Bevölkerung", d.h. den Bevölkerungsbegriff nachzuweisen, der zugleich Ausgangsgröße für die Bestimmung der "Bevölkerung in Privathaushalten" ist. Während sich die "wohnberechtigte Bevölkerung" unmittelbar als Gesamtsumme aller Haupt- und Nebenwohnsitzfälle ermitteln läßt, bedarf es für die Ableitung der "Bevölkerung in Privathaushalten" nach dem bei der Volkszählung 1987 verwendeten methodischen Ansatz folgender Schritte:

- Generelle und gleichberechtigte Berücksichtigung der Personen am Ort der Nebenwohnung zusätzlich zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung bei der Feststellung der Haushaltszusammensetzung;
- Aufschlüsselung der Bevölkerung in Gemeinschaftseinrichtungen mit dem Ziel, auch solche Personen einzubeziehen, bei denen eine selbständige Haushaltsführung anzunehmen ist;
- Ausklammerung von Doppelzählungen, d.h. Ableitung der "Bevölkerung in Privathaushalten" aus der "wohnberechtigten Bevölkerung in Haushalten". Nach dem methodischen Ansatz der Volkszählung von 1987 wurden mit dieser Zielsetzung Personen dann nicht der "Bevölkerung in Privathaushalten" zugerechnet, wenn sie Haushalten angehörten, deren Mitglieder sämtlich am Zählort nicht zur "Wohnbevölkerung" im Sinne des Bevölkerungsbegriffs von 1970 zählten. Da dieser Begriff im Datenmaterial der Volkszählung 1981 der ehemaligen DDR - wie erwähnt - allerdings nicht gebildet werden kann, käme nur ein alternativer Ansatz in Betracht. Gedacht könnte etwa daran sein, ersatzweise Personen in Haushalten auszuklammern, deren Mitglieder am Zählort sämtlich nur einen Nebenwohnsitz innehatten. Von dieser Einschränkung abgesehen, wäre der näherungsweise ermittelbare "Bevölkerungsstand in Privathaushalten" zugleich Ausgangspunkt für methodisch besser vergleichbare Aussagen zur Anzahl der Privathaushalte und deren Größenstruktur.

b) Haushalte/Haushaltsgröße; Familien (vgl. Tabelle 5): Der Begriff des Haushalts im Sinne einer Gruppe von Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren, entsprach dem Maßstab der alten Bundesländer ebenso wie der traditionellen Erhebungspraxis bei den vorangegangenen Zählungen der ehemaligen DDR. Analog zu den Bevölkerungszahlen umfaßte das veröffentlichte Zahlenmaterial zu den Haushalten aus der Zählung 1981 jedoch

nur Strukturen nach dem Hauptwohnsitz. Hierdurch sollten Doppelzählungen ausgeschaltet werden, die jedoch nicht haushalts-, sondern personenbezogen definiert waren. Es waren danach 1981 insgesamt 6,56 Millionen wohnberechtigte Haushalte gezählt worden, von denen - unter Berücksichtigung der vorgenannten Überlegungen, d.h. bei Ausklammerung von Haushalten "nur mit Nebenbewohnern" - aber rund 46.000 nicht als "Privathaushalte" anzusehen wären. Bei einer Ergebnisanpassung an die Methodik der Volkszählung von 1987 würde sich die verbleibende Zahl wohnberechtigter Haushalte - wenn auch ebenfalls nur geringfügig - um die Zahl der Personen erhöhen, die am Ort der Hauptwohnung in Gemeinschaftseinrichtungen lebten und dort einen eigenen Haushalt führten; hierbei würde es sich um circa 70.000 Einpersonenhaushalte (vgl. Tabelle 4) handeln. Verschiebungen würden sich außerdem im Hinblick auf die Größe der Privathaushalte durch Einbeziehung der Personen am Nebenwohnoort ergeben, die sich aber - zumindest auf hoher regionaler Ebene - ebenfalls in Grenzen halten dürften.

Bei der Zählung 1981 war, ebensowenig wie 1971, eine explizite Erfassung eines "Haushaltsvorstandes" nicht vorgesehen. Im Zuge der Datensicherung wurde deshalb - wie bereits angedeutet - in Analogie zum methodischen Ansatz der Volkszählung 1987 die Bezugsperson des Haushalts typisiert. Als Kriterien wurden hierzu Kombinationen der Merkmale "Einkommensquelle", "Alter" und "Geschlecht" herangezogen. Die Voraussetzungen für vergleichbare weitere Haushaltsauszählungen nach sozio-ökonomischen Kategorien liegen damit vor. Anders als 1987 in den alten Bundesländern wurden bei der Volkszählung 1981 der ehemaligen DDR auch Angaben zum Familienzusammenhang erhoben. Bei dem hieraus abgeleiteten Nachweis von "Kernfamilien" wurden erstmals Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften zusammengefaßt. Einbezogen wurden in diesen Ergebnisanzeige circa 150.000 derartige Lebensgemeinschaften, die sich als solche mit gemeinsamem Hauptwohnsitz in die Zähllisten eingetragen hatten. Nicht ermittelbar war dagegen die Zahl der auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften von Partnern, die jeweils eine eigene Wohnung bewohnten. Auf die näherungsweise mit gleicher Einschränkung festgestellte Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften im Rahmen der Volkszählung 1987 kann in diesem Zusammenhang ergänzend hingewiesen werden.¹⁾

3.3 Anmerkungen zu den erwerbsstatistischen Angaben

Beim Ergebnisvergleich zum Sachgebiet der "Beteiligung am Erwerbsleben" sind im Hinblick auf Begriffsbestimmungen und Methodik Unterschiede zu berücksichtigen, die teilweise von größerer Bedeutung als in den übrigen Zählungsbereichen sind (vgl. Tabelle 6). Da es im politischen und gesellschaftlichen Verständnis der ehemaligen DDR keine Arbeitslosigkeit gab, waren Fragestellungen bezüglich der Arbeitsuche bzw. einer Erwerbslosigkeit nicht Gegenstand der Erhebungsprogramme der Volkszählungen. Erwerbspersonen und Erwerbstätige im Sinne des in den alten Bundesländern angewandten Erwerbskonzeptes sind danach tendenziell gleichzusetzen. Als Erwerbstätige galten auch Personen mit

1) Vgl. Fachserie 1 des Statistischen Bundesamtes, Volkszählung vom 25. Mai 1987, Heft 7, Teil 3: Ausgewählte Haushaltstypen.

länger ruhendem Arbeitsverhältnis, so z.B. die 1981 gezählten rund 113.000 Mütter, die bis zu drei Jahren wegen der Geburt eines Kindes beurlaubt waren. Die Frage, ob eine Person zu den "wirtschaftlich Tätigen" rechnete, wurde aufgrund des Vorliegens eines "Einkommens aus Berufstätigkeit" entschieden. Da - anders als zur überwiegenden Quelle des Lebensunterhaltes im Rahmen der Volkszählung 1987 - alle Einkommensarten anzugeben waren, umfaßte das Zählkonzept zur Abgrenzung der Erwerbstätigkeit theoretisch auch geringfügige Beschäftigungen. Nicht zu den Erwerbstätigen wurden dagegen Auszubildende gezählt, deren Anzahl zum Zählungstichtag 1981 mit rund 537.000 ermittelt worden waren. Für sie wurden auch keine Angaben zum Ausbildungsberuf und zum Ausbildungsbetrieb erfaßt.

Besonderheiten gab es auch bei der Feststellung der erwerbs- und berufsstatistischen Merkmale. So waren für Wehrpflichtige - ähnlich wie für Personen mit einstweilig ruhendem Arbeitsverhältnis - der letzte zivile Arbeitgeber und die dort ausgeübte Tätigkeit maßgebend. Hinzu kommt die Tatsache, daß bei den im sogenannten X-Bereich tätigen Personen (Armee; Polizei, Ministerium für Staatssicherheit; Parteien; gesellschaftliche Organisationen) alle beruflichen Angaben in einer Weise codiert werden mußten, die eine Zuordnung aus dem Datenbestand unmöglich machten. Dabei wurde die Mehrzahl dieser Fälle dem nicht weiter untergliederten Bereich der "Staatlichen Verwaltung; gesellschaftlichen Organisationen" zugeordnet.

Die Probleme einer möglichen Umrechnung der Zählungsdaten 1981 verstärken sich bei der Rückrechnung tiefer gruppierten Datenmaterials, z.B. in der Darstellung nach Wirtschaftsgruppen. Für diesen Zweck steht als wichtiges methodisches Arbeitsmaterial eine Gegenüberstellung der Systematik der Wirtschaftszweige von 1979 und der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR zur Verfügung. Ausgehend von den Ergebnisaggregaten für die in der Zählung 1981 gebildeten Wirtschaftsbereiche und Untergruppen wurde eine erste vorläufige Umrechnung der Wirtschaftsgliederung bereits durchgeführt.

4. Probleme der Bereitstellung ausgewählter Ergebnisse im Ost-West-Vergleich

Für einen aussagefähigen Ost-West-Vergleich von Volkszählungsdaten stellt die methodische Kompatibilität von Darstellungseinheiten und Merkmalsausprägungen zweifelsohne eine notwendige Voraussetzung dar. Dabei mag es zunächst dahingestellt bleiben, ob Unterschiede in den Begriffsdefinitionen in jedem Falle zu einer Umrechnung der Ergebnisse führen müssen oder ob sie von Fall zu Fall angesichts relativer quantitativer Bedeutungslosigkeit der zu erwartenden Auswirkungen unterbleiben können und es als vertretbar erscheint, den Benutzer dann nur noch auf die Dokumentation verbleibender definitorischer Unterschiede zu verweisen. Abgesehen von diesem Problem, wäre für einen Ost-West-Vergleich von Volkszählungsergebnissen als hinreichende Voraussetzung aber auch eine zeitliche Ergebniskompatibilität vorauszusetzen. Die Gegenüberstellung der Zählungstermine zeigt indessen, daß hier die gravierendsten Unterschiede bestehen. So fanden die drei letzten Gebäude- und Wohnungszählungen in den alten Bundesländern bekanntlich 1956, 1968 und 1987 statt, in der ehemaligen DDR dagegen in den Jahren 1961, 1971 und 1981. Ähnlich ist die Situation bei den Volks- und Berufszählun-

gen, die in den Jahren 1961, 1970 und 1987 im Westen und 1964, 1971 und 1981 im Osten durchgeführt werden.

Wie lassen sich die daraus resultierenden zeitbedingten Ergebnisunterschiede reduzieren? Eine Vor- oder Zurückschätzung von Zählungsdaten West und/oder Ost würde erhebliche zusätzliche Probleme, methodischer Art und auch im Hinblick auf die Arbeitsbelastung, aufwerfen. In jedem Fall wären dem Versuch zeitlicher Ergebnisanpassungen engste Grenzen gesetzt, was die Regionalisierbarkeit angeht. Wahrscheinlich wird auf die Gewinnung und Bereitstellung amtlicher gesamtdeutscher Zählungsergebnisse zu bestimmten Berichtsjahren der Vergangenheit aber eher ganz verzichtet werden müssen.

Auf dem Gebiet der Volkszählung konzentriert sich das Rückrechnungskonzept damit auf die Ergebnisbereitstellung für das Gebiet der ehemaligen DDR. Ziel ist dabei, möglichst den gesamten Zeitraum der deutschen Teilung abzudecken, d.h. alle Großzählungen der ehemaligen DDR, einschließlich der von 1950, in den Umrechnungsprozeß einzubeziehen. Das Ergebnis der Prüfung und Bewertung der bestehenden Datenlage gebietet es, die Rückrechnung von Merkmalen auf ein sinnvolles Mindestmaß zu beschränken.

Im einzelnen sind bisher folgende tabellarische Darstellungen vorgesehen:

- Bestand der Gebäude und darin befindliche Wohneinheiten sowie Wohnfläche nach Eigentumsformen, Ausstattungsmerkmalen, Baujahresgruppen der Gebäude;
- Bestand an Wohneinheiten nach Gebäudearten, Anzahl der Räume, Ausstattungsmerkmalen;
- Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Familienstand;
- Privathaushalte nach der Haushaltsgröße sowie nach Geschlecht und Alter der Bezugsperson;
- Erwerbstätige nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilung/bereich.

Die Umrechnung der Zählungsdaten nach Begriffsdefinitionen der Bundesstatistik bedingt in aller Regel eine neue Aggregation der Einzeldaten; sie ist in jedem Fall dann notwendig, wenn neue Typenbildungen (Stichworte: "Privathaushalt"; "Bezugsperson") berücksichtigt werden müssen und/oder auch regional tiefgegliederte Ergebnisse benötigt werden. Dies ist nur maschinell zu lösen. Die Rückrechnungen werden für das Beitrittsgebiet insgesamt und zunächst nur nach Ländern gegliedert zum Gebietsstand "Jahresende 1990" durchgeführt. Tiefergehende Regionalisierungen der Daten bleiben den Statistischen Landesämtern der neuen Bundesländer vorbehalten.

5. Schlußbemerkung

Zur Realisierung von Informations- und Datenanforderungen von dritter Seite auf dem Gebiet der Volkszählungen der ehemaligen DDR ist abschließend folgendes anzumerken: Die Statistischen Ämter der neuen Bundesländer verfügen über die Einzeldaten der Zählungen 1971 und 1981. Gegenwärtig ist ein einheitliches maschinelles Standardtabellenprogramm zur Rückrechnung der Volkszählungen, das auf dieses Material zugreift, noch nicht entwickelt worden; die Vorbereitungen hierzu sind in der Zweigstelle Berlin jedoch bereits angelaufen. Zusatz- und Sonderaufbereitungen auf der Basis der Einzeldaten werden auch zu einem späteren Zeitpunkt selbstverständlich möglich sein, allerdings muß dar-

auf hingewiesen werden, daß nach den vorliegenden Kenntnissen die vorhandenen Programmier- und Rechenkapazitäten in den Statistischen Ämtern der neuen Bundesländer bislang sehr begrenzt sind. Auftretende Wünsche Dritter nach Zusatz- und Sonderaufbereitungen des Datenmaterials der DDR-Zählungen werden im Statistischen Bundesamt zu koordinieren sein. In der "Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR" werden gegenwärtig zwei Publikationen vorbereitet, und zwar über den Wohnungsbau und Wohnungsbestand auf dem Gebiet der ehemaligen DDR für die Jahre 1970 bis 1990 sowie bevölkerungsstatistische Übersichten für die Jahre 1946 bis 1989. Beide sollen Anfang 1993 ausgeliefert werden. Dem wird sich dann ein Beitrag speziell zur Rückrechnung der Volkszählung 1981 zu den genannten Indikatoren anschließen.

Tabellen

1. Gebäudebestand

Kennziffer	Anzahl	Anteil in %
Gebäude mit Wohnraum insgesamt	2 386 705	100
davon (nach der Art des Gebäudes):		
Wohngebäude	2 372 105	99,4
Sonstige Gebäude mit Wohnraum	10 731	0,4
Bewohnte Unterkünfte	3 869	0,2
davon (nach der Eigentumsform):		
Staatliches Eigentum	476 089	19,9
Genossenschaftliches Eigentum	166 949	7,0
Privates Eigentum	1 707 852	71,6
Sonstiges Eigentum	35 815	1,5
darunter: Wohngebäude mit 1 Wohnung	1 163 113	48,7
Wohngebäude mit 2 Wohnungen ..	552 170	23,1
Wohngebäude mit 3 u. m. Wohnungen	656 822	27,5

2. Wohnungsbestand

Kennziffer	Anzahl der Wohneinheiten	Anteil in %	Wohnfläche in 1 000 m ²	Anteil in %	Ø Wohnfläche in m ²
Wohneinheiten insgesamt	6 562 467	100	413 534	100	63,0
davon: (nach der Art des Gebäudes)					
in Wohngebäuden	6 541 494	99,6	412 192	99,7	63,0
in sonstigen Gebäuden mit Wohnraum	16 586	0,3	1 143	0,3	68,9
in bewohnten Unterkünften .	4 387	0,1	199	0,0	45,4
davon: (nach der Eigentumsform)					
Staatliches Eigentum	2 447 182	37,3	141 903	34,3	58,0
Genossenschaftliches Eigentum	974 635	14,9	57 229	13,8	58,7
Privates Eigentum	3 031 146	46,2	207 440	50,2	68,4
Sonstiges Eigentum	109 504	1,7	6 962	1,7	63,6
davon: (nach der Art der Nutzung)					
Bewohnte Wohneinheiten	6 327 480	96,4	401 193	97,0	63,4
Nicht zu Wohnzwecken genutzte WE	34 619	0,5	2 137	0,5	61,7
Leerstehende Wohneinheiten	200 368	3,1	10 204	2,5	50,9
davon: (nach dem Vorhandensein einer Kochgelegenheit)					
Mit Küche (ab 4m ²)	6 203 840	94,5	.	.	.
Mit Kochnische (unter 4m ²)	107 628	1,6	.	.	.
Ohne Küche/Kochnische	250 999	3,8	.	.	.
darunter ¹⁾ : (nach der Art des Wohnnutzungsverhältnisses)					
Bewohnte Eigentümerwohneinheiten	1 536 020	23,4	.	.	.
Bewohnte Genossenschaftswohneinheiten	829 661	12,6	.	.	.
Bewohnte Mietwohneinheiten	3 961 799	60,4	.	.	.

1) Bezogen auf "bewohnte Wohneinheiten".

3. Wohnungsgröße

Kennziffer	Methodik Zählung 1981 (ohne Küchen)		Methodik Zählung 1987 (einschl. Küchen)	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Wohneinheiten insgesamt	6 562 467	100	6 562 467	100
davon: mit 1 Wohnraum/Raum ..	525 754	8,0	121 337	1,8
mit 2 Wohnräumen/ Räumen	2 165 987	33,0	580 896	8,9
mit 3 Wohnräumen/ Räumen	2 429 700	37,0	2 031 113	31,0
mit 4 Wohnräumen/ Räumen	987 921	15,1	2 401 568	36,6
mit 5 Wohnräumen/ Räumen	327 061	5,0	978 332	14,9
mit 6 u.m. Wohnräumen/ Räumen	126 044	1,9	449 221	6,8
Wohnräume/Räume insgesamt ...	18 518 319	.	24 722 159	.
Durchschnittliche Wohnraum-/ Raumzahl	2,82		3,77	

4. Bevölkerung

Kennziffer	Anzahl	Anteil in %
Wohnberechtigte Bevölkerung	17 160 077	100
davon: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	16 705 635	97,4
davon: in Privathaushalten	16 480 216	96,0
davon: in Einpersonen- haushalten	1 728 691	10,1
in Mehrpersonen- haushalten	14 751 525	86,0
in Gemeinschaftsein- richtungen	225 419	1,3
darunter: mit eigener Haushalts- führung	69 841	0,4
Bevölkerung am Ort der Nebenwohnung	454 442	2,6
davon: in Privathaushalten	108 340	0,6
davon: in Einpersonen- haushalten	35 470	0,2
in Mehrpersonen- haushalten	72 870	0,4
in Gemeinschaftsein- richtungen	346 102	2,0
darunter: mit eigener Haushalts- führung	316 021	1,8

5. Haushalte und Familien

Kennziffer	Anzahl	Anteil in %
Haushalte insgesamt	6 555 681	100
davon: mit mindestens 1 Hauptbewohner ..	6 509 932	99,3
davon: mit 1 Hauptbewohner	1 728 691	26,4
mit 2 Hauptbewohnern	1 764 106	26,9
mit 3 Hauptbewohnern	1 465 986	22,4
mit 4 Hauptbewohnern	1 122 928	17,1
mit 5 Hauptbewohnern	298 787	4,6
mit 6 u.m. Hauptbewohnern	129 434	2,0
nur mit Nebenbewohnern	45 749	0,7
dav. Einpersonenhaushalte	35 470	0,5
Mehrpersonenhaushalte	10 279	0,2
Kernfamilien insgesamt	4 808 385	100
davon: Ehepaare/Lebensgem. ohne unverh. Kinder	1 503 561	31,3
Ehepaare/Lebensgem. mit unverh. Kindern	2 716 438	56,5
Elternteile mit unverh. Kindern .	588 386	12,2
davon: Mütter mit unverh. Kindern	546 765	11,4
Väter mit unverh. Kindern	41 621	0,9
Einzelpersonen ohne Kernfamilie	2 139 917	.

6. Erwerbstätige (ohne Auszubildende)

Wirtschaftsbereich/ Wirtschaftsgruppe	Insgesamt	Anteil in %	Männlich	Anteil in %	Weiblich	Anteil in %
Zusammen ...	9 080 247	100	4 712 691	100	4 367 556	100
Industrie	3 579 637	39,4	2 068 118	43,9	1 511 519	34,6
Bauwirtschaft	629 537	6,9	519 508	11,0	110 029	2,5
Land- und Forstwirtschaft	893 678	9,8	530 314	11,3	363 364	8,3
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen .	615 282	6,8	392 780	8,3	222 502	5,1
Handel	831 407	9,2	225 134	4,8	606 273	13,9
Sonst. Zweige des prod. Bereiches .	243 328	2,7	102 148	2,2	141 180	3,2
Dienstleistende Wirtschaft	259 132	2,9	100 015	2,1	159 117	3,6
Einrichtungen der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	1 162 761	12,8	265 521	5,6	897 240	20,5
Staatliche Verwaltung, Gesell- schaftliche Organisationen	865 485	9,5	509 153	10,8	356 332	8,2

Vorläufige Schätzung nach Wirtschaftsgruppen der Zählung 1987:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 1)	890 000	9,8	530 000	11,2	360 000	8,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	270 000	3,0	190 000	4,0	80 000	1,8
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	3 380 000	37,2	1 910 000	40,5	1 470 000	33,7
Baugewerbe	630 000	6,9	520 000	11,0	110 000	2,5
Handel ⁴⁾	850 000	9,4	230 000	4,9	620 000	14,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	610 000	6,7	390 000	8,3	220 000	5,0
Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe, Dienstleistungen 5)	470 000	5,2	190 000	4,0	280 000	6,4
Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	1 980 000	21,8	750 000	15,9	1 230 000	28,2
dar. Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur	600 000	6,6	160 000	3,4	440 000	10,1
Sport, Gesundheitswesen	360 000	4,0	60 000	1,3	300 000	6,9
Sozialwesen	130 000	1,4	10 000	0,2	120 000	2,7

1) Ohne Hochsee- und Küstenfischerei.

2) Ohne Kali- und Steinsalzindustrie, NE-Metall-Erzbergbau.

3) Mit Hochsee- und Küstenfischerei, Kali- und Steinsalzindustrie, NE-Metall-Erzbergbau.

4) Mit Gaststätten und Kantinen.

5) Ohne Gaststätten und Kantinen.

Volkszählungen in der DDR

31.12.1964:

Inhalt: - Volkszählung
- Berufszählung

Rechtsgrundlage: - Gesetz vom 11. Dezember 1957 über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung

Das Gesetz bestimmte die Durchführung der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung mit Stichtag 15. Januar 1959. Mit Beschluß der Volkskammer vom 8. Dezember 1958 wurde die Zählung ausgesetzt und der Ministerrat ermächtigt, diese Zählung zu einem von ihm selbst festzulegenden späteren Termin durchzuführen.

- Beschluß des Ministerrates vom 22. Dezember 1962 über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964

- Fünfte Durchführungsbestimmung vom 1. April 1964 zum Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung

Diese Durchführungsbestimmung regelte den Ablauf der Zählung in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken.

Die 1. bis 3. Durchführungsbestimmung betraf die ausgesetzte Zählung am 15.01.1959; die 4. Durchführungsbestimmung regelte die Durchführung einer Probezählung am 29.06.1963 in Vorbereitung der Volks- und Berufszählung 1964.

Erhebungsvordrucke: - Haushaltsliste der Volks- und Berufszählung
31. Dezember 1964

- Anstaltsliste der Volks- und Berufszählung
31. Dezember 1964

Veröffentlichung der Ergebnisse:

- Staatsverlag der DDR
- . Verzeichnis der Gemeinden und Ortsteile, 1966
 - enthält für Gemeinden Angaben
 - zu Wohnbevölkerung, Geschlecht und Altersgruppen
 - für Kreise und Bezirke Angaben
 - zu Wohnbevölkerung, Geschlecht und Altersjahren
 - . Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31.12.1964, 1967
 - . Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, 1967, 1968
- Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als Schriftenreihe der Volks- und Berufszählung 1964
 - . Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alter und Gebiet (vorläufige Ergebnisse)
 - . Haushalte nach Art, Größe und Gebiet (vorläufige Ergebnisse)
 - . Wohnbevölkerung insgesamt nach Gemeinden (vorläufige Ergebnisse)
 - . Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Gemeinden (vorläufige Ergebnisse)
 - . Struktur der wirtschaftlich tätigen Wohnbevölkerung (Ergebnisse einer 20%-Stichprobenaufbereitung)
 - . Wohnbevölkerung nach Alter, Familienstand, Hoch- bzw. Fachschulabschluß, sozialer Gliederung und anderen Merkmalen
 - . Haushalte nach Art, Größe und Zusammensetzung
 - . Wirtschaftlich tätige und nicht wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung
 - . Wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung nach Stellung im Betrieb, Wirtschaftszweig und Eigentumsform der Arbeitsstätte; Arbeitspendler
 - . Wirtschaftlich Tätige nach Berufen
 - . Wirtschaftlich Tätige mit Hoch- und Fachschulabschluß
 - . Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1964 nach Bezirken (je Bezirk 2 Bde.)

Die Veröffentlichungsbände sind durch Ausleihe von der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

01.01.1971:

Inhalt: - Volkszählung
 - Berufszählung
 - Wohnungszählung
 - Gebäudezählung

Rechtsgrundlage: - Gesetz vom 1. Dezember 1967 über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR

Das Gesetz bestimmte die Durchführung nachfolgender Zählungen. Der Stichtag der nächsten Zählung wurde für den 1. Januar 1971 bestimmt. Der Ministerrat wurde ermächtigt, den jeweiligen Zählungstermin der künftigen Zählungen zu beschließen.

- Anordnung Nr. 2 vom 5. Januar 1970 zum Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen

Diese Anordnung regelte den Ablauf der Zählung in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken.

Die Anordnung Nr. 1 betraf die Durchführung einer Probezählung am 30.04.1969.

Erhebungsvordrucke: - Gebäudeliste VBWGZ am 1. Januar 1971
 - Wohnungsliste VBWGZ am 1. Januar 1971
 - Haushaltsliste VBWGZ am 1. Januar 1971
 - Individualblatt zur Zählung von Personen in Anstalten VBWGZ am 1. Januar 1971

Veröffentlichung der Ergebnisse:

- Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, 1972, 1973, 1974
- Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik: Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1. Januar 1971
- Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als Schriftenreihe der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1971
 - . Wohnbevölkerung und Wohnungen nach Gebiet (vorläufige Ergebnisse)
 - . Wohngebäude und Wohnungen
 - . Wohnverhältnisse der Bevölkerung und der Haushalte
 - . Wohnbevölkerung und Haushalte
 - . Wirtschaftlich tätige und nicht wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung
 - . Struktur der Haushalte und Familien (Ergebnisse einer 5%-Stichprobenaufbereitung)

Die Veröffentlichungsgebäude sind durch Ausleihe von der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

31.12.1981:

Inhalt: - Volkszählung
- Berufszählung
- Wohnungszählung
- Gebäudezählung

Rechtsgrundlage: Anordnung vom 4. Dezember 1980 über die Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. Dezember 1981

Die Anordnung erfolgte auf Grund des Gesetzes vom 1. Dezember 1967 über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen

Erhebungsvordrucke: - Wohnungsliste VBWGZ am 31. Dezember 1981
- Haushaltsliste VBWGZ am 31. Dezember 1981
- Personenzählkarte VBWGZ am 31. Dezember 1981
- Zählkarte für Gemeinschaftseinrichtungen VBWGZ am 31. Dezember 1981

Veröffentlichung der Ergebnisse:

- Statistisches Jahrbuch der DDR 1982, 1983, 1984, 1985
- Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
 - . Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31.12.1981
 - Ausgewählte Ergebnisse -
 - . Ausgewählte Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung
 - . Ausgewählte Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Die Veröffentlichungsbände sind durch Ausleihe von der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

Zeitverwendung im Wandel: Analysen mit Zeitbudgetdaten der DDR-Statistik

Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin)

Zeitbudgetuntersuchungen der amtlichen Statistik der DDR gehören zu jenen Bevölkerungserhebungen, die dem Sozialwissenschaftler als Datenbasis für die analytische Betrachtung der "DDR-Gesellschaft" zur Verfügung stehen. Im folgenden Beitrag werden Anlage und Methodik der Zeitbudgetuntersuchungen kurz dargestellt, globale Tendenzen der Zeitverwendung in der "DDR-Gesellschaft" erörtert und spezielle Auswertungen mit den Daten der Zeitbudgetuntersuchung von 1985 vorgestellt.

1. Ausgangspunkt

Eine Betrachtung von Lebensverhältnissen schließt grundsätzlich die Einbeziehung der Zeitdimension mit ein. In der Regel erfolgt dies durch die Angabe eines konkreten Analysezeitraumes oder die Fixierung von Aussagen über Personengruppen in einem bestimmten Lebensalter. Darüber hinausgehend bedarf die spezifische eigenständige Qualität und Aussagekraft der Zeitverwendung von Individuen und sozialen Gruppen einer stärkeren Aufmerksamkeit, um soziale Differenzierungen zu untersuchen. Zeitbudgeterhebungen, wie sie von der amtlichen Statistik der DDR erhoben wurden, liefern ein umfangreiches Datenmaterial. Es kann von verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen unter spezifischen Gesichtspunkten analysiert werden (vgl. Blass 1980). Neben den Untersuchungen in der Ökonomie, Pädagogik oder Ökotropologie ist die Bearbeitung soziologischer Fragestellungen eines der wesentlichen Anwendungsfelder von Zeitbudgetanalysen.

Die Zeitverwendung ist eine nicht-monetäre Komponente des Alltagslebens, und deren Analyse bedeutet stets, über objektive Sachverhalte zu informieren, ohne sich jedoch durch den Einfluß des individuellen Gestaltungsrahmens auf diese zu beschränken. Dokumentiert das Zeitbudget die Zeitverwendung von Personen oder Personengruppen für verschiedene Aktivitäten, so erschöpft sich die Aussagefähigkeit nicht in der reinen Betrachtung des Vorhandenseins und der Dauer von Ereignissen oder Tätigkeiten, sondern umfaßt außerdem qualitative Veränderungen im Inhalt ablaufender Prozesse. Die Zeitverwendung ist deshalb in der Gegenwart nicht nur zu einem wichtigen Indikator persönlicher Wohlfahrt geworden, sondern beinhaltet gleichzeitig eine bedeutsame Analyseebene, um soziale Strukturen und Verhältnisse sowie sozialen Wandel zu reflektieren.

Für die Betrachtung der Lebensverhältnisse in der DDR und den neuen Bundesländern können Zeitbudgetdaten zu folgenden Schwerpunkten Resultate erbringen (vgl. Priller 1992):

- Auf Grund der günstigen Datenlage sind Zeitbudgetanalysen ein wichtiger Bestandteil retrospektiver sozialwissenschaftlicher Aufarbeitung der ehemaligen DDR-Gesellschaft. Sie können einen Beitrag liefern, um Struktur, Entwicklung, Stagnation und Krise dieser Gesellschaft zu reflektieren.
- Mittels Zeitbudgetdaten als Analyseebene ist es möglich, Spezifika und Verhältnisse einzelner sozialer Gruppen der DDR-Gesellschaft sowie bestimmte Problemstellungen (z.B. Auswirkungen der hohen Frauenerwerbstätigkeit, Niveau der Angleichung des Zeitbudgets von Mann und Frau, Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen) differenziert zu betrachten. Da sich soziale Unterschiede in der DDR nur in begrenztem Umfang über Einkommen und andere monetäre Prozesse entfalten konnten, ist zu prüfen, in welchem Maße sich in der Struktur der Zeitverwendung Differenzierungen dokumentieren.
- Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft wird Umbrüche in gesellschaftlichen Zeitstrukturen markieren. Es ist zu erwarten, daß die Veränderungen in der Zeitverwendung im besonderen Maße zu Buche schlagen und im Unterschied zu anderen Faktoren in einem relativ kurzen Abstand sichtbar werden.

2. Zur Methodik von Zeitbudgeterhebungen in der DDR

Die begrenzte Aufmerksamkeit, die Analysen zur Zeitverwendung bisher in den Sozialwissenschaften fanden, ist zu einem wesentlichen Teil in einer fehlenden soliden Datenbasis begründet. Dieser Sachverhalt trifft für die ehemalige DDR nicht zu, da seit den sechziger Jahren in regelmäßigen Abständen Zeitbudgeterhebungen stattfanden (vgl. Tabelle 1).

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern lag mit diesen Erhebungen ein umfangreicher Datenfonds vor, der allerdings nur partiell der Wissenschaft und Öffentlichkeit zugänglich war und ausgewertet wurde (vgl. Lippold/Manz 1980; Lippold/Manz 1988; Gans/Liebs 1982). Charakteristisch war das Übergewicht ökonomischer Analysen. Die Zeitbudgeterhebungen verstanden sich vor allem als Beitrag zur Leitung und Planung sozialer Prozesse. Sie sollten Daten für die Bedarfsentwicklung an Konsumgütern und Dienstleistungen, für die Stadt- und Verkehrsplanung, für die Lösung von Bildungs-, kulturellen und weiteren sozialen Problemen bereitstellen. Zusammenfassend läßt sich die Methodik der Zeitbudgeterhebungen der amtlichen Statistik kurz wie folgt charakterisieren (vgl. Fiebiger 1991).

- Die Zeitbudgeterhebungen orientierten sich an international üblichen Kategorien und Vorgehensweisen. Die Aufzeichnung erfolgte nach der Tagebuchmethode. Die Befragten hielten durch Selbstaufzeichnung ihr eigenes Zeitprotokoll in lückenloser Reihenfolge für den Zeitraum von Null bis 24 Uhr nach dem Zeitpunkt, der Dauer und Art der Tätigkeit fest. Gleichzeitig wurden Nebentätigkeiten (z.B. Rundfunk hören, Fernsehen, Essen) in ihrem Zeitumfang erfaßt. Zur Aufbereitung der von den Befragten eingetragenen Tätigkeiten wurde eine spezielle Tätigkeitsklassifikation verwendet.

- Die Teilnahme an der Erhebung war freiwillig. Es waren jene Haushalte einbezogen, die an der monatlichen Erfassung des Haushaltsbudgets beteiligt waren. Es erwies sich in diesem Zusammenhang als vorteilhaft, daß die Probanden im Umgang mit Erhebungsunterlagen der Statistik vertraut waren. Innerhalb der ausgewählten Haushalte füllten alle Personen ein Zeitprotokoll für jeweils denselben Tag aus. Die Erhebung selbst beschränkte sich auf den Zeitraum einer Woche. Bei der Auswahl dieser Woche wurde berücksichtigt, daß keine Verzerrungen durch saisonbedingte Tätigkeiten auftraten und keine besonderen kulturellen, sportlichen, politischen oder anderen Ereignisse stattfanden.
- Als Grundgesamtheit für die Stichprobe fungierten Arbeiter- und Angestelltenhaushalte unter teilweiser Einbeziehung von Rentnerhaushalten (1974 und 1990). Dadurch sind nicht alle Bevölkerungsgruppen vertreten. Die Zeitbudgetuntersuchungen konzentrierten sich, wie auch andere amtliche Statistiken in der ehemaligen DDR, auf die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und speziell auf die Gruppen der Arbeiter und Angestellten. Bereits durch diese Auswahl sind beispielsweise nur geringe Anteile von Selbständigen und Genossenschaftsmitgliedern vertreten. In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die als Quotenstichprobe angelegten Zeitbudgeterhebungen bei Einbeziehung von Rentnerhaushalten (1974 und 1990) über 90 Prozent der Bevölkerung repräsentierten, da laut Volkszählung von 1981 66,5 Prozent aller Haushalte Arbeiter- und Angestelltenhaushalte und 24,7 Prozent Rentnerhaushalte waren. Die fehlende Bevölkerungsrepräsentativität der Stichprobe stellt eine gewisse Einschränkung für Analysen dar. Grenzen sind ebenfalls durch die Altersbeschränkungen in den Erhebungen von 1980 und 1985 gesetzt. Einbezogen wurden Personen ab 16 Jahre. Die obere Grenze war der Eintritt ins Rentenalter, d.h. bei Frauen 60 und bei Männern 65 Jahre.
- Organisatorisch lag die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Zeitbudgeterhebungen in den Händen des statistischen Amtes. Die Verantwortung für die Erhebungen wurde über die Bezirksämter an die Kreisämter für Statistik delegiert. Letztere waren für die Gewinnung der zu befragenden Personen und den Einsatz der Interviewer verantwortlich.

Wenn man als Sozialwissenschaftler Daten verwenden möchte, interessiert man sich selbstverständlich zuerst für deren Qualität und Aussagefähigkeit. Am günstigsten ist es, wenn man selbst über die Primärdaten verfügt und sich nicht auf methodische Angaben und die zur Verfügung gestellten Tabellen beschränken muß. Die Weitergabe von Daten durch die Statistik ist durchaus noch nicht der Normalfall. Und er war auch für die DDR ungewöhnlich. Erst Ende 1989 veränderte sich die Situation, und es entstand eine zum Teil sehr enge Kooperation zwischen Statistischem Amt und wissenschaftlichen Einrichtungen. In diesem Zusammenhang erhielt das damalige Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften die Zeitbudgeterhebung 1985 als Datei. Nachdem wir die Datei in einen SPSS-File umgewandelt hatten, bestand unser erster Schritt in der Betrachtung von Strukturdaten, um uns über die Reichweite und Aussagekraft der Erhebung zu informieren. Die Strukturdaten bestätigen

einerseits die Angaben des Statistischen Amtes zur methodischen Qualität der Daten und zeigen andererseits deutlich Grenzen der Aussagefähigkeit auf. Die Verwertung der Daten wird vor allem durch die Beschränkung der Erhebung auf einzelne soziale Gruppen begrenzt. Zugleich bestehen bestimmte Verzerrungen, da eine zu geringe Anzahl von Ein-Personen-Haushalten und zu geringe Anteile von jungen, männlichen Befragten in der Stichprobe enthalten sind. Vorgenommen wurde von uns ebenfalls eine Überprüfung der Verteilung von einzelnen Zeitbudgets nach Wochentagen und Bezirken (Tabelle 2). Die Ergebnisse dokumentieren eine relativ gleichmäßige Besetzung, was für die Qualität der Erhebungen spricht. Unter Berücksichtigung der dargestellten Einschränkungen fanden wir keine Anhaltspunkte, die Daten nicht für weitere Analysen zu verwenden. Zu erwähnen bleibt, daß wir einer Gewichtung - wie sie von der amtlichen Statistik vorgenommen wurde und die darin bestand, daß die Zeitbudgets von Personen aus gering besetzten Gruppen gedoppelt wurde - bisher nicht gefolgt sind. Durch diese Dopplungen verändern sich die Daten wie in Tabelle 3 dargestellt.

Ein Datenvergleich für die Zeitverwendung in den Hauptkategorien zwischen ungewichteter Stichprobe und den als Tabellen veröffentlichten Zeitbudgetdaten im Heft 16 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik" ergab im übrigen nur geringfügige Differenzen.

3. Geringe Veränderungen seit den siebziger Jahren

Verfolgt man die Hauptegebnisse der angeführten Zeitbudgeterhebungen seit Mitte der siebziger Jahre bis 1990, überwiegt die Konstanz in der Zeitverwendung. Betreffs der globalen Aussagen ist nur eine geringe Dynamik zu konstatieren (vgl. Fiebiger 1992). Sie kann einerseits als Ausdruck gleichbleibender und wenig innovativer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die individuelle Zeitverwendung angesehen werden. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Sicherheit des Arbeitsplatzes mit überwiegender Vollarbeitszeit und nur geringen Tendenzen zu ihrer Flexibilisierung, die weitgehende gesellschaftlich organisierte Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schulhort und die Begrenzung der zum Teil weitreichenden Möglichkeiten für Freizeit und Urlaubsgestaltung auf überwiegend gesellschaftliche Angebote. Andererseits sind die geringen Veränderungen zugleich Anzeichen dafür, daß die gesellschaftlich vorgegebenen zeitlichen Rahmenbedingungen von den Menschen angenommen wurden und sich in der individuellen zeitlichen Gestaltung von Tätigkeiten niederschlugen (Abbildung 1).

Die tägliche Zeitverwendung pro Person für Hauptkategorien wie Schlaf, Arbeit, Freizeit, Hauswirtschaft sowie Pflege und Betreuung zum Haushalt gehörender Personen ist im gesamten Zeitraum 1974 bis 1990 durch eine erstaunliche Stabilität gekennzeichnet (eine gewisse Ausnahme, auf die noch einzugehen ist, bilden die Ergebnisse der letzten Erhebung). Tendenzen einer Verringerung des zeitlichen Aufwandes für Arbeit und hauswirtschaftliche Tätigkeiten sowie das Anwachsen der Freizeit - wichtige Zielgrößen der DDR-Gesellschaftsdoktrin - blieben in ihrem Ausmaß stark begrenzt. Seit Mitte der siebziger Jahre lassen sich folgende allgemeine Tendenzen in der Zeitverwendung feststellen:

- Die Arbeitszeit hat sich in der Gesamtpopulation nur in geringem Umfang reduziert und lag 1990 im Wochendurchschnitt (unter Einbeziehung des Wochenendes) bei 5:18 Stunden. Dieses Ergebnis, welches durch die im Rahmen sozialpolitischer Maßnahmen vorgenommenen Arbeitszeitverkürzungen zum Beispiel für Frauen mit zwei und mehr Kindern oder Schichtarbeiter verwundert, kommt vor allem durch eine stetige Erhöhung des Anteils der Frauenerwerbstätigkeit in den achtziger Jahren und einen Rückgang der Teilzeitbeschäftigung bei den Frauen 1990 (Bemühungen zur Absicherung der sich abzeichnenden Arbeitslosigkeit und Vorruhestandsregelung) zustande.
- Der Umfang der Zeitverwendung für die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten verringerte sich im Vergleich zu den anderen Tätigkeitsgruppen am stärksten. 1990 wurden im Vergleich zu 1974 fast 20 Prozent weniger Zeit für die Hauswirtschaft aufgewendet. Der Zeitaufwand der Männer veränderte sich dabei nur in geringem Maße, während er bei den Frauen stärker zurückging. Die Hausarbeitszeit der Frauen war 1974 noch dreimal so hoch wie die der Männer; sie verringerte sich bis 1990 auf das Doppelte des Zeitaufwandes der Männer (Abbildung 2). Ob diese Tendenzen einer Veränderung der Grundmuster geschlechtsbezogener Arbeitsteilung geschuldet waren oder aus der ständig gewachsenen Frauenerwerbstätigkeit resultieren, bleibt dahingestellt. Bei Hausfrauen ist der Aufwand für Hausarbeit durch den höheren verfügbaren Zeitfonds in der Regel größer. So, wie gewonnene Zeit in der Regel in häusliche Arbeit fließt, führt eine Verkürzung verfügbarer Zeit zur Verringerung der Hausarbeitszeit. Gleichzeitig sind Einwirkungen aus gesellschaftlich organisierten Bereichen, wie die Erhöhung des Versorgungsgrades mit Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen, der Ausbau der Dienstleistungseinrichtungen oder die zunehmende Technisierung in den Haushalten, zu vermuten.
- Der Freizeitzuwachs ist zwischen 1974 und 1985 eher gering geblieben. Ein merklicher Anstieg ließ sich 1990 verzeichnen. Hatten Frauen 1985 täglich noch fast eine Stunde weniger Freizeit als die Männer, reduzierte sich diese Differenz 1990 fast um die Hälfte.
- Der zeitliche Aufwand für die Pflege und Betreuung von Kindern und anderer Personen sowie der Zeitumfang für die Beschäftigung mit den Kindern hat sich insgesamt wenig verändert. Das traditionelle Rollenverhalten der Geschlechter, das der Frau die Hauptverantwortung für diesen Bereich zuweist, wandelte sich demnach auch in der DDR nur partiell. Eine differenzierte Betrachtung nach der Kinderzahl zeigt besonders in Familien mit drei und mehr Kindern 1985 gegenüber 1980 ein stärkeres Ansteigen der Zeitverwendung für die Pflege, Betreuung sowie Beschäftigung mit den Kindern. Der Zeitaufwand der Männer für diese Tätigkeiten verdoppelte sich, ohne jedoch die Hälfte des Zeitaufwandes der Frauen zu erreichen. Diese Werte machen offensichtlich, daß die Ungleichheiten von Frauen und Männern sich nur über einen größeren Zeitraum und oft nur in geringem Maße veränderten. Geschlechtsspezifische Differenzen charakterisierten infolgedessen die Zeitstrukturen in der DDR wesentlich.

4. Zeitverwendung im Umbruch: Tendenzen

Mit der letzten Zeitbudgetuntersuchung liegen Daten aus dem Jahr 1990 vor. Damit stellt sich selbstverständlich die Frage, inwieweit sie bereits Umbruchs- und Wandlungsprozesse reflektieren, welche Tätigkeitskategorien von Änderungen in der Zeitverwendung besonders beeinflusst werden und bei welchen keine Veränderungen auftreten. Um diese Aspekte zu behandeln, ist kurz auf die Situation zur Zeit der Erhebung im Mai 1990 einzugehen. Der Zusammenbruch der DDR nach den letzten Volkskammerwahlen im März war zu diesem Zeitpunkt offenkundig; die Gesellschaft wurde von einer tiefen Krise in den meisten Bereichen erschüttert. Die Veränderungen im Alltagsleben waren einerseits noch nicht gravierend spürbar. Andererseits hatten die neuen Freiheiten - vor allem im Bereich der Medien, der politischen Betätigung und des Reisens - ihre Wirkungen. Auf dem Arbeitsmarkt gab es nur wenige Arbeitslose (circa ein Prozent); die damalige Preis- und Subventionspolitik wurde noch beibehalten. Durch die Vorruhestandsregelung "verschwand" bereits ein Teil der älteren Erwerbstätigen mehr oder weniger freiwillig vom Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig kennzeichneten Optimismus und positive Erwartungen die Stimmungslage der Menschen (vgl. Habich/Priller 1992) und beeinflussten sicherlich ihr aktuelles Verhalten nicht unwesentlich. Die Wirkungen dieser Umbruchsituation auf das Zeitbudget äußern sich in verschiedener Hinsicht. Der Zeitaufwand für einige allgemeine Tätigkeitskategorien des Alltagslebens (hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Pflege und Betreuung, vorwiegend physiologische Bedürfnisse wie Schlaf, Einnahme von Mahlzeiten, Gesundheitspflege usw.) änderte sich, wie bereits gezeigt, nicht oder nur in den Grenzen bisheriger Trends. Andere Tätigkeitsgruppen - dazu gehören die Arbeitszeit und die Freizeit - verzeichnen zwar keine sprunghaften Veränderungen, jedoch eine leichte Trendwende gegenüber der Entwicklung 1980 zu 1985 (Abbildung 3). Am deutlichsten wirkt sich der beträchtliche Rückgang des Zeitaufwandes für gesellschaftspolitische und gemeinnützige Tätigkeiten aus. Er läßt sich leicht aus dem Zerfall alter gesellschaftlicher Strukturen und der aus dem Zusammenbruch der Gesellschaft resultierenden enormen Enttäuschung und Verdrossenheit gegenüber bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich erklären. Der Anstieg des Zeitaufwandes für Fernsehen und Radio hören resultiert hingegen aus dem allgemein gewachsenen Informationsbedürfnis in dieser bewegten Zeit, den Veränderungen des Angebots im Zuge der neuen Medienfreiheiten und dem gleichzeitigen Interesse an neuen politischen Entwicklungen sowie an Enthüllungen und Skandalen.

Stark divergierend im Vergleich zu den durchschnittlichen Veränderungen und dem bisherigen Niveau ist die Zeitverwendung einiger Gruppen. Das betrifft besonders die Frauen sowie die Gruppe der Schüler, Lehrlinge und Studenten (Abbildung 4).

Bei den Frauen reduzierte sich die Zeitverwendung für Hausarbeit gegenüber 1985 um 14 Prozent; der Umfang der Freizeit erhöhte sich hingegen um 21 Prozent vor allem zugunsten von Fernsehen/Radio hören, Besuch von Kulturveranstaltungen und Lesen. Bei Schülern, Lehrlingen und Studenten ist eine Verkürzung des Zeitaufwandes für Schulbesuch, Lehre und Studium um 11 Prozent und ein Freizeitzuwachs um 19 Prozent zu verzeichnen. Bemerkenswert ist in dieser Gruppe der fast vollständige Rück-

gang der durch das DDR-System mehr oder weniger erzwungenen gesellschaftspolitischen/gemeinnützigen Tätigkeit um 86 Prozent und die starke Zunahme bei Fernsehen/Radio hören um 22 Prozent. Bei den männlichen Schülern, Lehrlingen und Studenten zeigen sich erhebliche Veränderungen in der Freizeitstruktur durch eine Verdopplung des Zeitaufwandes für Geselligkeit sowie einen Rückgang für Sport und Lesen. Beide Gruppen scheinen sich mit ihrem Verhalten stärker den gesellschaftlichen Veränderungen zuzuwenden, bei gleichzeitigem Rückzug aus gesellschaftspolitischen Aktivitäten. An ihrer Stelle dominieren besonders die Befriedigung von Informationsbedürfnissen und das Zusammensein im Freundes- und Verwandtenkreis.

In dieser Situation des gesellschaftlichen Umbruchs ist es besonders interessant zu verfolgen, welche Orientierungen die Menschen für ihre zukünftige Zeitverwendung haben und inwiefern es sich dabei um "Neuorientierungen" in der Zeitverwendung handelt. Zur Beantwortung des ersten Teils dieser Fragen können die Daten eines Zusatzbogens herangezogen werden, der vom Verfasser in Abstimmung mit dem damaligen Statistischen Amt der DDR erarbeitet und im Rahmen der Zeitbudgeterhebung verwendet wurde. Er enthält neben Angaben zur Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen Fragestellungen zur Ausübung von bestimmten Tätigkeiten und zum Wunsch, mehr Zeit für diese zu verwenden. In Tabelle 4 werden die wichtigsten Ergebnisse vermittelt.

Die Gruppierung der Tätigkeiten, für die man mehr Zeit verwenden möchte, nach der Häufigkeit ihrer Nennung, führt zu einer für die Aufbruchs- bzw. Umbruchsituation der DDR-Gesellschaft typischen Struktur. Urlaubsreisen ins Ausland machen, Bücher lesen, Spazieren gehen/Wandern/Ausflüge machen, lassen sich als eine erste Gruppe fixieren. Für sie möchten jeweils 30 Prozent und mehr der Befragten einen größeren Zeitaufwand einsetzen. Zwischen 20 und 30 Prozent der Befragten präferierte eine zweite Gruppe von Tätigkeiten. Sie umfaßt den Bereich der Gesundheitspflege, kulturelle Aktivitäten, Geselligkeit sowie die Beschäftigung mit Kindern und Familie. Eine dritte Gruppe, deren Aktivitäten 10 bis 17 Prozent der Befragten verstärkt auszuüben wünschten, umfaßt vor allem den Bereich spezieller Hobbies (Basteln, Kurse besuchen, aktiv Sport treiben). Erst in dieser Gruppe finden sich die stärker konsumorientierten Aktivitäten (Einkaufsbummel machen, ins Restaurant Essen gehen, Urlaubsreisen im Inland machen) und Nichtstun. Am wenigsten war der Wunsch nach Fernsehen/Radio hören und nach Teilnahme an gesellschaftspolitischen Aktivitäten sowie an gemeinnützigen Tätigkeiten vorhanden.

5. Spezielle Auswertungen

An einigen Stellen wurde bereits versucht, deutlich zu machen, daß die Auswertungsstrategien der amtlichen Statistik zum Zeitbudget begrenzt waren. Es erfolgten vor allem Auswertungen zu Gesamtdurchschnitten. Die Zeitverwendung wurde pro Person und Tag im Wochendurchschnitt, von Montag bis Freitag und am Wochenende ausgewiesen. In den Analysen wurde vor allem nach dem Geschlecht, zum Teil nach dem Bildungsabschluß, vereinzelt Gemeindegroßengruppen oder speziellen Haushaltsmerkmalen unterschieden. Sozialstrukturell differenzierte Daten sind von der Statistik nur begrenzt in

globalen Gruppen ausgewiesen. Arbeiter und Angestellte wurden beispielsweise nicht getrennt, sondern zu einer Gruppe zusammengefaßt. Diese Auswertungen lassen den Einfluß sozialstruktureller Faktoren auf das Zeitverhalten offen. Der augenscheinliche Eindruck der Gleichheit sollte deshalb mit eigenen **Analysen** hinterfragt werden. Zu diesem Zweck wurden die Daten von 1985 nach den sozialökonomischen Gruppierungen und Bildungs- bzw. Qualifikationsabschlüssen analysiert. Als erstes wurde versucht, Unterschiede nach den ausgewiesenen sozialökonomischen Gruppen herauszufinden (Abbildung 5).

Generell fallen die Gruppen der sich in Ausbildung befindlichen Personen (Schüler, Lehrlinge, Studenten) und der Hausfrauen durch ihre spezifische Zeitverwendung auf. Unterschiede zeigen sich ebenfalls innerhalb der Gruppe der Arbeiter sowie zwischen diesen und den Angestellten und sonstigen Berufstätigen (Abbildung 6). Produktionsarbeiter verwendeten zwar einen höheren Anteil von Arbeitszeit, jedoch einen geringeren Anteil an Zeit für die Hauswirtschaft und zur Befriedigung physiologischer Bedürfnisse (Schlafen, Einnahme von Mahlzeiten). Defizite, die allerdings geringer sind, haben sie ebenfalls gegenüber den anderen Gruppen bei der Pflege und Betreuung von Kindern und anderen Personen. Bemerkenswert ist der etwas geringere Umfang der Freizeit bei den Angestellten. Unterschiedlich gestaltet sich ebenso die Zeitverwendung für einzelne Freizeittätigkeiten.

Zwischen den Produktionsarbeitern, sonstigen Arbeitern und Angestellten sind die Unterschiede bis auf die Ausnahme Rundfunk hören/Fernsehen nur gering ausgeprägt. Deutlich unterscheidet sich von diesen Gruppen die Freizeitstruktur der sonstigen Berufstätigen mit einem höheren Zeitaufwand für Rundfunk/Fernsehen, Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen und Geselligkeit sowie einem geringeren Zeitaufwand für aktiven Sport, Lesen und politische/gemeinnützige Tätigkeit. Die Differenzen in der Zeitverwendung sind bei einer Betrachtung nach dem Bildungs- bzw. Qualifikationsabschluß nicht in dem Maße wie bei den sozialökonomischen Gruppen vorhanden (Abbildung 7).

Deutliche Abweichungen finden sich nur bei jener Gruppe, die außer einen Schulabschluß der 10. Klasse bzw. Abitur noch keinen beruflichen Abschluß hat und sich zu einem größten Teil noch in der Ausbildung (Lehre, Studium) befindet. Bemerkenswert erscheint die unter dem Durchschnitt liegende Arbeitszeit bei Personen ohne Abschluß und ihr höherer Anteil für Freizeit gegenüber den Gruppen mit einem beruflichen Qualifikationsabschluß (Abbildung 8). Die Freizeittätigkeiten nach dem Bildungsabschluß differieren ebenfalls nur gering. Einzig für Rundfunk/Fernsehen verwenden Personen mit dem Abschluß einer Fach- oder Hochschule einen geringeren Zeitanteil.

6. Zusammenfassung

Die Ergebnisse ermöglichen folgende Aussagen: Erstens: In der DDR haben zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zeitverwendung bestanden. Die Gesellschaft war auch in diesem Bereich nicht so homogen und gleichgeschaltet, wie sie manchmal erscheinen mag. Unterschiede in der Zeitverwendung treten in verschiedenen Kategorien auf. Sie berühren nicht nur die Arbeitszeit, die Zeit für die Haus-

wirtschaft oder Pflege und Betreuung von Kindern oder anderen Personen, sondern sie sind vor allem auch im Freizeitbereich, beispielsweise für Mediennutzung, politische/gemeinnützige Tätigkeiten, kulturelle Aktivitäten oder aktive Sportausübung, zu finden. Zweitens: Unterschiede in der Zeitverwendung resultierten aus unterschiedlichen Faktoren. In erster Linie spielen das Geschlecht, das Alter und der Haushaltskontext (vor allem die Familiensituation) eine Rolle. Unterschiede sind auch zwischen sozialstrukturellen Gruppen vorhanden. Sie scheinen auf eine soziale Ausdifferenzierung in der Zeitverwendung zu verweisen. Weitere Einflüsse sind u.a. von der Wohnortgröße und weiteren Determinationsfaktoren zu erwarten.

Literatur

Blass, W., 1980: Zeitbudget-Forschung. Frankfurt/New York.

Fiebiger, H., 1991: Die Zeitbudgeterhebung 1990 in der ehemaligen DDR. In: M. Ehling/R. v. Schweitzer: Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik. Heft 17 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik. Wiesbaden, S. 12-38.

Fiebiger, H., 1992: Zeitverwendung ausgewählter Personengruppen in der ehemaligen DDR 1974 bis 1990. Wirtschaft und Statistik 5/1992, S. 318-325.

Gans, E./Liebs, S., 1982: Proportionen des Zeitaufwandes der sozialistischen Gesellschaft im Gesamtprozeß ihrer Reproduktion in der DDR. In: Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften. Berlin.

Habich, R./Priller, E., 1992: Soziale Lage und subjektives Wohlbefinden in der ehemaligen DDR. In: M. Thomas (Hrg.), Abbruch und Aufbruch, Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Berlin, S. 239-258.

Lippold, G./Manz, G., 1980: Zur Anwendung der Zeitkategorien für die Darstellung der Lebensweise, In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1980. Berlin, S. 123-145.

Lippold, G./Manz, G., 1988: Die Gestaltung zeitlicher Arbeitsbedingungen/Arbeitsfreie Zeit. In: G. Manz/G. Winkler, Sozialpolitik. Berlin, S. 124-129 und 203-208.

Priller, E., 1992: Zeitverwendung im Wandel der DDR. In: W. Glatzer/H.-H. Noll, Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung. Frankfurt/New York 1992.

Statistisches Bundesamt 1991: Zeitverwendung der Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten im Gebiet der ehemaligen DDR 1974, 1980, 1985 und 1990. Heft 16 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik. Wiesbaden.

Tabelle 1: Durchführung von Zeitbudgeterhebungen in der DDR

Jahr	Grundgesamtheit	Stichprobenumfang	Institution
1966	Stadt Hoyerswerda (Internationale Vergleichsuntersuchung)	2 049	Hochschule für Ökonomie, Berlin
1970	DDR-Bevölkerung	2 807	Institut für Marktforschung, Leipzig
1972	DDR-Bevölkerung	3 083	Hochschule für Ökonomie/ Institut für Marktforschung
1974	DDR-Bevölkerung -Personen in Arbeiter- u. Angestelltenhaushalten(16 - 60/65 Jahre) -Personen in Rentnerhaushalten	11 375	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
1980	DDR-Bevölkerung -Personen in Arbeiter- u. Angestelltenhaushalten(16 - 60/65 Jahre)	10 800	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
1985	DDR-Bevölkerung -Personen in Arbeiter- u. Angestelltenhaushalten(16 - 60/65 Jahre)	6 194	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
1990	DDR-Bevölkerung -Personen in Arbeiter- u. Angestelltenhaushalten(16 -60/65 Jahre) -Personen in Rentnerhaushalten	5 351	Statistisches Amt der DDR
		4 805	
		546	
1990	Stadt Hoyerswerda	900	Hochschule für Ökonomie/ Humboldt-Universität Berlin/ Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin

Tabelle 2: Verteilung der zum Zeitbudget befragten Personen
nach Bezirken und Wochentagen im Jahre 1985 in der DDR

Bezirk	Montag	Diens- tag	Mitt- woch	Don- nerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Gesamt	Anteil Stichpr. (%)	Anteil Bevölk. insg. (%)
1	27	34	30	17	28	19	28	183	4,5	5,4
2	16	15	23	19	17	17	16	123	3,0	3,6
3	24	21	18	23	22	23	23	154	3,8	3,7
4	38	33	42	43	40	45	40	281	6,9	6,7
5	29	20	24	29	27	22	22	173	4,3	4,3
6	32	29	35	31	37	31	35	230	5,7	5,3
7	43	44	37	44	47	43	40	298	7,3	7,5
8	55	68	53	63	66	56	59	420	10,3	10,8
9	49	48	47	45	47	49	44	329	8,1	7,4
10	33	24	23	29	26	26	27	188	4,6	4,5
11	18	18	22	23	28	24	22	155	3,8	3,3
12	67	64	60	59	61	53	54	418	10,3	10,7
13	56	44	48	50	54	52	55	359	8,8	8,3
14	64	68	60	60	70	67	52	441	10,9	11,3
15	46	44	45	51	44	43	37	310	7,6	7,2
Gesamt (%)	587 (14,7)	574 (14,1)	567 (14,0)	586 (14,4)	614 (15,1)	570 (14,0)	554 (13,6)	4 062 (100,0)	100	100

Datenbasis: Zeitbudget 1985

Tabelle 3: Sozialökonomische Struktur der Personen in der Stichprobe der Zeitbudgeterhebung 1985 (ungewichtet und gewichtet)

	ungewichtet		gewichtet	
	absolut	%	absolut	%
Arbeiter	1 819	44,8	2 870	46,3
Angestellte	1 768	43,5	2 522	40,7
Studenten	93	2,3	158	2,6
Lehrlinge	169	4,2	298	4,8
Schüler	78	1,9	139	2,2
Rentner	29	0,7	47	0,8
Sonstige	82	2,0	160	2,6
	4 062	100	6 194	100

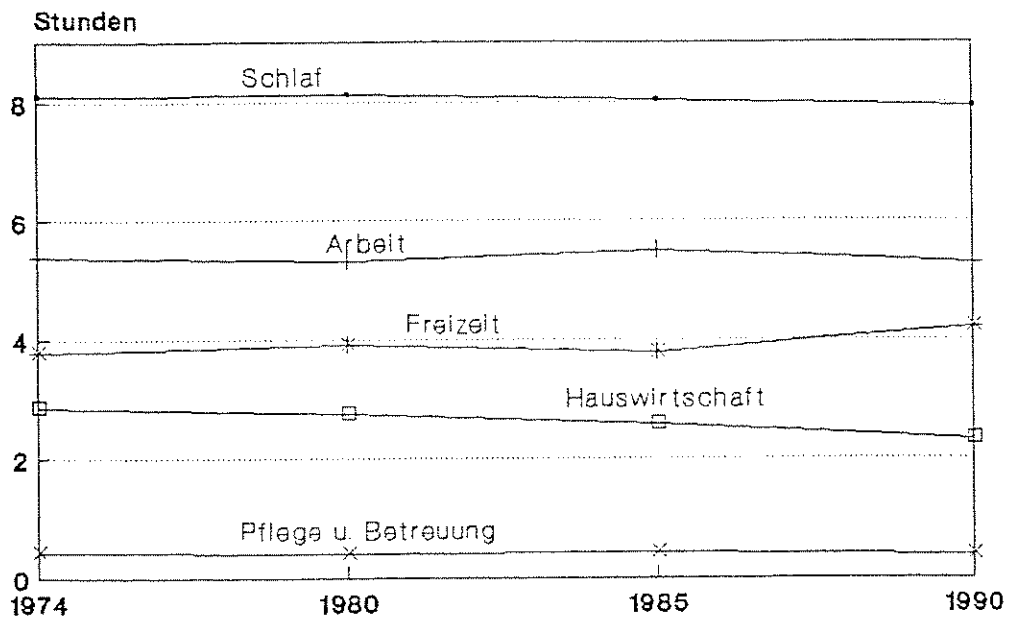
Datenbasis: Zeitbudget 1985

Tabelle 4: Häufigkeit der Ausübung von Tätigkeiten und Wunsch,
mehr Zeit dafür zu verwenden

	oft	manchmal	selten	nie	gern mehr Zeit dafür verwenden
	(in Prozent)				
Zusammensein mit Freunden, Verwandten	45,7	43,2	10,6	0,5	23,2
Theater-, Konzert- besuch	2,7	12,2	41,0	44,2	23,3
Weiterbildung	7,1	16,3	29,5	47,2	13,3
Besuch von Sport- veranstaltungen	7,8	12,9	27,9	51,5	10,5
Beschäftigung mit Familie	68,0	22,6	6,3	3,2	20,5
Beschäftigung mit Kindern	52,7	23,3	10,1	13,9	20,7
Fernsehen, Radio hören	82,5	15,4	2,1	0,1	5,4
Bücher lesen	25,2	33,7	33,7	7,5	30,1
Nichts tun	5,0	24,0	49,8	21,2	15,8
Sport treiben	9,9	11,2	24,0	55,0	15,1
Spazieren, wandern	25,8	42,4	27,8	4,0	29,4
Essen gehen	6,0	37,4	49,3	7,3	15,2
Besuch Kino, Tanz- veranstaltung	9,5	28,3	50,1	12,0	25,5
Auslandsurlaub	5,9	17,0	32,6	44,6	35,4
Inlandurlaub	17,3	42,4	32,2	8,1	17,1
Kurzreisen	15,4	32,6	33,3	18,7	21,4
Gesunderhaltung	16,0	31,5	38,5	14,0	27,0
Einkaufsbummel	23,4	39,3	30,5	6,8	13,2
Gesellschafts- polit. Aktivität	9,0	23,5	37,0	30,5	2,1
Wohnungserhaltung u. -verschönerung	49,0	39,2	9,6	2,2	13,7

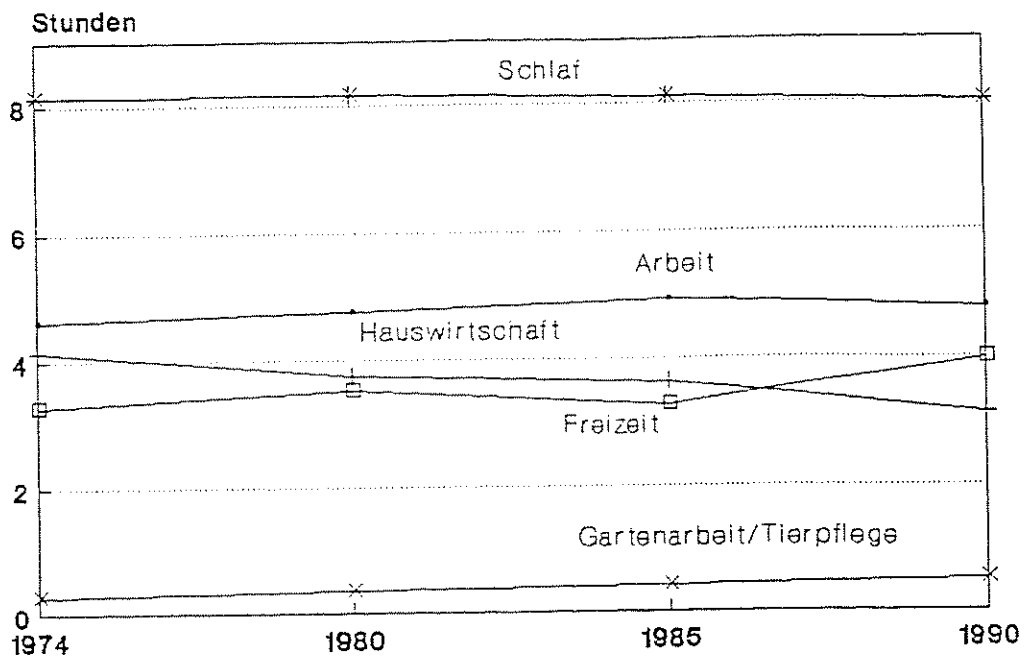
Quelle: Statistisches Bundesamt, Zeitbudgeterhebung 1990

Abbildung 1: Tägliche Zeitverwendung pro Person
(im Wochendurchschnitt)

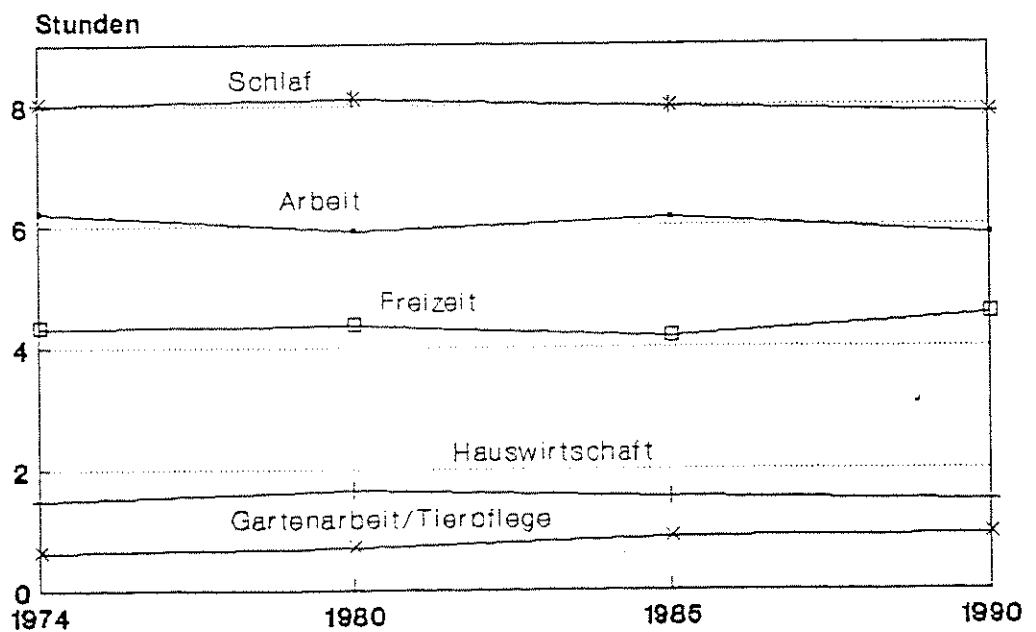


Quelle: Statistisches Bundesamt,
Zeitbudgeterhebungen in der DDR

Abbildung 2: Tägliche Zeitverwendung Frauen
(im Wochendurchschnitt)

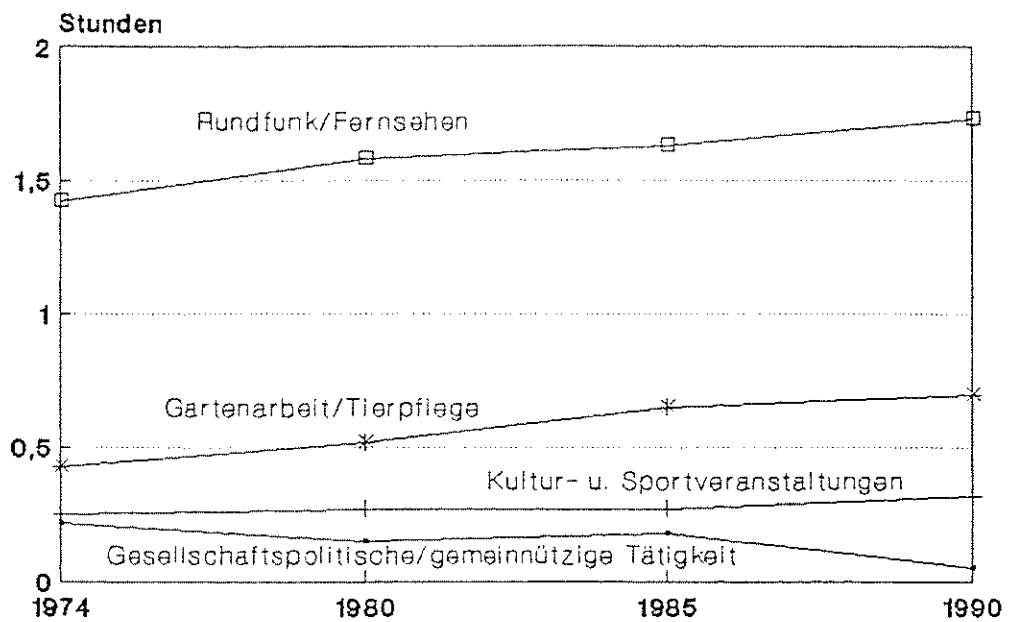


Tägliche Zeitverwendung Männer
(im Wochendurchschnitt)



Quelle: Statistisches Bundesamt,
Zeitbudgeterhebungen in der DDR

Abbildung 3: Besonderheiten tägl. Zeitverwendung 1990
(im Vergleich zu 1974, 1980 u. 1985)



Quelle: Statistisches Bundesamt,
Zeitbudgeterhebungen in der DDR

**Abbildung 4 : Besonderheiten der täglichen Zeitverwendung 1990
bei folgenden Gruppen:**

1. Frauen

Abnahme
des Zeitaufwandes
für Hausarbeit

Zunahme
der Freizeit insgesamt
und besonderer Zuwachs
des Zeitvolumens für:

- o Lesen
- o Besuch von Kultur-
veranstaltungen
- o Fernsehen, Radio hören

2. Schüler, Lehrlinge, Studenten

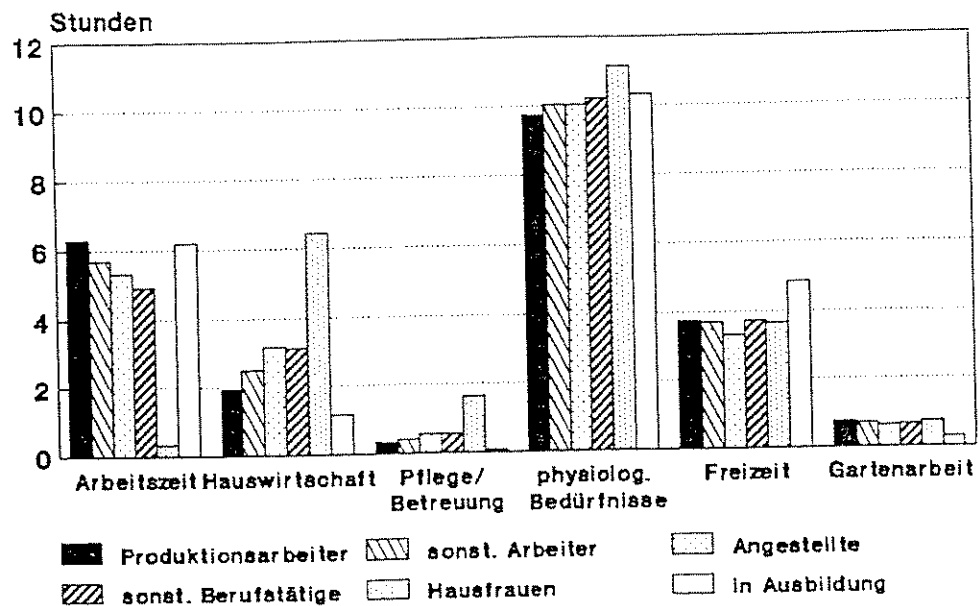
- Reduzierung
des Zeitaufwandes
für Schulbesuch
zugunsten der Freizeit
- fast vollständige
Reduzierung des
Zeitaufwandes für
gesellschaftspolitische/
gemeinnützige
Tätigkeiten

starke Zunahme
des Zeitaufwandes
für Fernsehen/
Radio hören

besonders starke Veränderungen bei
männlichen Schülern, Lehrlingen,
Studenten in folgenden Bereichen:

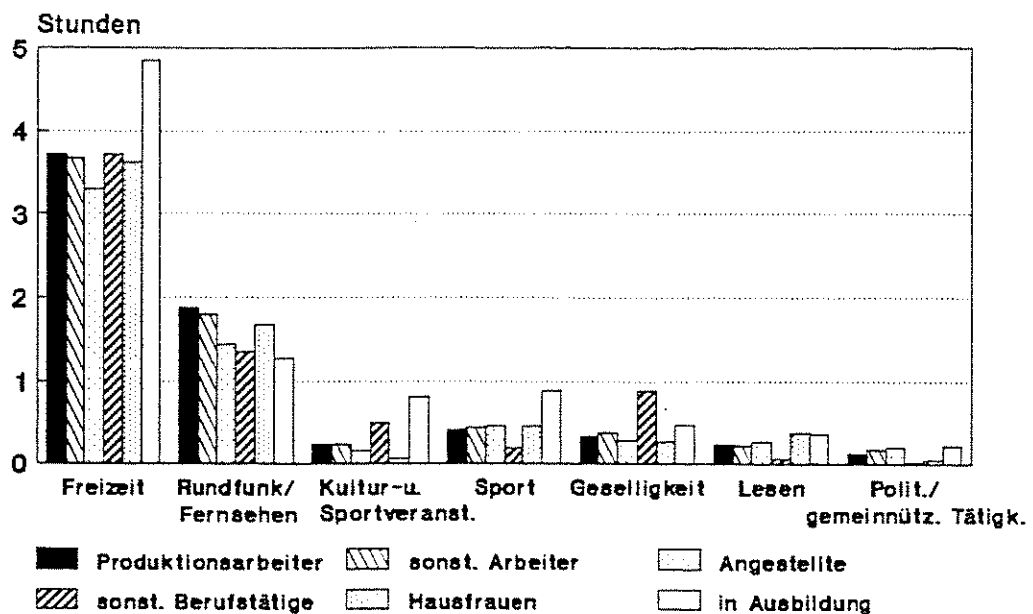
- o fast Verdoppelung des
Zeitaufwandes für Geselligkeit
- o beträchtlicher Rückgang der
Zeitverwendung für Sport
- o Abnahme des Zeitaufwandes für
Lesen

Abbildung 5: Zeitverwendung nach der sozialen Zugehörigkeit



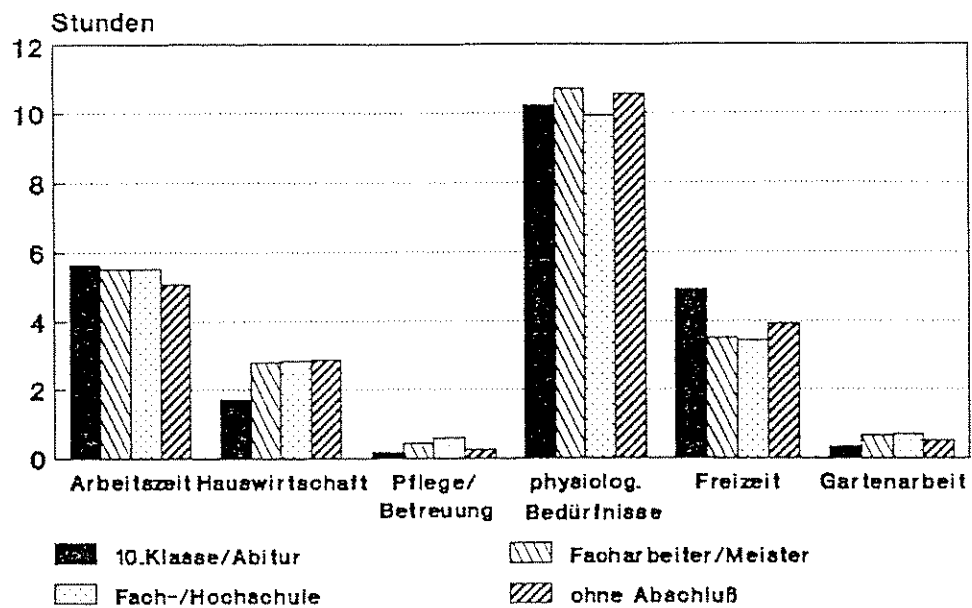
Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 1985

Abbildung 6: Freizeittätigkeiten nach der sozialen Zugehörigkeit



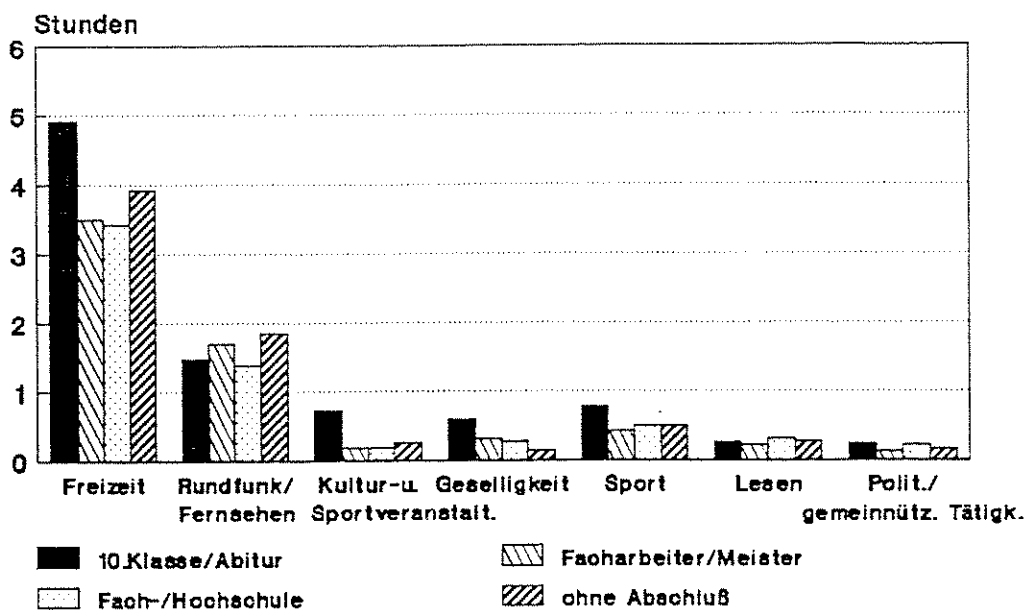
Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 1985

Abbildung 7: Zeitverwendung nach dem Bildungsabschluß



Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 1985

Abbildung 8: Freizeittätigkeiten nach dem Bildungsabschluß



Datenbasis: Zeitbudget 1985

Statistik des Haushaltsbudgets: Zur wirtschaftlichen Lage ausgewählter Haushalte in den neuen Bundesländern

Margot Münnich, Statistisches Bundesamt, Berlin

1. Anliegen und Ziel der Statistik des Haushaltsbudgets

Die Statistik des Haushaltsbudgets hat eine langjährige Tradition. Bereits im Jahr 1947 wurden Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der sowjetischen Besatzungszone zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt. Auch nach der Vereinigung ist diese ehemalige DDR-Statistik für die neuen Länder und Berlin-Ost weitergeführt worden. Sie wird nach Festlegungen des Gesetzgebers im Statistikanpassungsgesetz am 31.12.1992 beendet.¹⁾ Damit gibt es bis zum Jahre 1992 eine solide Datengrundlage für Untersuchungen des Wandels von Einkommen und Verbrauch der ostdeutschen privaten Haushalte beim Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft.

Die Statistik des Haushaltsbudgets ist eine repräsentative Befragung von Haushalten ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Ziel dieser Quotenstichprobe²⁾ ist es, Informationen über die Höhe und Struktur der Geldeinnahmen und der Geldausgaben nach verschiedenen Faktoren zu gewinnen. Dazu gehören die Anzahl der Personen im Haushalt nach Alter, Geschlecht und Erwerbstätigkeit. Die Statistik des Haushaltsbudgets liefert zahlenmäßige Informationen über die Beziehungen von Einkommen und Verbrauch einzelner sozio-ökonomischer Gruppen. Sie gibt Auskunft über das Niveau, die Struktur und die Entwicklung der Geldausgaben bzw. des Verbrauchs der Haushalte und Familien, den Zuwachs der Ersparnisse, die Inanspruchnahme von Krediten sowie den Bestand an dauerhaften Gebrauchsgütern.

Primärer Zweck der Erhebungen ist es festzustellen, wie sich die Ausgaben der Haushalte gestalten und was sie verbrauchen. Die Statistik des Haushaltsbudgets liefert

- repräsentative Daten zur wirtschaftlichen Lage der Haushalte in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost;
- zahlenmäßige Grundlagen für die Berechnung des Privaten Verbrauchs. Dafür sind die Daten im Grunde genommen die einzige Quelle. Die staatliche Einheit hatte im Prinzip einen einheitlichen Markt hervorgebracht. Eine getrennte Berechnung des privaten Verbrauchs auf der Basis der Berechnung nach Wirtschaftsbereichen war nicht möglich, da sich die Käuferströme statistisch nicht teilen ließen;
- das Gewichtungsschema für den Preisindex der Lebenshaltung.

1) Vgl. Statistikanpassungsverordnung (StatAV) vom 26. März 1991.

2) Eine weitergehende Beschreibung zur Statistik des Haushaltsbudgets, insbesondere zur Methodik enthält der Aufsatz "Laufende Wirtschaftsrechnungen" im Band 22 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik.

Zusätzlich zu den Geldausgaben werden mit der Statistik des Haushaltbudgets auch Mengenangaben von den Haushalten erfragt. Dazu gehört insbesondere die Anzahl der gekauften Schuhe, Lederwaren, Bekleidung und technischen Gebrauchsgüter.

Bis zum Jahr 1979 schrieben die Haushalte die Lebensmittelkäufe wert- und mengenmäßig an. Nach diesem Zeitpunkt wurden die Lebensmittelkäufe nur noch im fünfjährigen Abstand für zwei Monate erfaßt. Die Statistischen Bezirksamter organisierten, daß bei Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit in den Monaten April und August jeweils die Hälfte der Haushalte an der Befragung teilnahm. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Haushalte aus jedem Familientyp und jeder sozialen Gruppe entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten waren. Diese Verfahrensweise verminderte den Aufwand der Haushalte bei der Führung der Haushaltsbücher erheblich. Für die Jahre 1979, 1984 und 1989 liegen über die wertmäßigen Angaben hinaus die gekauften Mengen an Nahrungs- und Genußmitteln von den befragten Haushalten vor. Diese Daten können beim Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Berlin, angefordert werden.

Mit den Informationen über den mengenmäßigen Verbrauch von Nahrungsmitteln lassen sich Niveau, Struktur und Dynamik des Lebensmittelverbrauchs der Bevölkerung analysieren. Ergänzend zu Pro-Kopf-Verbrauchsangaben, die den durchschnittlichen Verbrauch der Gesamtbevölkerung widerspiegeln, kann man mit Hilfe der Statistik des Haushaltbudgets zu differenzierten Angaben über den Verbrauch und die Kaufgewohnheiten sozio-ökonomischer Gruppen der Bevölkerung gelangen.

Untersuchungen des Instituts für Ernährung in Potsdam-Rehbrücke zeigten, daß der aus den Mengenangaben der Haushalte berechnete Verbrauch von Kalorien und Nährstoffen im Zusammenhang mit Körpergröße, Gewicht und Arbeitsschwere von den wissenschaftlich bestimmten Richtwerten stark abwich. Es lag der Verdacht nahe, daß - besonders gefördert durch die subventionierten Lebensmittelpreise - gekaufte Nahrungsmittel nicht in vollem Umfang der menschlichen Ernährung zugeführt wurden. Um weitergehende Aussagen über die Höhe der Abgänge an Lebensmittel und dementsprechend auch an Energie und Nährstoffen bei der Beurteilung der Ernährungssituation treffen zu können, wurden erstmals im Jahre 1978 rund 1550 Haushalte über die Höhe der Lebensmittelverluste befragt, die durch Verderb, Wegwerfen und Verfütterung an Tiere entstanden.

Dabei sind die Abgänge für 14 Lebensmittelpositionen erfaßt worden. Diese Positionen machen den Hauptanteil des gesamten Lebensmittelverbrauchs aus. Dazu zählten Kartoffeln, Gemüse, Obst, Getreideerzeugnisse (Reis, Haferflocken, Grieß, Grütze und ähnliches), Weißbrot und Brötchen, Vollkornbrot und Mischbrot, Konditorei-, Fein- und Dauerbackwaren, Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Fisch, Milch, Käse und Quark, Eier, Butter, Margarine. Ergebnisse aus dieser Zusatzbefragung liegen für die Jahre 1978, 1984 und 1989 vor.

Durch die Statistik des Haushaltbudgets wurden in den letzten Jahren rund 4000 Haushalte befragt, was 0,6 Promille aller privaten Haushalte der neuen Länder und Berlin-Ost entspricht. Einbezogen waren dabei circa 2600 Haushalte von Arbeitern und Angestellten, 400 bis 600 Rentnerhaushalte ohne Arbeitseinkommen und 800 Haushalte von Genossenschaftsbauern. Seit Anfang 1991 gingen die Proban-

den der letzten Gruppe erheblich zurück. Aufgrund der zunehmenden Erwerbslosigkeit wurden in die Erhebung Haushalte aufgenommen, in denen der Haushaltsvorstand arbeitslos ist.

Die Haushalte schreiben alle Geldeinnahmen und -ausgaben sowie den mengenmäßigen Eigenverbrauch von Produkten der persönlichen Wirtschaft bzw. aus dem Kleingarten und der Kleintierhaltung monatlich auf. Darüber hinaus werden demographische Angaben zum Haushalt sowie über den Bestand an dauerhaften Gebrauchsgütern erfaßt. Die Ausgaben zeichnen die Haushalte aufgesplittet nach rund 380 Positionen auf.

Die für die Bundesstatistiken "Laufende Wirtschaftsrechnung" und "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe" geltende Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA) enthält - verglichen mit der Statistik des Haushaltsbudgets - weitaus mehr Einzelpositionen (rund 1000), die die Haushalte anschreiben. Da aus Zeit- und Kostengründen das Erhebungskonzept der Statistik des Haushaltsbudgets im Jahre 1990 nicht kurzfristig verändert werden konnte, wurde nach einem vertretbaren Verfahren gesucht, diese Ergebnisse den vergleichbaren Bundesstatistiken anzupassen.

Der gewählte Modus, der es ermöglicht, die Daten der Statistik des Haushaltsbudgets maschinell nach Hauptgruppen der SEA umzuschlüsseln, ist in Anlage 1 dokumentiert. Seit der ersten Veröffentlichung in Heft 14 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen der Bundesstatistik" präsentiert das Statistische Bundesamt den Nutzern die Daten der Statistik des Haushaltsbudgets in dieser Form.

Die bei der Umschlüsselung eingegangenen Kompromisse liegen im wesentlichen begründet in der vorhandenen bzw. teilweise noch bestehenden Verschiedenheit des gesellschaftlichen Umfeldes, anderen gesetzlichen Bestimmungen und dem sich vollziehenden Transformationsprozeß. Diese Umstände sind bei der Interpretation der Daten der Statistik des Haushaltsbudgets durch die Nutzer zu beachten, die es gewohnt sind, mit den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnung und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) umzugehen. Hinzu kommen weitere Faktoren. Das sind unter anderem

- die durch die Währungsumstellung geschaffene neue Einkommens- und Vermögensbasis. Bekanntlich sind die Löhne und Gehälter und Transferzahlungen im Verhältnis eins-zu-eins umgestellt worden. Guthaben bei Banken und Sparkassen (Bargeld mußte auf Konten bis zum 30.6.1990 eingezahlt worden sein) wurden für Erwachsene bis zur Höhe von 4000 Mark (außer für Rentner, hier waren es 6000 Mark) und für Kinder 2000 Mark im Verhältnis eine Mark zu einer DM getauscht. Die Kaufkraftparitäten zwischen den beiden Währungen lagen zu diesem Zeitpunkt dicht bei eins-zu-eins. Die Schwankungsbreite bewegte sich - abhängig vom zugrunde gelegten Warenkorb - mit 100 Mark gleich 98 DM IfO, 100 Mark gleich 128 DM DIW³⁾ bis zu 100 Mark gleich 132 DM Statistisches Bundesamt⁴⁾;
- die völlig neue Preisbasis für die Käufe der Haushalte. Die staatlich beeinflussten Preise weichen erheblich von den Preisen nach Einführung der DM ab. Die hochsubventionierten Leistungen der

3) Vgl. Sinn, G./Sinn, H.-W. "Kaltstart - Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung", J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, S. 37.

4) Vgl. Statistisches Bundesamt, Zahlen - Fakten - Trends 9/90-2.

Wohnungswirtschaft, der Kinderbetreuung, des Gesundheits- und Sozialwesens (einschließlich der Sachleistungen der Sozialversicherung), des Bildungswesens, von Körperkultur, Sport und des Erholungswesens führten dazu, daß der Private Verbrauch bei Leistungen teilweise bis in das Jahr 1991 grundsätzlich zu niedrig ausgewiesen ist. Waren wurden einerseits gestützt (z.B. Grundnahrungsmittel), andererseits Industriewaren und Genußmittel mit zum Teil hohen Abgaben belegt. Da die von den Haushalten unentgeltlich in Anspruch genommenen Leistungen, z.B. für rezeptpflichtige Medikamente, Kuren, für Rentner der gebührenfreie Fernsehempfang und die Hauswirtschaftspflege u.a., nicht als Haushaltsausgaben aufgezeichnet werden konnten, enthielt das dem Preisindex zugrunde liegende Wägungsschema des Jahres 1989 natürlich auch nicht diese Ausgaben. Der Preisindex der Lebenshaltung nach Paasche kann demzufolge nicht alle zwischenzeitlich eingetretenen höheren Belastungen der Haushalte durch den Abbau dieser Subventionen widerspiegeln;

- unterstellte Käufe werden nicht bewertet und nicht als Ausgaben nachgewiesen. Sachzugang aus eigenem Garten und aus Kleintierhaltung (Erzeugnisse aus eigenem Hof und Garten bzw. eigener Produktion) werden im Haushalt nur mengenmäßig nicht aber in Werteinheiten erfaßt. Gleiches gilt für im Haushalt erzeugte Waren und Dienstleistungen. Der Mietwert eigengenutzter Wohnungen wird nicht erfaßt;
- das Fehlen bestimmter, im Ausland getätigter Ausgaben. Die Haushalte zeichnen von den Ausgaben im Ausland nur die für den Kauf fremder Währungen gezahlten Beträge auf.

Auf der Grundlage des Statistikanpassungsgesetzes werden in den neuen Bundesländern neben den rund 4000 Haushalten, die in die Statistik des Haushaltsbudgets⁵⁾ einbezogen sind, weitere 1000 Haushalte durch die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnung befragt. Das sind - wie im früheren Bundesgebiet - drei homogene, in sich geschlossene Haushaltstypen, deren Auswahlmerkmale genau festgelegt sind.⁶⁾ Im Jahr 1993 wird die erste gemeinsame Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in den alten und neuen Bundesländern durchgeführt werden.⁷⁾

Für Untersuchungen zu den Transformationsprozessen bieten sich Daten der Statistik des Haushaltsbudgets aus dem Jahre 1989 an. Sie spiegeln eine typische und normale Situation bei den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in der DDR wider. Daten des Jahres 1990 sind für solche Vergleiche schlecht geeignet. Sie sind geprägt durch Turbulenzen. Anormal auf die Höhe und Struktur der Haushaltsausgaben wirkten vor allem:

- Billigangebote durch "Ausverkauf" von DDR-Erzeugnissen im ersten Halbjahr 1990;
- Käufe von "Westwaren", speziell hochwertige technische Konsumgüter, Videorecorder, Fernsehgeräte aber auch Obst und Südfrüchte u.a., zu hohen Preisen im ersten Halbjahr 1990;

5) Infolge des verspäteten Inkrafttretens der Statistikanpassungsverordnung enthalten die Ergebnisse für das erste Halbjahr 1991 keine Angaben von Haushalten aus Berlin-Ost.

6) Vgl. Glatzer, W./Noil, H.-H., (Hg.): "Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung". Campus Verlag Frankfurt/New York, S. 140ff.

7) Vgl. Euler, M.: "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993". In: Wirtschaft und Statistik 7/1992: 463ff.

- verstärkte Käufe vor allem solcher Waren, die in der DDR nicht ausreichend oder gar nicht im Angebot waren. Sie wurden, wie bspw. bei Käufen von PKW, im allgemeinen nicht aus dem Einkommen, sondern häufig durch Inanspruchnahme von Ersparnissen und Krediten finanziert.

2. Zur wirtschaftlichen Lage in Haushalten von Ehepaaren mit zwei Kindern in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Wie aus den jetzt für das erste Halbjahr 1992 vorliegenden Befragungsergebnissen der Statistik des Haushaltsbudgets hervorgeht, haben die Einnahmen und Ausgaben in privaten Haushalten der neuen Länder und Berlin-Ost gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum kräftig zugenommen. Lohn- und Gehaltszuwächse durch vereinbarte Tarifabschlüsse, Rentenerhöhungen und Dynamisierungen des Arbeitslosengeldes trugen zur Steigerung der Einkommen in den Haushalten bei. Dennoch haben die einzelnen Haushalte unterschiedlich an diesem finanziellen Zuwachs partizipiert. Zu den wirtschaftlich Begünstigten der Vereinigung gehören dabei jene Haushalte, in denen noch zwei oder mehr Familienmitglieder Einkommen aus Arbeit beziehen. Der Verlust von Arbeitsplätzen verschlechtert dagegen die Situation der Haushalte. Durch den Wechsel des Haushaltsvorstandes in die Arbeitslosigkeit tritt weder ein finanzieller Ausgleich für die zwischenzeitlich gestiegenen Lebenshaltungskosten ein, noch nimmt dieser Haushalt am Prozeß der Angleichung der materiellen Lebensbedingungen teil.

Im Vergleichszeitraum verringert sich die Zahl der Erwerbstätigen erheblich. Waren Anfang Juli 1991 noch 6,8 Millionen als Arbeitnehmer bei den gesetzlichen Krankenkassen pflichtversichert, so sank diese Zahl bis Juli 1992 auf 5,8 Millionen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Statistik des Haushaltsbudgets wider, wie aus Tabelle 1 zu ersehen ist. Die Zahl der für die DDR typischen Familienhaushalte mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern nahm stetig ab, die Tendenz zu Familienhaushalten mit einem Arbeitseinkommensbezieher entsprechend zu.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebt mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Vier-Personen-Haushalten. Für die folgenden Betrachtungen sind Familienhaushalte von Ehepaaren/Lebenspartnern mit zwei Kindern unter 17 Jahren ausgewählt worden.

Gegenübergestellt wurden die Einnahmen und Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten mit zwei und mit einem Arbeitseinkommensbezieher je Haushalt sowie von Arbeitslosenhaushalten. Die Anzahl der befragten Haushalte ist aus Tabelle 2 zu ersehen. Zeitvergleiche für Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand arbeitslos ist, können aufgrund der geringen Fallzahl der in der Statistik des Haushaltsbudgets im Jahr 1991 befragten Arbeitslosenhaushalte nicht vorgenommen werden. Dieser Haushaltstyp wurde dennoch mit einbezogen, weil die Beobachtung dieser Haushalte mit steigender Arbeitslosigkeit immer wichtiger wird.

2.1 Einnahmen

Wie Abbildung 1 zeigt, hatten Familienhaushalte, in denen beide Partner arbeiteten, im ersten Halbjahr 1992 ein verfügbares monatliches Einkommen von 3821 DM. Ihr Einkommen erhöhte sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 um 922 DM bzw. 32 Prozent, insbesondere infolge von Tarifierhöhungen.

Haushalte mit einem Verdiener verzeichneten ebenfalls einen größeren Zuwachs in ihrer Haushaltskasse. Ihr Einkommen war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 750 DM, das sind 30 Prozent, angestiegen. Es betrug im ersten Halbjahr monatlich 3267 DM. In diesen Haushalten gab es in der Regel einen Nichterwerbstätigen, der aber aufgrund seiner früheren Tätigkeit durch Lohnersatzleistungen noch einen Teil zum Haushaltseinkommen beitrug.

Infolge der beachtlichen Einnahmen aus laufenden Übertragungen - sie umfassen vor allem Arbeitslosen-, Altersübergangsgeld, Kinder-, Mutterschafts- und Wohngeld, Ausbildungsförderungen u.a. - verfügten Arbeitslosenhaushalte von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern über ein monatliches Einkommen von rund 2600 DM im ersten Halbjahr 1992. Das sind zwei Drittel der Haushaltseinkommen mit zwei Erwerbstätigen. Auch hier sind in der Regel zwei Leistungsempfänger beteiligt.

Mit dem Rückgang der Zahl der Arbeitseinkommensbezieher geht eine deutliche Veränderung der Struktur der Einkommensquellen einher. Der Anteil an Lohnersatzleistungen am verfügbaren Haushaltseinkommen weist - wie aus Tabelle 3 ersichtlich - eine steigende Tendenz auf. Während Haushalte mit zwei Verdienern rund 90 Prozent ihrer Haushaltseinnahmen aus Erwerbstätigkeit beziehen, sind es in Haushalten mit einem Verdiener nur noch 62 Prozent. Die Einnahmen aus Übertragungen beliefen sich hier auf 37 Prozent des verfügbaren Einkommens. Zwei Drittel der Einnahmen aus Übertragungen bezogen diese Haushalte in Form von Arbeitslosen- und Kindergeld. Bei den befragten Arbeitslosenhaushalten kamen nur noch 15 Prozent der verfügbaren Haushaltseinnahmen aus Erwerbstätigkeit. Die Transferleistungen betrugen 85 Prozent der Einnahmen.

Ohne die Leistungen aus den Sozialplänen wären die Einkommen in den Arbeitslosenhaushalten niedriger ausgefallen. Insgesamt flossen aus den Sozialplänen der Treuhandanstalt in den ersten sechs Monaten 1992 rund 1,3 Milliarden DM den privaten Haushalten in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost zu.

2.2 Ausgaben

Höhe und Struktur der Ausgaben in den befragten Haushalten von Ehepaaren mit zwei Kindern haben sich im ersten Halbjahr 1992 - verglichen mit dem Vorjahreszeitraum - zum Teil erheblich verändert. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, gaben Haushalte von Arbeitnehmerehepaaren mit zwei Kindern, in denen zwei Personen Einkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen, im ersten Halbjahr 1992 monatlich 2855 DM für den Privaten Verbrauch aus. Das waren nominal 574 DM bzw. 25,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bei einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von 14,1 Prozent stieg der reale Verbrauch in diesen Haushalten damit um 9,7 Prozent. Der hohe Preisanstieg ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsgrundmieten sowie der Umlagen für Heizung, Warmwasser und Wohnnebenkosten zurückzuführen.

Deutlich niedriger lag der Private Verbrauch in den Haushalten, in denen nur noch eine Person Einkommen aus unselbständiger Arbeit erhielt. Die Ausgaben dieser Haushalte beliefen sich auf monatlich 2485 DM. Damit sank der Private Verbrauch real um 3,4 Prozent unter das Vorjahresniveau.

Die Familien mit arbeitslosem Haushaltsvorstand gaben im ersten Halbjahr 1992 monatlich 2136 DM für den Privaten Verbrauch aus. Da diese Haushalte für Wohnungsmieten und Energie (Ohne Kraftstoff), aber auch für Nahrungsmittel im Prinzip die gleichen Ausgaben hatten wie die Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern, schränkten sie die Ausgaben für den Kauf fast aller anderen Güter ein.

Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum stiegen die Ausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren bei den Arbeitnehmerhaushalten leicht an. Haushalte, in denen zwei Personen Einnahmen aus unselbständiger Arbeit hatten, verwendeten 839 DM ihres Budgets für die Ernährung. Bei den einzelnen Ausgabenpositionen sind zwischen den drei Haushaltsgruppen nur relativ geringe Abweichungen zu beobachten. Allerdings stiegen die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Haushalten mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern etwas schneller als in den Haushalten mit einem Arbeitseinkommensbezieher. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die vom Einkommen her besser gestellten Haushalte langsam beginnen, etwas teurere Waren zu kaufen. Ein Indiz dafür sind u.a. moderat steigende Ausgaben für Frischgemüse bei geringfügig sinkenden Ausgaben für Konserven sowie höhere Geldausgaben für Feinbackwaren und Konditoreierzeugnisse, für Rind- und Schweinefleisch, für Wein und Sekt. Größere Geldbeträge gaben Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern im ersten Halbjahr 1992 auch für Essen und Trinken in Gaststätten aus. Mit 80 DM pro Haushalt lag diese Summe um 46 Prozent über dem Betrag, den die Haushalte mit einem Arbeitseinkommensbezieher dafür verwendeten. Für Speisen und Getränke in Kantinen der Betriebe und das Werkküchenessen bezahlten die Arbeitnehmerhaushalte, Ehepaare mit zwei Kindern, im ersten Halbjahr 1992 monatlich 37 DM. An diesen Ausgaben war nur rund ein Drittel der befragten Haushalte beteiligt. Familien mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern setzten für den Verzehr in Kantinen und Werkküchen 43 DM monatlich ein, die Haushalte mit einem Arbeitseinkommensbezieher wendeten nur 28 DM auf.

Insgesamt ist festzustellen, daß - verglichen mit dem Jahre 1989 - der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren an den Ausgaben für den Privaten Verbrauch sinkt. Obgleich die absoluten Ausgaben stiegen, vollzog sich damit eine Entwicklung hin zu einer Ausgabenstruktur, die für moderne Industriestaaten charakteristisch ist. Wie Tabelle 5 zeigt, gaben die Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Jahre 1989 monatlich 711 Mark aus. Gemessen an den Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch waren das 39,4 Prozent. Nicht - wie allgemein erwartet - bereits 1991, sondern erst im ersten Halbjahr 1992 stiegen diese Ausgaben in ihrer absoluten Höhe deutlich an. Der Anteil der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren am Privaten Verbrauch ist - vor allem infolge des mannigfaltigen Angebots an technischen Konsumgütern und der gestiegenen Ausgaben für das Wohnen - unter 30 Prozent gesunken.

Auch unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren scheinen die Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern keine größeren Abstriche an den Ausgaben für Essen und Trinken gemacht zu haben. Zu beobachten ist allerdings eine Strukturverschiebung innerhalb der für den Kauf von Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren verausgabten Beträge.

Die Haushalte schränken sich im mengenmäßigen Verbrauch offensichtlich bei den Nahrungsmitteln ein, die höhere Preise als vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben. Um die Änderungen bei den gekauften Mengen sichtbar zu machen, werden im folgenden die 1989 je Haushalt und Monat gekauften Mengen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten von Ehepaaren mit zwei Kindern mit denjenigen Mengen verglichen, die 1991 von den Haushalten gleichen Typs, allerdings mit mittlerem Einkommen, gekauft worden sind. Aus Tabelle 6 ist ersichtlich, daß,

- offensichtlich weniger tierisches Eiweiß verzehrt worden ist. Trotz des starken Rückgangs beim Werkküchenessen kauften die Haushalte geringere Mengen an Fleisch und Fleischerzeugnisse - ausgenommen Fleisch- und Wurstkonserven. Offensichtlich wird auch sehr preisbewußt eingekauft. Darauf deuten die bedeutend niedrigeren Mengen bei Rindfleisch und die erheblich gestiegenen Mengen für Geflügel hin. Im Jahre 1991 kauften die befragten Haushalte auch weniger Eier als 1989;
- beim Verbrauch von Fetten die Haushalte bemerkenswerte Substitutionsprozesse vollzogen haben. Sie kauften 1991 erheblich weniger Butter als im Jahr 1989. Dafür verbrauchten sie mehr Margarine;
- sich die gekauften Mengen bei Südfrüchten 1991 - verglichen mit 1989 - verzehnfacht haben. Eine Spitzenposition nehmen dabei Bananen mit 5,5 Kilogramm je Haushalt und Monat ein. Offensichtlich erheblich weniger gekauft werden Äpfel;
- die hohen Verbrauchsmengen von Bier und Spirituosen weiter angestiegen sind.

Die im Oktober 1991 in Kraft getretene Mietpreiserhöhung hat zu einer sprunghaft angestiegenen Ausgabenbelastung für das Wohnen geführt. Noch im dritten Quartal 1991 war die Mietbelastung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost mit einer Größenordnung von zwei bis drei Prozent der Haushaltsnettoeinkommen bei der überwiegenden Mehrzahl der privaten Haushalte sehr gering. Der Quadratmeterpreis für die Wohnungsmiete in Mehrfamilienhäusern, die zwischen 1979 und 1989 errichtet worden waren, lag in der Regel zwischen 0,80 und 1,25 Mark. Bei Altbauten waren die Mieten häufig noch niedriger. Mit der ersten Grundmietenverordnung und der Betriebskosten-Umlageverordnung vom 17.6.1991 wurden zum 1.10.1991 für preisgebundene Wohnungen neue, höhere Mieten festgelegt. Infolge dieser Verordnung haben sich die Wohnungsmieten im ersten Halbjahr 1992 im Vergleich zum dritten Quartal 1991 - in den verschiedenen Haushaltstypen unterschiedlich - mehr als verdoppelt.⁸⁾

Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Kindern setzten 13 Prozent der Ausgaben des Privaten Verbrauchs für Wohnmieten, Elektrizität, Gas, Wasser, für die Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Wohnungsnebenkosten sonstiger Art, wie Straßen- und Schornsteinreinigung, sowie für den Kauf fester und flüssiger Brennstoffe für Heizzwecke ein. Beim Arbeitslosenhaushalt betrug dieser Anteil 17 Prozent. Die Ausgaben für Wohnungsmiete und Energie beliefen sich im ersten Halbjahr 1992 im Haushalt mit zwei Arbeitseinkommensbeziehern auf durchschnittlich 372 DM pro Monat. Das war der 2,7fache Betrag, den

8) Vgl. Klempin, B. "Wohnungsbestand, Wohnungsbau und Mieten". In: Sonderheft 2 des Statistischen Bundesamtes "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern".

die Haushalte im Vorjahr ausgaben. In der Haushaltsbudgeterhebung werden auch Haushalte befragt, die Eigentümer ihres Hauses sind. Für sie werden, anders als in den alten Bundesländern, keine unterstellten Mieten für die Eigentümerwohnung berechnet. Circa ein Viertel der befragten Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern wohnten in den eigenen vier Wänden. Sie waren an den ausgewiesenen Mietausgaben nicht beteiligt. Die Auswirkungen des Eigentümer- bzw. Nichteigentümerstatus bei Wohnungen auf das Budget der Haushalte werden in einem gesonderten Beitrag zur Wohnungssituation betrachtet (vgl. Fußnote 8).

Beim Erwerb industrieller Konsumgüter sind deutliche Unterschiede im Konsumverhalten zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalten zu beobachten. Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbezieherern gaben im ersten Halbjahr 1992 rund 285 DM für den Kauf neuer und gebrauchter PKW aus, das waren 10 Prozent der Ausgaben für den Privaten Verbrauch, Haushalte mit einem Einkommensbezieher verwendeten dafür immerhin noch 210 DM, das waren 8,5 Prozent. Vereinzelt beteiligten sich auch Arbeitslosenhaushalte an Käufen von Personenkraftwagen. Ungeachtet der gestiegenen Einkünfte gaben die Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbezieherern rund ein Viertel weniger für die Käufe von PKW aus als im ersten Halbjahr 1991. Bei dem Haushalt mit einem Arbeitseinkommensbezieher gingen diese Ausgaben - verglichen mit dem Vorjahreszeitraum - um fast die Hälfte zurück. Diese Entwicklung läßt darauf schließen, daß künftig Neukäufe vorwiegend als Ersatzbedarf getätigt werden. Darauf deutet auch der im ersten Halbjahr erreichte Ausstattungsbestand an Kraftfahrzeugen hin. Die befragten Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Kindern verfügten zu diesem Zeitpunkt über 116 PKW pro 100 Haushalte.

Bemerkenswert ist, daß Ehepaare mit zwei Kindern (bzw. mit einem Arbeitseinkommensbezieher) im ersten Halbjahr 1992 rund 13,5 Prozent des Privaten Verbrauchs für Güter für die Haushaltsführung ausgaben. Die Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbezieherern bezahlten für diese Güter monatlich 386 DM, 341 DM waren es in den Haushalten mit einem Arbeitseinkommensbezieher. Auffällig ist, daß mehr als ein Drittel dieser Beträge für die Instandhaltung der Wohnungen verwendet worden ist. Arbeitslosenhaushalte gaben für den Erwerb von Gütern zur Haushaltsführung im ersten Halbjahr 1992 nur 197 DM aus, das war knapp die Hälfte des Betrages, den die Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbezieherern einsetzten.

Auch bei den Ausgaben für In- und Auslandsreisen ist eine größere Differenzierung - abhängig von der Höhe der verfügbaren Einkommen - zu beobachten. Arbeitnehmerehepaare mit zwei Kindern gaben - bei zwei Arbeitseinkommensbezieherern - im ersten Halbjahr 1992 monatlich 98 DM für Reisen aus, Haushalte mit einem Arbeitseinkommensbezieher 78 DM. Arbeitslosenhaushalte verwendeten für Reisen nur noch 48 DM. Ebenfalls große Zurückhaltung zeigten die Arbeitslosenhaushalte beim Kauf von Bekleidung und Schuhen. Dabei schränkten sie auch die Ausgaben für ihre Kinder ein. Verglichen mit dem Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Arbeitseinkommensbezieherern, gaben sie für Kinderkleidung aller Art und Kinderschuhe pro Monat 25 Prozent weniger aus.

Bei den übrigen Ausgaben ist eine annähernd gleiche Ausgabenhöhe zwischen den Haushaltsgruppen für Personen- und Sachversicherungen des Haushalts, Verwaltungsgebühren, Wetteinsätze für Lotterien

u.ä. zu beobachten. Der differenziert gestiegene Ausstattungsbestand an Personenkraftwagen einerseits und höhere Versicherungsprämien andererseits beeinflussten die Ausgaben für die Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherung. Dafür gaben Haushalte mit zwei Arbeitseinkommensbezieher mit 94 DM monatlich 50 Prozent mehr aus als Arbeitslosenhaushalte.

2.3 Ersparnis

Ein Teil des Haushaltseinkommens wurde gespart. Von den Einkünften legten die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit zwei Kindern - wie aus Tabelle 7 ersichtlich - einen erheblichen Anteil auf Spar- und anderen Konten an. Der höchste Betrag wurde von den Arbeitnehmerhaushalten mit zwei Arbeitseinkommensbezieher zurückgelegt. Die Veränderung der Vermögens- und Finanzkosten betrug im ersten Halbjahr 1992 im Durchschnitt 643 DM monatlich, das waren 16,8 Prozent der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Diese Haushalte legten damit monatlich 274 DM mehr zurück als im Vorjahr. Haushalte mit einem Arbeitseinkommensbezieher legten im ersten Halbjahr 1992 immerhin durchschnittlich noch 501 DM pro Monat beiseite, das sind 15,3 Prozent der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Bei diesen wie auch bei den Arbeitslosenhaushalten, die monatlich 245 DM (9,4 Prozent) zurücklegten, ist zu berücksichtigen, daß die bei Entlassungen teilweise gezahlten Abfindungen in der Regel nicht für den täglichen Lebensunterhalt eingesetzt, sondern gespart worden sind. Hauptmotiv für das Sparen scheinen Unsicherheiten über die künftigen Beschäftigungs- und Einkommensaussichten. Furcht vor Belastungen aufgrund steigender Preise sowie auch das Ansparen für größere Anschaffungen zu sein. Dabei nehmen die Arbeitslosenhaushalte offensichtlich einen gewissen Konsumverzicht hin, um sich gegen wirtschaftliche Unwägbarkeiten der Zukunft zu wappnen.

Tabellenanhang

Abbildung 1: Verfügbares Einkommen Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern, Durchschnitt je Haushalt und Monat, DM

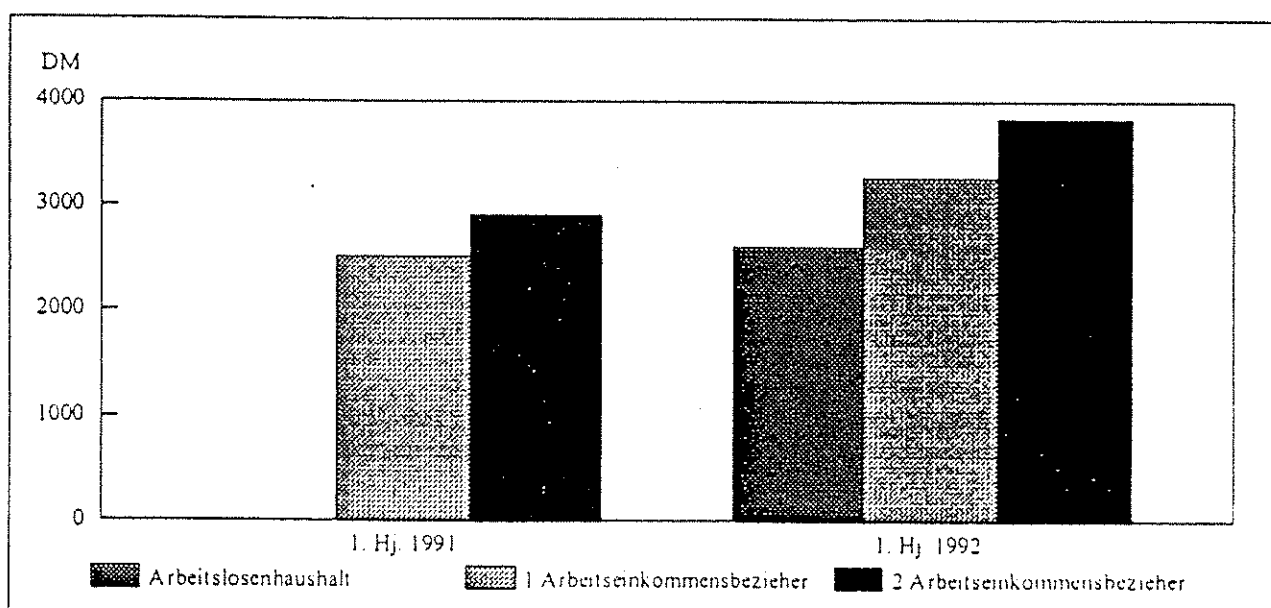


Tabelle 1: Zahl der Arbeitseinkommensbezieher in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten

Durchschnitt im Zeitraum	Ehepaare ohne Kind	mit 1 Kind	mit 2 Kindern
1989	1,78	1,95	1,96
1. Halbj. 91	1,69	1,83	1,78
1. Halbj. 92	1,46	1,71	1,63

Tabelle 2: Anzahl der befragten Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern

	Arbeiter und Angestelltenhaushalte		
	Gesamt	mit zwei Arbeitseinkommensbezieher	mit einem Arbeitseinkommensbezieher
1989	443	-	-
1. Halbj. 91	414	321	89
1. Halbj. 92	374	235	139

Tabelle 3: Verfügbares Einkommen, Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern

Durchschnitt je Haushalt und Monat, DM

Art des Einkommens	Mit zwei Arbeitseinkommensbezieher		Mit einem Arbeitseinkommensbezieher		Arbeitslosen- haushalt
	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	1. Hj. 1992
Insgesamt	2 899	3 821	2 516	3 267	2 601
Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	2 531	3 405	1 665	2 041	388
Einnahmen aus Über- tragungen	358	404	853	1 203	2 224
darunter:					
Arbeitslosen-/					
Altersübergangsgeld	5	0	320	579	1 514
Kindergeld	211	195	221	200	229
Einkommen aus Vermögen	7	13	11	15	13
Sonstige Einnahmen ¹⁾	3	-2	-13	8	-23

¹⁾ Minusbeträge bei den sonstigen Einnahmen treten dann auf, wenn die Ausgaben für die Bewirtschaftung von Garten, Wochenendgrundstücken und die Kleintierhaltung die Einnahmen aus dem Verkauf der produzierten Erzeugnisse übersteigen.

Tabelle 4: Ausgaben
Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern
Durchschnitt je Haushalt und Monat, DM

Art der Ausgaben	Haushalte von Arbeitern und Angestellten				Arbeitslosen- haushalte
	Mit zwei Arbeitseinkommens- beziehern		Mit einem Arbeitseinkommens- bezieher		
	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	
Nahrungsmittel,					
Getränke, Tabakwaren	735	839	655	753	713
darunter Nahrungsmittel	441	486	418	459	447
Bekleidung, Schuhe	222	243	210	206	161
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	139	372	139	327	363
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	269	386	259	341	197
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	66	89	69	84	67
Güter für Verkehr und Nachrichten- übermittlung	592	565	635	479	379
darunter: PKW – neu und gebraucht	376	285	396	210	143
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	205	245	243	205	197
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungswesens	51	115	44	91	59
darunter Reisen	36	98	32	78	48
Ausgaben für den Privaten Verbrauch	2 281	2 855	2 254	2 485	2 136
Übrige Ausgaben	249	322	233	280	220
Ausgaben insgesamt	2 530	3 178	2 487	2 765	2 356
Rundungsdifferenzen sind nicht ausgeglichen worden.					

Tabelle 5: Geldeinnahmen und -ausgaben der Haushalte von Arbeitern und Angestellten (Auszüge) Familienhaushalt mit zwei Kindern; Durchschnitt je Haushalt und Monat; Ausgaben für das Jahr 1989 in Mark der DDR, ab 1991 in DM

	1989	1991	1. Hj. 92
Bruttoeinnahmen aus unselbständiger Arbeit	2273.61	3329.19	3822.20
- Pflichtbeiträge zu sozialen Sicherungssystemen (Renten, Kranken, Arbeitslosenvers.)	109.14	546.56	659.25
- Lohnsteuer	242.30	246.97	332.41
= Nettolohn, Prämien, Lehrlingsentgelt	2922.16	2535.66	2830.54
+ Einnahmen aus Übertragungen und Untervermiet.	299.69	537.84	701.86
darunter: Kindergeld	149.43	210.21	196.60
Arbeitslosengeld	0.0	103.76	215.97
+ Einnahmen aus Vermögen	8.37	8.71	13.52
+ Nettoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit	32.48	70.76	66.81
+ sonstige Einnahmen	54.92	0.74	1.96
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2317.61	3153.70	3614.59
Ausgaben für den privaten Verbrauch	1803.33	2550.18	2717.55
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	711.07	751.84	807.15
darunter: Brot und andere Backwaren	38.84	60.62	62.64
Obst, Gemüse, Speisekartoffeln	58.24	79.55	86.26
Getränke	164.92	122.07	125.35
darunter: Bohnenkaffee	42.45	12.42	14.01
Wein, Sekt	25.45	14.23	14.75
Gesellschaftliche Speisung	114.43	135.73	163.82
dar.: Werkkühnessen und Pausenversorgung	42.71	32.14	37.46
Bekleidung, Schuhe	246.92	239.75	229.41
Wohnungsmieten, Energie, Wasser	99.97	206.98	355.31
Güter für die Haushaltsführung	247.02	317.24	368.47
darunter: Wohnungsinstandhaltung	42.25	104.04	130.69
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	50.78	73.38	87.21
Güter für Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	231.33	611.11	533.57
Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit	159.91	258.18	229.98
Güter für persönliche Ausstattung und			
Dienstleistungen des Beherbergungswesens	6.34	91.71	106.44
darunter: Reisen	8.03	73.24	90.53
übrige Ausgaben (ohne privater Verbrauch)	19.01	228.43	306.62
Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten	95.27	375.08	590.41
darunter: Kredittilgung	5.02	115.67	155.53
Kreditaufnahme	5.93	133.37	80.03
nachrichtlich:			
Ausgaben für PKW und damit verbundene Folgekosten (Kauf von PKW, Benzin, Reparaturen, KFZ-Steuern- und Versicher.)	95.08	586.54	557.83
Anteil der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren am Privaten Verbrauch)(in Prozent)	9.43	29.48	29.70
Sparquote (Anteil der Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen, in Prozent)	2.70	11.90	16.33
Zahl der Einkommensbezieher je Haushalt	.96	1.74	1.63

Tabelle 6

Gekaufte Mengen an Grundnahrungsmitteln
in Familienhaushalten von Arbeitern und Angestellten
(je Haushalt und Monat)

Art der Nahrungsmittel	ME	Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern 1) zwei Kindern und mittlerem Einkommen 2)	
		1989	1991
Nahrungsmittel			
Brot und Backwaren	kg	16.30	
dar. Roggen- und Mischbrot	kg	8.72	9.25
Weißbrot, Brötchen	kg	5.26	4.47
Fette	kg	4.90	4.44
dar. Butter	kg	3.00	1.27
Margarine	kg	1.46	2.85
Molkereierzeugnisse	kg	21.49	
dar. Trinkvollmilch	l	18.0	15.7
Quark	kg	1.23	
Fettkäse	kg	1.13	1.48
Eier	St.	38	31
Fleisch und Fleischerzeugnisse	kg	12.63	12.41
dar. Schweinefleisch	kg	2.97	2.20
Rindfleisch	kg	1.29	0.60
Geflügel	kg	0.70	1.20
dar. Geflügel, gefroren	kg		0.87
Fleisch- und Wurstwaren	kg	6.89	6.42
Fleisch- und Wurstkonserven	kg	0.23	0.42
Fisch und Fischwaren	kg	0.76	
dar. Frisch-, Räucher-, Salzfish	kg	0.35	0.23
Fischkonserven	kg	0.41	
Mehl, Getreideerzeugnisse			
Teigwaren, Hülsenfrüchte	kg	3.24	0.76
dar. Mehl	kg	1.63	
Teigwaren, Hülsenfrüchte	kg	1.60	
Zucker, Zuckerwaren	kg	3.43	
dar. Zucker, -erzeugnisse	kg	2.84	
Honig, Marmelade	kg	0.59	0.58
Fruchthobst	kg	5.23	4.01
Südfrüchte, frisch	kg	0.81	8.55
dar. Bananen	kg		5.51
Frishgemüse	kg	7.46	5.10
Bohnenkaffee	kg	0.60	0.91
Bier	l	16.9	21.0
Spirituosen	l	1.3	1.4
Zigaretten	St.	229	188

1) Angaben der Statistik des Haushaltsbudgets

2) Angaben der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen

Tabelle 7: Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten
Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern

Durchschnitt je Haushalt und Monat, DM

	Mit zwei Arbeits- einkommensbeziehm		Mit einem Arbeits- einkommensbezieher		Arbeitslosen- haushalte
	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	1. Hj. 1992
Ausgabefähige Ein- kommen und Ein- nahmen	2 899	3 821	2 516	3 267	2 601
Veränderung der fi- nanziellen Vermö- gen	369	643	29	501	245
darunter:					
Kredittilgung	89	153	135	160	88
Kreditaufnahme	88	108	152	31	144

Zuordnung der Signiernummern der Statistik des Haushaltsbudgets
zu den Signiernummern der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Haushaltsbudget

1000 NÄHRUNGSMITTEL, GETRÄNKE, TABAKWAREN

1100 Fleisch, Fleischerzeugnisse, Fische, Fischerzeugnisse

1111 Rindfleisch	122 Rindfleisch, frisch, gefrostet
1112 Kalbfleisch	
1113 Schweinefleisch (auch frischer Speck)	121 Schweinefleisch, frisch, gefrostet
1115 Schaf- u. Ziegenfleisch	
1117 Wildfleisch	
1119 Sonstiges Fleisch, frisch, gefroren, tiefgefroren	124 Übriges Frischfleisch bzw. gefrostet
1120 Geflügelfleisch, frisch, gefroren, tiefgefroren (o. Wildgefl., Innereien u.a. Schlachtnebenprodukte)	123 Geflügel, frisch, gefrostet
1130 Hackfleisch, Innereien u.a. Schlachtnebenprodukte, frisch, gefroren oder tiefgefroren (ohne zubereitetes Hackfleisch)	127 Fleischknochen, Freibankfleisch
1140 Wurstwaren, Schinken, Speck u.ä. (geräuchert, getrocknet, gekocht)	125 Fleisch- u. Wurstwaren
1150 Fleischkonserven; tiefgefrorenes, tafelfertig zubereitetes Fleisch	126 Fleisch- u. Wurstkonserven
1160 Andere Fleischerzeugnisse (o. Fertiggerichte)	
1170 Fische u. Fischfilets, lebend, frisch, tiefgefroren	128 Frischfisch, gefrostet, filetiert, Salz- u. Räucherfisch
1180 Fischkonserven, Konserven von Krebs- u. Weichtieren	129 Fischkonserven, Präserven, Marinaden
1190 Andere Fischerzeugnisse, Krebs- u. Weichtiere	

1200 Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speisefette u. -öle

1210 Trinkmilch	130 Vollmilch u. Vollmilcherzeugnisse
1220 Kondensmilch, Milcpulver	131 Kondensmilch, Sahne
1230 Andere Milcherzeugnisse (o. Käse, Butter, Milchnahlfett u. Butterschmalz)	135 Sonstige Milcherzeugnisse
1231 Sahne (auch Schlagrahm)	
1232 Joghurt (auch Dickmilch)	
1240 Käse	133 Fettkäse
	134 Magerkäse
1245 Frischkäse u. Frischkäsezubereitungen (o. Quarksüßspeisen)	132 Quark
1250 Eier	136 Eier
1270 Butter (auch Milchnahlfett u. Butterschmalz)	137 Kalorienarme Butter
	138 Sonstige Butter
1290 Andere Speisefette u. -öle	140 Tierische Fette
	141 Pflanzenfette u. -öle
1291 Margarine	139 Margarine
1293 Speiseöle pflanzlichen Ursprungs	
1295 Übrige Speisefette	

1300 Obst, Obsterzeugnisse (o. Getränke u. Marmelade)

1310 Kernobst, frisch	103 Frischobst, einschl. Wildfrüchte
1320 Steinobst, frisch	
1330 Beeren u. Weintrauben, frisch	
1340 Süd- u. Zitrusfrüchte, frisch und Melonen	104 Südfrüchte, frisch (ohne Melonen)
1350 Schalen- u. Trockenobst	105 Nüsse
	110 Trockengemüse, -obst, Südfrüchte, getrocknet
1360 Obstkonserven	107 Obstkonserven (o. Südfruchtkonserven), Fein- frostobst
	108 Südfruchtkonserven, auch gefrostet
1370 Tiefgefrorenes Obst	
1390 Anderes verarb. Obst	

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Haushaltsbudget

1400 Kartoffeln, Gemüse, Kartoffel- u. Gemüseerzeugnisse

1410 Kartoffeln frisch	101	Speisekartoffeln
1420 Kartoffelerzeugnisse		
1430 Speisekohl, frisch	102	Frischgemüse, einschl. Speisepilze und Melonen
1440 Blatt- u. Stengelm Gemüse, frisch		
1450 Fruchtgemüse, frisch (o. Melonen)		
1460 Anderes Gemüse, frisch		
1470 Tiefgefrorenes Gemüse		
1480 Gemüsekonserven	106	Gemüsekonserven, Feinfrostgemüse
1490 Andere Gemüseerzeugnisse (o. Gemüsesäfte)		

1500 Brot und andere Backwaren

1511 Weißbrot (auch Toastbrot)	115	Weißbrot u. Brötchen
1512 Roggen- u. Mischbrot (einschl. Schrot- u. Vollkornbrot)	116	Roggen- u. Mischbrot
1515 Knäckebrot		
1540 Feine Backwaren (o. Dauerbackwaren)	117	Feinback- u. Konditoreiwaren, auch gefrostet
1570 Dauerbackwaren		

1600 Zucker, Süßwaren, Marmelade

1610 Zucker (Rüben- u. Rohrzucker)	118	Zucker u. Zuckerwaren (o. Speiseeis)
1620 Kakaoerzeugnisse (o. Schokoladenerzeugnisse)	119	Kakao- u. Schokoladenerzeugnisse, Kakaopulver
1630 Schokoladen und Schokoladenerzeugnisse		
1650 Zuckerwaren (o. kandierte Früchte)		
1670 Speiseeis		
1680 Bienenhonig, Marmelade, Obstkraut, Rübensirup u.ä.	120	Bienenhonig, Konfitüre, Marmelade, Mus

1700 Andere Nahrungsmittel (einschl. Fertiggerichte)

1710 Mehl, Grieß u.ä. Getreideerzeugnisse (Mühlenerzeugnisse)	111	Weizenmehl u. sonstiges Mehl
1730 Teigwaren und Nahrungsmittel sonstiger Art	112	Getreideerzeugnisse, Speisehulsenfrüchte, Teigwaren
1750 Gewürze, Soßen u. verwandte Back- u. Speisezutaten	142	Back- u. Kochzutaten, Soßen, Süßspeisen, Kaffeemittel, Speiseeis
1770 Säuglings- u. Kleinkindernahrung	114	Kinder- u. Säuglingsnahrung
1780 Fertiggerichte (o. Fleisch-, Fisch-, Kartoffel-, Gemüse- u. Obstsalat)	113	Stärke, Stärke- u. Kartoffelerzeugnisse, kochfertige Suppen u. Gerichte

1800 Getränke, Tabakwaren

1810 Frucht- u. Gemüsesäfte, Fruchtnektare, -sirupe, -saftkonzentrate	109	Gemüse-, Obst- und Südfruchtsäfte
1820 Andere alkoholfreie Getränke (o. Milch, Kaffee, Tee, Kakao)	143	Erfrischungsgetränke
1830 Kaffeemittel und teeähnliche Erzeugnisse		
1840 Kaffee	204	Bohnenkaffee
1850 Tee	205	Echter Tee
1860 Spirituosen	203	Spirituosen
1870 Bier	201	Bier
1880 Trauben- u. Fruchtweine	202	Wein u. Sekt
1890 Tabakwaren	207	Zigarren, Zigarillos, Rauchtabak
1891 Zigaretten	208	Zigaretten

1900 Verzehr v. Speisen u. Getränken in Kantinen, Gaststätten u.ä.

1910 Verzehr v. Speisen in Kantinen	144	Werkküchenessen
	145	Pausenversorgung
	146	Schulspeisung (o. Schulmilch)
	147	Kinderkrippen- u. Kindergartessen
1940 Verzehr v. Speisen in Gaststätten u.ä.	148	Gaststättenessen, einschl. an Imbißständen
1970 Verzehr v. Getränken in Kantinen, Gaststätten u.ä.	206	Getränke in Gaststätten u. an Imbißständen

2000 BEKLEIDUNG, SCHUHE2100 Herrenoberbekleidung (ohne Sportbekleidung)

2110 Anzüge (ohne Arbeits- u. Sportbekleidung)	408	Anzüge
2120 Sakkos u. Jacken (o. Strickjacken, Arbeits- u. Sportbekleidung)	410	Sakkos
	411	Jacken (o. Strickjacken, Arbeits- und Sportbekleidung)